



**CONSIGLIO REGIONALE
TRENTINO-ALTO ADIGE**

Ufficio resoconti consiliari

**REGIONALRAT
TRENTINO-SÜDTIROL**

Amt für Sitzungsberichte

**ATTI
CONSILIARI**

XIV Legislatura
2008 - 2013

**SITZUNGSBERICHTE
DES REGIONALRATES**

XIV Gesetzgebungsperiode
2008 - 2013

35

5.07.2011

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.03

VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER
PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN: Ich wünsche allen einen guten Morgen. Wir beginnen mit der Sitzung.

Ich bitte um den Namensaufruf.

SEPPi: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENTIN: Danke! Für die heutige Sitzung haben sich folgende Abgeordnete entschuldigt: Kasslatter-Mur, Laimer, Lunelli, Pacher, Panetta, Savoi (am Vormittag) und Sembenotti.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls.

CIVICO: *(segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENTIN: Danke für die Verlesung.
Wir kommen zu den Mitteilungen:

Am 30. Juni 2011 sind die nachstehend angeführten Beschlussanträge eingereicht worden:

Nr. 47, eingereicht von den Regionalratsabgeordneten Ottobre, Dominici und Dallapiccola betreffend die Abtrennung der Gemeinden Pedemonte, Valvestino und Magasa von den Regionen, denen sie angehören und Angliederung derselben an die Region Trentino-Südtirol;

Nr. 48, eingereicht von den Regionalratsabgeordneten Ottobre, Dominici und Dallapiccola betreffend den Erwerb der Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Verwaltung der örtlichen Steuern.

Es sind folgende Anfragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung eingereicht worden:

Nr. 86, eingebracht am 20. Juni 2011 vom Regionalratsabgeordneten Leonardi, um in Erfahrung zu bringen, ob es der Wahrheit entspricht, dass in den Tagen, an denen das Wirtschaftsfestival ausgetragen wurde, in unmittelbarer Nähe des Gebäudes der Region Nacht- und Zeltlager errichtet worden sind und im Falle einer bejahenden Antwort, aus welchem Grund die für die Sicherheit des Gebäudes der Institution

- Region Trentino-Südtirol zuständigen Beamten nicht eingeschritten sind, um die Würde des Ortes wieder herzustellen;
- Nr. 87, eingebracht am 24. Juni 2011 vom Regionalratsabgeordneten Pöder, um in Erfahrung zu bringen, ob in den Jahren 2005 bis inklusive 2011 öffentliche Mittel aus dem Regionalhaushalt an den Meraner Verein "Kaufleute Aktiv" bezahlt wurden und wenn ja, für welchen Zweck;
- Nr. 88, eingebracht am 29. Juni 2011 von den Regionalratsabgeordneten Borga, Viola, Leonardi und Morandini, um in Erfahrung zu bringen, aus welchem Grund nach über einem Jahr die Anfrage Nr. 43/XIV betreffend die von der Brennerautobahn AG von 2000 bis 2009 (und mit dieser Anfrage auch 2010) erteilten Aufträge an die Firma ICE & Fire mit Sitz in Mezzocorona nicht beantwortet worden ist;
- Nr. 89, eingebracht am 4. Juli 2011 vom Regionalratsabgeordneten Urzì um zu erfahren, ob man die Tatsache, dass im Gemeinderat von Brixen der Vizepräsident der ladinischen Sprachgruppe angehört (diese stellt 1,23% der Bevölkerung) und aus diesem Grund in Vertretung der sprachlichen Minderheit gewählt worden ist, nicht als Widerspruch erachtet, den es zu lösen gibt, wenn gleichzeitig der italienischen Sprachgruppe, welche 25,65% der Bevölkerung stellt, weder das Amt des Präsidenten noch des Vizepräsidenten vorbehalten und zuerkannt wird;
- Nr. 90, eingebracht am 4. Juli 2011 vom Regionalratsabgeordneten Urzì um zu erfahren, welche Haltung der Regionalausschuss hinsichtlich der Errichtung der dritten dynamischen Fahrspur auf der A22 im Teilstück Bozen – Neumarkt im Allgemeinen und auch angesichts der im Südtiroler Landtag erfolgten Ablehnung eines vom Unterfertigten eigens dazu vorgelegten Beschlussantrages einzunehmen gedenkt;
- Nr. 91, eingebracht am 5. Juli 2011 von den Regionalratsabgeordneten Dello Sbarba und Heiss um zu erfahren, wer beschlossen hat, die dritte "dynamische" Fahrspur auf der Brennerautobahn bis Bozen Süd zu errichten.

Die [Anfrage](#) Nr. 83 ist beantwortet worden. Die Anfrage und die entsprechende Antwort bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichts über diese Sitzung.

COMUNICAZIONI:

In data 30 giugno 2011 sono state presentate le seguenti mozioni:

n. 47, dai Consiglieri regionali Ottobre, Dominici e Dallapiccola concernente il distacco dei Comuni di Pedemonte, Valvestino e Magasa dalle relative Regioni di appartenenza ed accorpamento degli stessi alla Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol;

n. 48, dai Consiglieri regionali Ottobre, Dominici e Dallapiccola, concernente l'acquisizione delle competenze sulla gestione del fisco locale.

Sono pervenute le seguenti interrogazione a risposta scritta:

n. 86, presentata in data 20 giugno 2011, dal Consigliere regionale Leonardi, per sapere se è vero che si sono verificati bivacchi e attendamenti nelle adiacenze del Palazzo della Regione durante le giornate del Festival dell'Economia e, in caso affermativo, per sapere per quale motivo gli

- addetti alla sorveglianza del Palazzo non sono intervenuti per il ripristino del decoro del luogo;
- n. 87, presentata in data 24 giugno 2011, dal Consigliere regionale Pöder per sapere se, dal 2005 al 2011, sono stati elargiti da parte della Regione contributi a favore dell'associazione dei commercianti meranesi "Kaufleute Aktiv" e per quale scopo;
- n. 88, presentata in data 29 giugno 2011, dai Consiglieri regionali Borga, Viola, Leonardi e Morandini per conoscere il motivo per il quale, a distanza di oltre un anno, non è stata data risposta alla interrogazione n. 43/XIV che si riferiva agli incarichi conferiti dalla Autostrada del Brennero S.p.A. alla ditta ICE & Fire con sede in Mezzocorona negli anni dal 2000 al 2009 a cui si aggiunge con la presente interrogazione anche il 2010 (compreso);
- n. 89, presentata in data 4 luglio 2011, dal Consigliere regionale Urzì per sapere se non si ritenga un ostacolo da rimuovere il fatto che nel Consiglio comunale di Bressanone sia stato eletto Vicepresidente un Consigliere appartenente al gruppo linguistico ladino, in rappresentanza della minoranza linguistica che conta l'1,23 per cento della popolazione, mentre nessun ruolo istituzionale di Presidente o Vicepresidente sia garantito e riconosciuto al gruppo linguistico italiano che conta il 25,65 per cento della popolazione;
- n. 90, presentata in data 4 luglio 2011, dal Consigliere regionale Urzì per sapere quali determinazioni intenderà assumere la Giunta regionale in relazione alla realizzazione della terza corsia dinamica per il tratto Bolzano/Egna dell'A22, in senso generale e anche alla luce della non approvazione da parte del Consiglio provinciale di Bolzano di una mozione all'uopo presentata dall'interrogante.

È stata data risposta alla interrogazione n. 83. Il testo dell'interrogazione medesima e la relativa risposta scritta formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

PRÄSIDENTIN: Nun zur Organisation der Arbeiten für den heutigen Tag.

Das Fraktionssprecherkollegium hat beschlossen, in dieser Reihenfolge die Tagesordnung zu behandeln: Punkt 1) und 2), dann muss noch über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 18): Gesetzentwurf Nr. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani) abgestimmt werden, danach in der Reihenfolge der Tagesordnung fortzufahren und die Arbeiten dieser Session heute Abend um 18.00 Uhr zu beenden und morgen findet also keine Sitzung statt.

Ich möchte jetzt die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 18) auf Punkt Nr. 3) der Abstimmung unterziehen. Wer ist damit einverstanden? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 8 Enthaltungen und mehrheitlichen Dafür-Stimmen wird der Tagesordnungspunkt Nr. 18 auf Punkt Nr. 3) vorgezogen.

Wir beginnen jetzt mit dem Tagesordnungspunkt Nr. 1):
Gesetzentwurf Nr. 35: Unterstützung zur Überbrückung des Renteneintrittsfensters für Personen, die die Mobilitätszulage beziehen, und Verlängerung der Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise (eingebracht vom Regionalausschuss).

Ich bitte um die Verlesung des Berichtes.

BEGLEITBERICHT

Obwohl die Region Trentino-Südtirol mit den Auswirkungen der weltweiten Rezession im Vergleich zu vielen anderen Gebieten besser zurechtgekommen ist, gibt es auch hier eine gewisse Diskontinuität und Unsicherheit in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung.

Zu dieser Unsicherheit und Diskontinuität kommen noch die von der Regierung eingeführten Gesetzesänderungen im Bereich der Rente hinzu, durch die vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich in Mobilität befinden und während dieses Zeitraums die Voraussetzungen für die Rente anreifen, noch stärker benachteiligt werden. Das Gesetzesdekret vom 31. Mai 2010, Nr. 78, mit Änderungen durch das Gesetz vom 30. Juli 2010, Nr. 122 in Gesetz umgewandelt, hat nämlich für alle den Zeitraum des sogenannten „Renteneintrittsfensters“ auf 12 Monate festgelegt. Die bedeutet, dass die Personen, die sich tatsächlich in einem Arbeitsverhältnis befinden, bis zum Zeitpunkt des Renteneintritts weiterarbeiten können, während die Personen, die sich in Mobilität befinden, dadurch plötzlich keine Mobilitätszulage mehr beziehen.

Um dieser Konjunkturlage entgegenzuwirken, beabsichtigt die Region, auch in diesem Jahr und ausschließlich in Bezug auf das Jahr 2011 zwei Maßnahmen zu ergreifen, um das Einkommen der Personen zu unterstützen, die sich aus auf die lang anhaltende Wirtschaftskrise zurückzuführenden Gründen in finanziellen Schwierigkeiten befinden:

1. Unterstützung der Personen, die sich im Zeitraum, in dem sie die Voraussetzungen für die Pensionierung anreifen, in Mobilität befinden
2. Verlängerung der Antikrisenmaßnahmen bis 31. Dezember 2011.

Mit der ersten Maßnahme, die im Art. 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes enthalten ist, wird einerseits beabsichtigt, die mit Regionalgesetz Nr. 19/1993 eingeführte Mobilitätszulage allen Personen zu gewähren, die im Laufe des Jahres 2011 die Voraussetzungen für die Pensionierung anreifen und sich in staatlicher Mobilität befinden. Für diese Personen, die aufgrund der vor dem 30. April 2010, d. h. vor dem Inkrafttreten des Gesetzesdekrets Nr. 78/2010, abgeschlossenen Abkommen in den Mobilitätslisten eingetragen waren, wurden nämlich plötzlich die Regeln für den Zugang zur Rente geändert. Andererseits soll die Mobilitätszulage den Personen, die sie bereits beziehen, weiterhin ausbezahlt werden (Art. 1 Abs. 1).

In Anbetracht der Tatsache, dass bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzesdekretes Nr. 78/2010 die Personen, die sich in Mobilität befanden, ein Renteneintrittsfenster von durchschnittlich drei bis sechs Monaten hatten, steht die somit gewährte oder verlängerte regionale Mobilitätszulage für höchstens acht Monate zu und wird von den Autonomen Provinzen nach denselben

Kriterien und Modalitäten ausgezahlt, die im Regionalgesetz Nr. 19/1993 und in der entsprechenden Durchführungsverordnung vorgesehen sind (Art. 1 Abs. 1 und 3).

Den Personen, die von der im Art. 12 des genannten Gesetzesdekretes Nr. 78 vorgesehenen Schutzklausel betroffen sind (d. h. wenn sie zu den von der Regierung vorgesehenen 10.000 Personen gehören, auf die die alten Rentenbestimmungen weiterhin Anwendung finden), steht diese Unterstützung nicht zu (Art. 1 Abs. 2). Da die Provinz Trient diesbezüglich bereits ein Abkommen unterzeichnet hat, um die außerordentliche Mobilitätszulage auch den Personen zu gewähren, die nicht unter die genannte Schutzklausel fallen, ist im Art. 1 Abs. 4 vorgesehen, dass – falls dieses Abkommen eine teilweise Deckung auf staatlicher Ebene findet, die Region lediglich den Anteil zu Lasten der Provinz deckt.

Mit der weiteren, im Art. 2 des vorliegenden Gesetzesdekretes vorgesehenen Maßnahme sollen einfach nur die im Art. 1 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 5 vorgesehenen Maßnahmen zur Einkommensunterstützung zugunsten von Personen, die wegen der Wirtschaftskrise ihre Arbeit verlieren oder von der Arbeit suspendiert werden, verlängert werden.

Damit können auch die Personen, die im Laufe des Jahres 2011 ihre Arbeit verlieren oder in die Lohnausgleichskasse überstellt werden, für höchstens sechs Monate und zu den gleichen Bedingungen, die 2008, 2009 und 2010 galten, einen dem für die erste Einkommensstufe auf staatlicher Ebene für die Mobilitätszulage festgelegten Betrag entsprechenden Beitrag erhalten. Die Personen, die bereits in den vergangenen Jahren regionale Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise in Anspruch genommen haben, können – falls die damals erforderlichen Voraussetzungen laut Dekret des Präsidenten der Region vom 28. Juli 2009, Nr. 5/L vorliegen – für weitere sechs Monate Beiträge erhalten.

Angesichts der Wichtigkeit und Dringlichkeit der vorgeschlagenen Änderungen wäre es wünschenswert, dass der Regionalrat diesen Gesetzentwurf so bald wie möglich genehmigt.

RELAZIONE (disegno di legge n. 35)

Nonostante la Regione Trentino-Alto Adige abbia retto meglio di altri territori gli effetti della recessione mondiale, sussistono ancora elementi di discontinuità e di incertezza per quanto riguarda la crescita e l'occupazione.

A tali elementi di incertezza e discontinuità si aggiungono poi modifiche normative introdotte dal Governo in campo pensionistico che penalizzano ulteriormente, e soprattutto, le lavoratrici e i lavoratori che si trovano in mobilità e che, durante tale periodo, maturano i requisiti per la pensione. Il decreto legge 31 maggio 2010, n. 78, convertito in legge con modificazioni dalla legge 30 luglio 2010, n. 122, ha fissato infatti in dodici mesi, per tutti, il periodo della cosiddetta "finestra pensionistica", ma mentre coloro che si trovano in attività lavorativa possono proseguire l'attività fino al momento della pensione, coloro che sono in mobilità subiscono improvvisamente l'interruzione dell'indennità.

Per far fronte alla situazione congiunturale, quindi, la Regione intende intervenire anche quest'anno, e limitatamente all'anno 2011, attraverso due

strumenti che mirano a sostenere il reddito di coloro che, per motivi lavorativi derivanti dal prolungamento della crisi economica, si trovano in difficoltà:

1. il sostegno di coloro che si trovano in mobilità durante il periodo in cui maturano i requisiti per la pensione;
2. la proroga delle misure anticrisi fino al 31 dicembre 2011.

Con riferimento al primo intervento, previsto all'articolo 1 del presente disegno di legge, si intende, da una parte, concedere l'indennità di mobilità istituita con la legge regionale n. 19/1993, a tutti coloro che maturano i requisiti per la pensione nel corso del 2011 e che sono in mobilità statale, i quali essendo stati iscritti nelle liste di mobilità sulla base di accordi stipulati prima del 30 aprile 2010, ossia prima dell'entrata in vigore del DL. n. 78/2010, si sono visti cambiare le regole dell'accesso alla pensione, dall'altra, prorogare la stessa mobilità a coloro che già ne beneficiano (art. 1, comma 1).

L'indennità di mobilità regionale così concessa o prorogata spetta per un periodo massimo di otto mesi, considerato che anche prima dell'entrata in vigore del DL. n. 78/2010 coloro che si trovavano in mobilità avevano comunque una finestra di accesso alla pensione che andava mediamente dai 3 ai 6 mesi, e viene erogata dalle Province autonome secondo gli stessi criteri e le stesse modalità previsti dalla LR n. 19/1993 e dal relativo regolamento di esecuzione (art. 1, commi 1 e 3).

Sono esclusi dal sostegno coloro che rientrano nella clausola di salvaguardia prevista dall'articolo 12 del più volte citato decreto n. 78, vale a dire coloro che rientrano nei 10.000 posti previsti dal Governo, per i quali continuano a trovare applicazione le vecchie regole pensionistiche (art. 1, comma 2). A tale ultimo proposito, poiché la Provincia di Trento ha già siglato un accordo per concedere la mobilità in deroga a coloro che non rientrano nella suddetta clausola di salvaguardia, nel caso in cui tale accordo trovasse parzialmente copertura finanziaria a livello statale, si prevede, all'art. 1, comma 4, che la Regione coprirà solo la quota a carico della Provincia.

Per quanto riguarda il secondo intervento invece, previsto all'articolo 2 del presente disegno di legge, si tratta semplicemente della proroga degli interventi a sostegno del reddito previsti dall'articolo 1 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5 a favore di coloro che perdono il lavoro o sono sospesi dallo stesso per motivi di crisi.

Anche pertanto coloro che perdono il lavoro o vengono messi in cassa integrazione nel corso del 2011 potranno beneficiare, alle medesime condizioni previste nel 2008, 2009 e 2010, per un massimo di sei mesi, di un importo pari a quello previsto a livello statale per il primo scaglione di reddito dell'indennità di mobilità. Coloro invece che hanno già beneficiato negli anni passati delle misure anticrisi regionali, in presenza dei medesimi requisiti allora richiesti e contenuti nel decreto del Presidente della Regione 28 luglio 2009, n. 5/L e successive modifiche, potranno beneficiarne per ulteriori sei mesi.

Stante l'importanza e l'urgenza delle modifiche proposte si confida nell'approvazione in tempi rapidi da parte del Consiglio regionale del presente disegno di legge.

PRÄSIDENTIN: Ich ersuche den Präsidenten der 1. Kommission um die Verlesung des Kommissionsberichtes.

PARDELLER:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den vom Regionalausschuss eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 35 mit dem Titel „Unterstützung zur Überbrückung des Renteneintrittsfensters für Personen, die die Mobilitätszulage beziehen, und Verlängerung der Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise“ in der Sitzung vom 1. Juni 2011 beraten.

Die Vizepräsidentin der Region, Frau Abg. Stocker, bedankte sich in ihrer Wortmeldung bei der Kommission für die Bereitschaft, den wegen seiner sozialen Tragweite so wichtigen Gesetzentwurf mit Dringlichkeit zu beraten.

Die Vizepräsidentin erläuterte den Gesetzentwurf und erklärte, dass mit Art. 1 dem durch das Staatsgesetz Nr. 122 aus dem Jahr 2010 entstandenen Problem abgeholfen werden soll, weil durch das sog. „mobile Renteneintrittsfenster“ der Termin für das Anrecht auf die Rente verschoben worden ist und der Renteneintritt der lohnabhängigen Arbeitnehmer 12 Monate nach der Erlangung der Voraussetzungen für die Rente erfolgt.

Frau Vizepräsidentin Stocker erklärte, dass dieses Gesetz eine Unterstützung von 8 Monaten für jene Personen vorsieht, die sich in Mobilität befinden und denen bei Erreichen des Rentenalters die Mobilitätszulage aberkannt wird.

Frau Vizepräsidentin Stocker erläuterte im Detail die Situation der Region hinsichtlich der von Art. 12 des Dekretes Nr. 78 von 2010 vorgesehenen Schutzklausel und erklärte die entsprechenden Maßnahmen der Region.

Die Vizepräsidentin wies darauf hin, dass im Art. 2 eine Verlängerung der bereits geltenden Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise vorgesehen wird. Damit können die Personen, die im Laufe des Jahres 2011 die Arbeit verlieren oder in die Lohnausgleichkasse überstellt werden und – sofern die Voraussetzungen weiter bestehen – auch jene, die bereits in den vergangenen Jahren regionale Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise in Anspruch genommen haben, für weitere 6 Monate Beiträge erhalten.

Im Laufe der Generaldebatte unterstrich Frau Abg. Penasa die Tatsache, dass aus den aufgezeigten Daten ein beachtlicher Unterschied zwischen den beiden Provinzen hervorgeht und ersuchte um Auskünfte über die im Laufe dieses Jahres von den beiden Provinzen in Anspruch genommenen Beträge und im Besonderen über die 2 Millionen 300 Tausend Euro, die von der Provinz Trient für Fortbildungslehrgänge ausgegeben worden sind.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Sachdebatte zur Abstimmung gebracht und mit 6 Jastimmen (Abg. Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Heiss, Nogglar und Zeni) und 5 Enthaltungen (Abg. Borga, Mair, Penasa, Seppi und Vezzali) genehmigt.

Im Rahmen der Sachdebatte unterstrich Frau Abg. Penasa wiederum den großen, bei den Maßnahmen und Zuweisungen verzeichneten Unterschied zwischen den beiden Provinzen und ersuchte die Vizepräsidentin um Erläuterungen.

Frau Vizepräsidentin Stocker fasste kurz die bestehenden Unterschiede zusammen und wies darauf hin, dass die Provinz Trient die vom Gesetz

vorgesehene Möglichkeit in Anspruch genommen hat, Fortbildungslehrgänge zu organisieren, sodass die in den vergangenen Jahren durch den Einheitsfonds zur Verfügung gestellten Mittel zur Gänze ausgeschöpft wurden, während die Provinz Bozen noch Rückstände zu verzeichnen hat.

Frau Abg. Penasa, deren Ansichten hierzu vom Abg. Anderle unterstützt wurden, ersuchte um eine Vertiefung der buchhaltungstechnischen Verfahren, die in diesem Gesetz verankert sind.

Frau Vizepräsidentin Stocker replizierte, dass sie bereits Informationen hinsichtlich der korrekten Verfahrensweise eingeholt hat.

Zur Stimmabgabeerklärung meldete sich niemand zu Wort.

Der Gesetzentwurf Nr. 35 wurde sodann zur Abstimmung gestellt und bei 5 Jastimmen (Abg. Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Schuler und Zeni) und 6 Stimmenthaltungen (Abg. Borga, Heiss, Mair, Penasa, Seppi und Vezzali) von der Kommission gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

R e l a z i o n e

La I Commissione legislativa ha esaminato, nella seduta del 1 giugno 2011, il disegno di legge n. 35: 'Sostegno durante il periodo della finestra di accesso alla pensione a favore di coloro che beneficiano della mobilità e proroga delle misure anticrisi' (presentato dalla Giunta regionale).

La vice Presidente della Regione Stocker, nel prendere la parola, ringrazia la Commissione per la disponibilità dimostrata nel trattare con urgenza un disegno di legge a grande rilevanza sociale.

La vice Presidente, illustrando il provvedimento, spiega che esso con l'articolo 1 intende far fronte al problema creato dalla legge statale n. 122 del 2010 con la cosiddetta 'finestra mobile', che ha modificato il regime delle decorrenze per il godimento della pensione, fissando tale decorrenza nei 12 mesi dopo il raggiungimento dei requisiti per i lavoratori dipendenti.

La vice Presidente Stocker spiega quindi di voler creare con la legge un aiuto della durata di otto mesi per coloro che, raggiunta l'età pensionistica, sono in mobilità e si vedono interrompere l'indennità di mobilità.

La vice Presidente Stocker illustra analiticamente la situazione in Regione rispetto alla clausola di salvaguardia prevista dall'articolo 12 del decreto n. 78 del 2010 e spiega le relative modalità di intervento della Regione.

La vice Presidente aggiunge che all'articolo 2 il provvedimento contiene la proroga fino al 31 dicembre 2011 delle misure anticrisi già attuate, sostenendo per sei mesi coloro che perdono il lavoro o vengono messi in cassa integrazione nel corso del 2011 e coloro che, in presenza dei medesimi requisiti, hanno già beneficiato delle misure anticrisi negli anni precedenti.

In sede di discussione generale, la consigliera Penasa sottolinea come i dati riportati evidenzino un notevole divario tra le due Province e chiede venga fornito un resoconto di quanto già speso dalle due Province nel corso dell'anno e in particolare dei 2 milioni e 300 mila euro spesi dalla Provincia di Trento per la formazione.

Al termine della discussione generale, posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata è approvato con 6 voti favorevoli (consiglieri Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Heiss, Noggler e Zeni) e 5 astensioni (consiglieri Borga, Mair, Penasa, Seppi e Vezzali).

In sede di discussione articolata, la consigliera Penasa ribadisce la forte diversità di intervento e di assegnazione prevista per le due Province e ne chiede spiegazione.

La vice Presidente Stocker riassume le differenze evidenziate e fa presente che la Provincia di Trento si è avvalsa della possibilità prevista dalla legge di istituire dei corsi di formazione, esaurendo così le risorse finanziarie messe a disposizione negli anni scorsi mediante il Fondo unico e che la Provincia di Bolzano ha ancora somme a disposizione a carattere residuale.

La consigliera Penasa, supportata dal consigliere Anderle, chiede un approfondimento sulla procedura contabile sottesa al disegno di legge.

La vice Presidente Stocker risponde di avere acquisito informazioni in ordine alla correttezza della procedura.

Non vi sono dichiarazioni di voto.

Posto in votazione finale, il disegno di legge n. 35 è approvato con 5 voti favorevoli (consiglieri Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Schuler e Zeni) e 6 astensioni (consiglieri Borga, Heiss, Mair, Penasa, Seppi e Vezzali).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich eröffne die Generaldebatte.
Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente. Buon giorno a tutte le colleghe ed i colleghi. Innanzitutto evidenzio, secondo me, una imprecisione per quanto riguarda la relazione, perché in apertura afferma: *Nonostante la Regione Trentino-Alto Adige abbia retto meglio di altri territori gli effetti della recessione mondiale...*, su questo posso essere parzialmente d'accordo, però devo anche dire che non c'è alcuna gestione unitaria su questo ambito, anche perché i dati, come già sottolineato in Commissione, danno conto di situazioni che sono profondamente diverse.

Allora credo che, davanti ad un disegno di legge come questo, nel quale sicuramente c'è la necessità e la volontà di tutti di non frapporre tempi o problemi al fatto che possiamo mettere in gioco dei fondi, che comunque sono necessari per sostenere coloro i quali si trovano, non per loro volontà o per loro demerito, in una situazione di mancanza di lavoro, però alcune situazioni vanno evidenziate e precisate. Stiamo trattando di importanti risorse di tipo pubblico che, in un momento nel quale vi è una discussione molto importante, a riguardo delle nuove misure necessarie per concorrere al risanamento della finanza pubblica statale e che sono oggetto in questi giorni di una discussione abbastanza forte, per quanto riguarda i tagli che purtroppo sono richiesti a tutte le istituzioni, a maggior ragione avvalora il fatto di dire: noi questi fondi alla fine come li utilizziamo?

Esamino i dati che ho chiesto in Commissione per quanto riguarda l'utilizzo dei fondi sul consuntivo del 2010. Questi dati mi dicono che, per quanto riguarda l'applicazione della legge regionale n. 19 che è l'indennità di mobilità, per quanto riguarda la Provincia di Bolzano abbiamo: numero degli aventi diritto 994, per un totale di somme erogate di 1.249.013,94. Allo stesso tempo raffronto il dato, per quanto riguarda la provincia di Trento e trovo che gli iscritti mensili nelle liste di mobilità, per cittadinanza, hanno una consistenza che è molto più forte, abbiamo una iscrizione di 4.613 unità e sono divise in 962 persone di origine straniera e 3.651 persone di cittadinanza italiana.

Quindi già un primo dato che fondamentalmente e oggettivamente, senza che vi sia su questo alcuna connotazione di tipo politico su questa osservazione, dà conto di una fortissima differenza fra ciò che succede in queste due Province che, solo perché abbiamo questa disponibilità di bilancio regionale, che ricordo è sopra l'assegnazione che viene fatta alle due Province autonome, quindi è un'ulteriore assegnazione di fondi, viene gestita all'interno di questo quadro regionale che diventa sempre più un quadro utilitaristico e sempre meno vissuto sotto il profilo politico. Anche perché se il dato di una gestione, che dovrebbe essere ancora comune ed è questa che fa capo a questa legge regionale dà conto di esiti che sono così distanti e così fondamentalmente diversi, vuol dire che effettivamente la funzione anche di questa legge regionale che andiamo oggi ad approvare – va detto per correttezza e serietà politica – è esclusivamente una funzione di bancomat, quindi assegnazione su due bilanci provinciali, senza che vi sia alcuna regia di tipo politico sottesa.

Quindi ciò conferma, ancora una volta, lo svuotamento che è stato fatto di questa Assemblea, perché l'unica cosa che qui saremmo chiamati a deliberare è quello che noi dobbiamo assegnare questi fondi, poi come questi fondi saranno utilizzati, non compete più a questa istituzione.

Un altro aspetto l'ho richiamato lo scorso anno in quest'aula. Gli interventi, anche se noi parliamo di somme sostanziosissime, che in questo momento dovrebbero farci riflettere in maniera assolutamente seria sull'utilizzo di risorsa pubblica, non vengono quasi mai neppure ascoltati, però credo di assumere una responsabilità, nei confronti dei cittadini, di verificare bene quello che si fa con i loro soldi. Trovo che l'applicazione di queste misure anticrisi, nella Provincia di Bolzano, è andata a beneficio esclusivo di quelle che sono le domande presentate per quanto riguarda la cassa integrazione e gli interventi correlati a questa legge, mentre per quanto riguarda la Provincia di Trento – lo sottolineo nuovamente ed anche in senso negativo – ha speso la bellezza di 2.918.515,00 euro. Quindi se li paragono a 1.249.013,94 euro di totale che sono serviti a Bolzano per sostenere l'indennità di mobilità, la Provincia di Trento ha impegnato la bellezza di 2.918.515,00 euro per sostenere dei corsi.

Certo non sono contraria ai corsi, perché la riqualificazione è sicuramente necessaria, ma non avrei tutte queste osservazioni nel momento in cui, in fondo a questa relazione, oltre a quelli che sono i numeri dell'iscrizione, trovassi anche quante di queste persone, per le quali abbiamo speso quasi 6 miliardi delle vecchie lire per sostenere corsi di formazione, hanno trovato di nuovo la loro collocazione nell'ambito dell'attività lavorativa.

Questo non c'è scritto, è un dato che non riusciamo a trovare da nessuna parte, l'assessore competente mi potrà rispondere tranquillamente che non è una competenza della Giunta, perché di questa Giunta l'unica

competenza è svolgere la funzione di bancomat, al posto della Giunta potremo mettere uno sportello, le due Province si dotano di una tessera e vanno a prelevare i finanziamenti a cui tengono ad avere diritto.

Non c'è altra funzione politico-amministrativa sottesa, ma ci dovrebbe essere un'altra responsabilità, perché noi siamo consiglieri provinciali e regionali e dovremmo avere la responsabilità di fare attenzione su come i fondi vengono erogati. Sono d'accordo nel sostenere la posizione dei nostri rispettivi Presidenti di Giunta provinciale, che qui sono anche vice Presidente e Presidente della Giunta regionale, a dire che dobbiamo difenderci nei confronti dello Stato per quanto riguarda le nostre assegnazioni, ma altresì dovremmo guardare con estrema attenzione a come questi fondi vengono utilizzati. Perché se nella Provincia di Bolzano, per sostenere 994 domande di aventi diritto, sono state erogate somme per 1.249.013,94 euro, mi chiedo come mai a Trento ne abbiamo utilizzati più del doppio, solo per fare i corsi di formazione? Oltre ad avere un'esposizione in termini numerici, come ho detto prima, a fronte dei 994 iscritti nella Provincia di Bolzano, a Trento ne abbiamo 4.613, divisi: 962 – che sono molto vicini al numero totale di Bolzano – come cittadini stranieri e 3.651 come cittadini italiani.

Credo che queste cose dobbiamo analizzarle, perché siamo in una situazione che è profondamente diversa e noi che siamo degli amministratori dobbiamo essere estremamente preoccupati di una situazione come questa, perché vuol dire che a Bolzano i numeri degli aventi diritto sono equivalenti a quelli che in Provincia di Trento sono i numeri degli aventi diritto dei soli cittadini stranieri. Dobbiamo riflettere su questo aspetto!

Noi abbiamo molte persone, giovani in particolare, che sono senza lavoro, abbiamo dei lavori sottopagati, lo sappiamo benissimo e questo è il grande problema che incombe in questo momento, perché è vero che stiamo tamponando, ma la domanda è: fino a quando riusciremo a tamponare? È una situazione estremamente preoccupante per le famiglie, questo è il dato.

Quindi è vero, noi ci siamo fatti carico, l'assessora Stocker ha giustamente richiesto in Commissione di tenere conto del fatto che questo disegno di legge è un provvedimento che serve soprattutto ai cittadini e noi siamo d'accordo, collega assessora, lei sicuramente con questa affermazione dimostra di essere attenta a quelli che sono gli aspetti sociali, ma dobbiamo essere attenti, nella stessa misura, a come si vengono a tradurre poi le spese che con questa erogazione di fondi vengono sostenute.

Dichiaro di essere assolutamente contraria a questo tipo di gestione così diversa, perché che senso ha che noi stiamo qui oggi a discutere sul disegno di legge n. 35 solamente per dire che a Bolzano vanno X fondi e a Trento vanno X fondi? Poi quando è il momento di vedere questi fondi che esiti hanno dato, troviamo degli esiti profondamente diversi. Che senso ha che siamo venuti a Bolzano a discutere di questo aspetto, questa mattina, quando non ci possono essere delle linee guida comuni, all'interno dell'utilizzo di questi fondi, nel momento in cui si può verificare che c'è una situazione più positiva e una meno positiva, non possiamo valutare quali sono state quelle azioni che hanno portato ad una situazione migliore e quindi cercare di adottare provvedimenti che vadano in questo senso.

Certo, oggi è caldo e sarebbe più comodo stare qui e dire: in cinque minuti mettiamo a posto questa legge che così poi abbiamo finito. Signori, ci rendiamo conto in che situazione sta il Paese! Come mai ormai da un mese si

vedono solamente discussioni su dove si può tagliare, il *rating* del nostro debito dove sta andando e tutte queste cose, abbiamo visto cosa è successo alla Grecia poco tempo fa!

Siamo comunque, ci piaccia o non ci piaccia, in questo Stato, in questo Stato dobbiamo starci, la situazione è estremamente preoccupante, ma sono d'accordo colleghi che voi rivendicate un'altra posizione, non sarò sicuramente quella che si mette di traverso su questo, ma oggi il dato è quello, queste Province e questa Regione vivono nell'ambito di uno Stato italiano con delle assegnazioni di risorsa pubblica che vengono da un bilancio dello Stato che ha determinate situazioni. Non dico che giustamente ognuno rivendichi legittimamente le proprie aspirazioni di far parte di altri contesti, queste sono altra cosa, ma in questo momento stiamo parlando di un trasferimento di risorse pubbliche alle due Province per questo tipo di situazione. Risorse che sono frutto di una organizzazione di tipo fiscale di questo Stato e di un ritorno che avviene per leggi importanti, quale quella del nostro Statuto di autonomia, sui nostri bilanci.

Questo è il quadro entro il quale noi amministriamo queste risorse. Allora mi aspetto che il Presidente, che è attualmente anche il Presidente della Giunta provinciale di Trento, dia delle risposte su questi aspetti, perché i dati fra queste due Province sono troppi distanti ed a mio avviso non si possono giustificare, perché in presenza di bilanci provinciali, che sono più o meno equivalenti, della ripartizione delle risorse, per quanto riguarda il quadro regionale, eque perché avvengono nella stessa misura, siamo in una situazione dal punto di vista orografico uguale, abbiamo una situazione demografica paragonabile, al di là di quelli che sono gli aspetti linguistici ed identitari che assolutamente noi rispettiamo, ma la differenza che andiamo a riscontrare su questi dati è tale per cui credo che un minimo di giustificazione ci debba essere.

Quando una Provincia va ad impegnare risorse che sono doppie rispetto alla Provincia vicina, con le stesse caratteristiche, solamente per quanto riguarda la realizzazione di corsi, qui c'è da domandarsi se il business sia fatto un'altra volta sulla pelle di chi perde il lavoro, perché abbiamo impegnato risorse maggiori di quelle che andiamo ad impegnare, per quanto riguarda l'erogazione delle misure di supporto, nella formazione e quale è stato il risultato? Questo vogliamo chiederci: qual è il risultato? Perché se poi il risultato ci dà conto di percentuali accettabili, di rientro in maniera maggiormente qualificata sul mercato del lavoro di queste persone, allora possiamo essere d'accordo, ma ci dobbiamo interrogare su questo aspetto! Perché altrimenti abbiamo creato un ulteriore business sociale sulla pelle di coloro i quali il posto di lavoro lo hanno perso. E ci viene chiesto l'impegno di stare qui a sostenere in tempi brevi il disegno di legge n. 35 che, ripeto, assegna semplicemente i fondi, perché non fa altro!

Credo che ognuno di noi consiglieri dovrebbe sentirsi mortificato nell'approvare leggi di questo tipo, che non hanno alcun valore dal punto di vista politico-amministrativo, ma hanno semplicemente il valore di coprire il fatto che abbiamo un'assegnazione regionale, oltre quella prevista per le due Province, che noi apprezziamo, ci fa comodo, sicuramente siamo interessati ad averla, ma di fatto evidenzia, ancora una volta, quanto questa Regione serva ormai solo come copertura per l'utilizzo di ulteriori risorse e non vi sia più quella volontà e quel sentimento di voler fare le cose insieme, anche se poi ci vogliamo raccontare che per fare le cose insieme adesso faremo il GECT. Lo

sappiamo benissimo che anche quella è una situazione per fare le cose insieme, non dal punto di vista di una volontà condivisa e di un sentimento di appartenenza più ampio, ma semplicemente del buon utilizzo di uno strumento, previsto dalla legge sicuramente, ma che va ancora una volta nella direzione di business e non certo di creare ambiti sociali e culturali più ampi, come qualcuno vuole far trasparire con affermazioni che non sono assolutamente condivisibili.

Pertanto, noi sicuramente non potremo stare qui a cercare di chiedere ulteriori variazioni sul disegno di legge n. 35, che sicuramente è necessario per portare quel sollievo a coloro i quali, nell'ambito di questa crisi economica, hanno perso il lavoro e si trovano nella situazione di essere sostenuti con le loro famiglie, però abbiamo anche la responsabilità di amministratori di dire che ciò che esce da questo quadro dell'utilizzo dei fondi, che sono stati assegnati fin qui dalla Regione alle due Province e l'utilizzo che ne è stato fatto, è talmente distante da non poter avere un avallo di tipo politico su questa legge, ma semplicemente il fatto di consentire che si possa procedere, credo sicuramente bene, perché i numeri comunque ne danno conto, all'utilizzo di queste risorse sui rispettivi bilanci.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Dorigatti, Sie haben das Wort.

DORIGATTI: Grazie, Presidente. A me pare che uno dei temi che la Regione affronta è quello delle politiche del lavoro, in modo particolare la questione della mobilità. Da molti anni la Regione si occupa di questo ed attraverso le politiche del lavoro ha aggiunto in modo positivo la questione previdenziale, Laborfond è stato un fatto estremamente importante ed altrettanto importante ritengo siano tutte le politiche che sono state messe in campo per quanto riguarda la questione del lavoro.

Se vogliamo dare un rafforzamento della Regione, queste due politiche, a mio avviso, rafforzano la Regione nella sua interezza, ma anche nel modo in cui intendiamo la Regione per poter operare, per quanto riguarda politiche che vanno a favore dei cittadini sia di Trento che di Bolzano, ma che rafforzano anche la capacità della Regione nel suo insieme.

Da anni la Regione, come dicevo, interviene su questa materia, ossia sulla mobilità, per una semplice ragione, quindi è stata una delle Regioni all'avanguardia rispetto al resto delle politiche che vengono avanti sul versante del mercato del lavoro, della protezione dei cittadini.

In passato i lavoratori sopra i 15 dipendenti avevano la possibilità di accedere alle cosiddette casse integrazioni, sia alla cassa integrazione ordinaria, sia alla cassa integrazione straordinaria. Le piccole aziende non avevano questo strumento e lo strumento che erano costrette a mettere in atto era il licenziamento dei lavoratori/lavoratrici e questi lavoratori/lavoratrici andavano in periodi di disoccupazione speciale ed in periodi di disoccupazione ordinaria. Proprio a fronte di questo, per tutelare i lavoratori/lavoratrici delle piccole aziende, nelle Province di Trento e Bolzano è stato sollecitato con forza che la Regione si facesse carico per dare una dimensione ai lavoratori/lavoratrici attraverso l'istituzione di un anno di mobilità. Non a caso tutti i soggetti che avevano i requisiti, in modo particolare i lavoratori/lavoratrici delle piccole imprese, finito il periodo e quindi di fronte alla crisi, di fronte alle difficoltà economiche di riorganizzazione e di mercato, potevano usufruire di un intervento di mobilità regionale. Ecco perché lo strumento è nato ed ha dato la

possibilità a molte persone di poterne usufruire per poi essere rimesse successivamente sul mercato del lavoro.

Mi pare questo un dato storico, che in realtà ha consentito nelle due Province di affrontare i momenti di difficoltà, senza elementi di tensione sociale e dando anche una universalità per quanto riguarda il provvedimento, non soltanto riferito ai lavoratori delle grandi imprese o delle aziende sopra i 15 dipendenti, ma cogliendo anche la richiesta che veniva posta dalle associazioni imprenditoriali, di poter trovare gli strumenti che potessero rispondere a problemi di riorganizzazione delle aziende e naturalmente di protezione per quanto riguarda i lavoratori/lavoratrici.

Questi strumenti hanno avuto un effetto estremamente positivo, non a caso se abbiamo un'associazione di questo tipo è proprio perché abbiamo avuto la capacità e la lungimiranza di mettere in campo questi strumenti di politica del lavoro.

A fronte di quelle che sono state le nostre esperienze, abbiamo fatto dei passi in avanti, non a caso la delega per quanto concerne gli ammortizzatori sociali, sancita dall'Accordo di Milano, va in un percorso di storia, di capacità di poter intervenire sulle dinamiche del mercato del lavoro e quindi di problemi delle imprese nel suo insieme, per quanto riguarda la tutela dei lavoratori, ma anche poter essere vincenti sul problema della trasformazione, della riorganizzazione a tutela sia dell'impresa che del lavoratore.

Perciò vedo, da questo punto di vista, il disegno di legge qua proposto come un elemento estremamente positivo e quindi un plauso all'assessore di aver colto queste novità che vengono avanti e la necessità di dover intervenire anche a fronte di situazioni che non avevamo noi creato, ma che gli accordi statali hanno creato e noi oggi ne subiamo le conseguenze.

Rilevo che siamo di fronte ad una situazione nazionale di pesante crisi, ma che si riflette in termini più articolati anche nella nostra regione. Una situazione occupazionale certamente che ha delle differenziazioni fra Bolzano e Trento, più caratterizzata per quanto riguarda la situazione del Trentino, poiché il Trentino ha una propria dimensione più su un versante manifatturiero rispetto all'Alto Adige, ma non per questo ci sono stati più interventi sulla mobilità nel Trentino che in Alto Adige, più interventi a favore delle famiglie in Alto Adige rispetto al Trentino. Quindi vi è, da questo punto di vista, proprio una lettura di come oggi è il tessuto sociale del Trentino e dell'Alto Adige e di conseguenza gli interventi della Regione hanno tenuto conto di queste particolarità.

Un'altra riflessione. Se vi sono state più risorse da una parte che dall'altra, va fatto un ragionamento estremamente complessivo. Non a caso, a fronte di periodi lunghi di cassa integrazione, di mobilità, è venuta dalle forze politiche sociali anche la richiesta di non vedere più i lavoratori come un momento a sé stante in quel periodo, ma vedere i lavoratori attivi e quindi rimmetterli in circolo, a fronte di nuove opportunità di lavoro, attraverso forme di formazione che abbiamo richiesto più volte all'interno di quest'aula, in modo che i lavoratori uscissero da questo limbo, entrassero in quel percorso formativo che potesse preludere ad una possibilità di inserimento lavorativo.

Perciò la formazione mi pare che sia un elemento fondamentale delle politiche attive del lavoro che dà possibilità, dà opportunità, sapendo che siamo di fronte ad una crisi profonda, che vi sono anche segnali di ripresa, ma che comunque fa segnare dati di disoccupazione ancora negativi e quindi un aumento dei lavoratori, in modo particolare i giovani che sono in cerca di lavoro,

ma anche lavoratori/lavoratrici che perdono il posto di lavoro e trovano forti difficoltà di inserimento, specialmente quei lavoratori/lavoratrici che raggiungono determinati anni di età e di conseguenza hanno più difficoltà ad entrare nel mondo del lavoro. Non a caso si è messo in campo il progetto di ripristino ambientale, proprio per dare un'ulteriore possibilità a queste persone di trovare un nuovo percorso e questo percorso potesse portarli ad un approdo che è quello della situazione pensionistica.

A mio avviso, se ragioniamo oggi che siamo di fronte ad una situazione ancora pesante dal punto di vista produttivo, sociale ed anche occupazionale, mi pare che gli interventi posti nel disegno di legge, che riguardano alcuni lavoratori/lavoratrici, che arrivano a 20 mesi di mobilità, siano un segnale forte. Lo dico perché nel recente intervento che avevo fatto attorno al tema della mobilità, avevo suggerito di aumentare i 12 mesi con altri sei mesi, proprio a fronte di una situazione di crisi ed a fronte dell'intervento dello Stato che stava mutando e metteva in atto tutta una serie di strumenti, mi riferisco alla cassa integrazione di deroga, che dava la possibilità non soltanto alle aziende al di sopra dei 15 dipendenti, ma anche alle piccole aziende di avere la cassa integrazione ed aggiungendo la cassa integrazione a successivi periodi di mobilità.

Questa mia richiesta, posta con attenzione all'assessore, non aveva trovato riscontro per un motivo che ritengo non cogente al tema ed il motivo era che queste persone, poste in mobilità, in realtà si trovavano in una situazione quasi "favorevole", quindi non erano incentivati a trovare altre opportunità di lavoro. Mi pare invece che la cosa non sia così, quelli che sono in mobilità o in cassa integrazione, a fronte di un'opportunità di lavoro o di formazione professionale e si rifiutano di accettarla, decadono e quindi siamo di fronte ad una carenza di opportunità di lavoro, ad una carenza di formazione. Non a caso si è messo in campo la formazione per scremare quelli che sono interessati a questa opportunità di lavoro oppure quelli che in realtà rientrano soltanto da un punto di vista assistenziale attraverso la legge.

Allora mi pare che questo era un momento opportuno da accogliere, per vedere quelle che sono le persone che hanno necessità di trovare percorsi nuovi e quindi, attraverso la formazione, trovare un'opportunità di lavoro.

Siamo di fronte ad una situazione che è diventata più complessa e quindi concordo con l'assessore su questo, perché di fronte ad accordi che sono stati fatti di cassa integrazione e di disoccupazione successivamente o di mobilità, la legge nazionale che è intervenuta, cambiando le regole nel 2010, ha prodotto dei disastri dentro questo tessuto che noi dobbiamo colmare e mi pare che la legge, da questo punto di vista, è puntuale.

Allora quando si era fatto un accordo, lo dico come esempio per farmi capire dalle colleghe e dai colleghi, e questo accordo prevedeva che il lavoratore/lavoratrice raggiungeva attraverso un intervento di cassa integrazione che durava tre anni, 36 mesi per capirci, e questo lavoratore/lavoratrice aveva raggiunto i 40 anni di pensione, lo Stato ha cambiato la situazione di questi lavoratori/lavoratrici dicendo che quelli che raggiungono i 40 anni, in realtà per percepire la pensione devono lavorare un anno in più, oppure devono stare nella condizione di non lavoro, ciò che non è possibile. Allora cosa si fa con queste figure? E non sono poche. È chiaro che la legge interviene proprio su queste figure, dando continuità a quegli accordi, dicendo che se con quell'accordo gli mancavano 6, 7 mesi per raggiungere

l'anno successivo in cui si è aperta la finestra per andare in pensione, dà la possibilità, attraverso la mobilità, di raggiungerla.

Mi pare un fatto veramente significativo, che va ad incidere esattamente ad una modifica che le organizzazioni sindacali non avevano previsto, perché di fatto questi lavoratori/lavoratrici raggiungono 40 anni di pensione, però in realtà lavorano 41 anni ed i 41 anni non sono pagati in termini previdenziali. Qua si potrebbe dire che c'è un furto da parte dello Stato nei confronti di questi lavoratori/lavoratrici, questa è la sostanza.

Allora cosa fa la Regione su questo cambiamento delle regole del gioco? Giustamente interviene e dice: vedo se è possibile riportare questi lavoratori/lavoratrici che non sarebbero più rimessi nel mercato del lavoro, perché gli mancano magari quei 3, 4 mesi o quel periodo che non hanno una copertura economica, di poter raggiungere la finestra imposta dallo Stato.

Mi pare questo il fatto fondamentale, questo sì significa un intervento mirato che copre quella che è stata una cosa non corretta da parte dello Stato, in cui sono stati fatti degli accordi in previsione di portare, attraverso processi di mobilità, lavoratori/lavoratrici al raggiungimento del requisito pensionistico. Togliendo il requisito pensionistico non lasciamo scoperti questi lavoratori, non dal punto di vista contributivo, dal punto di vista economico e non sono pochi nei processi produttivi che sono cambiati in questo periodo.

Mi pare che il disegno di legge vada in questa direzione e quindi do un plauso da questo punto di vista. C'è un piccolo particolare che va aggiunto: dai 12 mesi arrivare a 20 mesi mi pare un modo di cogliere qual è la portata della crisi, ossia la profondità di quanti numeri oggi abbiamo, il tasso di disoccupazione è leggermente cresciuto, i lavoratori in mobilità leggermente sono cresciuti, a me pare positivo l'intervento.

Aggiungo una considerazione che vorrei fare all'assessore Stocker ed anche al Presidente della Regione. L'altra volta non sono stato ascoltato quando dicevo che erano opportuni i sei mesi, faccio un plauso, finalmente siete arrivati che i sei mesi servono perché la crisi è profonda; se vi posso suggerire, nell'anno 2008 si sono fatti accordi che vanno a scadenza in queste settimane, ma proprio per la profondità della crisi gli accordi sono stati fatti nel 2009 e nel 2010 e quegli accordi che portano quei lavoratori a quella destinazione, senza una modifica del 2001 che è prevista all'articolo 2 del disegno di legge n. 25, noi quell'articolo 2 lo dobbiamo cambiare, perché saremmo in una condizione di disparità tra quelli per cui hanno fatto gli accordi nel 2008 che possono rientrare e quelli del 2009 e 2010 che hanno una proiezione in là, perché hanno tre anni di mobilità e non ci rientrano. Allora quell'articolo 2 andrebbe modificato.

Faccio un esempio per tutti. L'azienda DANA, a Trento, che ha circa 500, 600 lavoratori e ne ha buttati fuori parecchi ed ha riorganizzato, se non recupero quell'accordo attraverso un adeguamento, quei lavoratori avranno due regimi, quello dell'accordo del 2008 e gli accordi successivi non saranno validi in quanto la data finale è il 2011. A mio avviso va modificata al 2013, proprio per recuperare esattamente tutti gli accordi fatti nelle realtà sia di Trento che di Bolzano.

Mi pare questo un segnale che non ha grandi costi, tranquillizzerei la preoccupazione della consigliera Penasa, credo che i costi sociali in realtà sono più profondi, se vogliamo pensare come è profonda la disoccupazione e quante persone si rivolgono a noi a dire: ho necessità di lavoro, qualsiasi lavoro.

Dico di più. La profondità della disoccupazione che abbiamo non è quella del passato, oggi abbiamo disoccupati che in realtà sono figure che in passato non abbiamo mai visto, mi riferisco a determinati ingegneri, ad un biologo, ad un architetto, oggi quelle figure si rivolgono alla politica dicendo: ho necessità di un lavoro. In passato non erano figure che avevano necessità di essere introdotte nelle aziende produttive. A maggior ragione dobbiamo ottenere che vi sia equità tra quelli che hanno fatto l'accordo nel 2008 e quelli che hanno fatto l'accordo nel 2010 e non sono coperti.

Per questa ragione propongo, assessore e Presidente, che si possa intervenire con un emendamento, che ho già predisposto basta che ci sia il vostro consenso, e quindi si va al 2013, proprio per recuperare tutti quegli accordi sindacali fatti sia a Trento che a Bolzano e per coprire quelle figure che oggi non avranno l'opportunità di andare in pensione.

Le regole non sono state cambiate dalla Regione, ma sono state cambiate in modo truffaldino da parte del Governo, perché quando si dice che un lavoratore/lavoratrice va con 40 anni in pensione, è vero che può andare con i 40 anni in pensione, ma è altrettanto vero che questo lavoratore/lavoratrice non può andarci, perché deve rimanere un anno senza pensione, perché in realtà la finestra si apre l'anno successivo e quindi rimane un anno senza copertura. Questo vale per quanto riguarda anche tutto il cambio delle finestre che è stato fatto attraverso la riforma delle pensioni; è stata una riforma che non ha facilitato gli accordi e non ha facilitato né gli interventi di cassa integrazione, né gli interventi di mobilità.

Quindi il mio è un appello molto forte, di vedere di recuperare quelle persone che hanno stipulato intese, nel senso che ci credevano per quanto riguarda quell'intesa che poteva portare ad un traguardo, che è il traguardo della pensione, sia quella di anzianità che di vecchiaia.

Dico questo anche alla luce delle modifiche che stanno venendo avanti sul versante pensionistico, a maggior ragione, la ragione come è stata lungimirante negli scorsi anni, dovrebbe essere altrettanto lungimirante oggi e recuperare gli accordi in un arco di tempo molto più largo di quello che è stato previsto nell'articolo 2 del disegno di legge n. 35.

Mi auguro che il mio suggerimento, come ho fatto l'altra volta che ho detto che era giusto aumentare di 6 mesi e l'assessora ha accolto e la ringrazio, da questo punto di vista dà una copertura molto più vasta, coglie esattamente la profondità ed i problemi che sono articolati, in modo particolare per i giovani che sono fuori dalle aziende e per le donne che mettono fuori le aziende.

Certo che poi va recuperata tutta la parte della formazione, che è estremamente fondamentale e quelli che non sono disponibili alla formazione vanno buttati fuori dalle liste, non ci sono né ma, né se, proprio per una pulizia, noi siamo per il lavoro e non per l'assistenza, questa è un'altra cosa. Io sono per il lavoro, perché il lavoro dà la dignità, l'assistenza non dà la dignità alla persona ed a maggior ragione noi dobbiamo offrire sì l'opportunità dell'assistenza, ma dobbiamo offrire la formazione ed il lavoro e chi non sta dentro queste regole è giusto che si assuma la responsabilità e prenda un'altra strada.

Con questa convinzione le suggerisco di accogliere la modifica ed invece che arrivare al 2011 di arrivare al 2013. Pertanto, sicuro che questo ulteriore sollecito venga accolto, la ringrazio dell'attenzione.

PRÄSIDENTIN: Danke! Der nächste Redner ist der Abg. Tinkhauser. Er hat das Wort.

TINKHAUSER: Danke, Frau Präsidentin! Wieso müssen wir heute eine Verlängerung dieses Antikrisenpaketes verabschieden? Für mich ist die Antwort ganz klar. Irgendwo, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung dieses Staates anschaut und wo wir immer noch daran hängen, dann lässt diese schon sehr zu wünschen übrig. Italien ist derzeit in einer Stagnation begriffen. Jeden Tag muss die Staatsführung hoffen, dass eine Rating-Agentur, Standards & Poor's, den Staat nicht abwertet, um nicht höhere Zinszahlungen leisten zu müssen und auf der anderen Seite bewegt sich Mitteleuropa in eine ganz entgegengesetzte Richtung. Deutschland hat z.B. ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum zwischen 3,4 und 3,9 Prozent, Österreich bewegt sich auch in diesem Schnitt zwischen 3 und 3,5 Prozent. Also wir sehen, dass Europa wirklich irgendwo auseinandertrifft und wir Südtiroler oder in diesem Sinne die Region hängen an einem Staate, der uns irgendwo mit nach unten zieht und wenn wir ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent erreichen, dann müssen wir schon irgendwo froh sein. Auch wenn man sieht, wie gestern Agenturen gemeldet haben, wer in Deutschland Menschen entlassen muss und das ist nämlich die Agentur für Arbeit, also diejenigen, die für Arbeit sorgen müssen, müssen ihre Leute entlassen. Das zum einen.

Ich kann mich erinnern, wenn dieses effektive Gesetz diskutiert worden ist, habe ich im Regionalrat eine Anfrage gestellt, wieso unsere Daten hier spezifisch für Südtirol nicht genau aufgelistet werden. Wenn ich den Ausführungen der Kollegin Penasa hier folge, dann sehe ich doch, dass für das Trentino hier ganz genau klar aufgelistet ist, wer wo der Nutznießer ist, wie viele Gelder auch in Ausbildung usw. fließen. Das vermisse ich für Südtirol. Vielleicht hat man das in der Zwischenzeit revidiert oder gibt es hier nur diese allgemeinen Zahlen, mit denen wir arbeiten können. Festzustellen ist auf jeden Fall, dass natürlich nicht im Sinne der Freiheitlichen hier punktuell gearbeitet wird, wenn man sieht, dass auch im Trentino ein Viertel der Nutznießer dieser Maßnahmen Ausländer sind. Ich weiß nicht, wie jetzt die Zahlen für Südtirol aussehen, aber da muss ich mir schon die Frage stellen: wenn man die Einwohnerzahlen den Arbeitslosen gegenüberstellt, dann steht für mich ganz klar fest, dass wir nicht jeden Menschen hier brauchen, den wir irgendwo in unserer Region hereinlassen. Also diese Zahlen lügen nicht. Es ist ganz klar, dass wir auch Arbeitslosigkeit importieren.

Deshalb glaube ich, dass wir diesem Gesetzesvorschlag leider Gottes nicht zustimmen können. Wie wir uns entscheiden, muss ich noch in der Fraktion absprechen. Aber eine Frage ist für mich auch wichtig. Es werden sehr viele Gelder – speziell im Trentino – ausgegeben. Ich weiß nicht, läuft das in Südtirol über eine andere Schiene, über Fortbildungsmaßnahmen. Es wäre wichtig herauszufinden, wie viele Menschen diese Maßnahmen genossen haben und wie viele dann schlussendlich wieder in das Arbeitsleben integriert worden sind, denn dann hat man auch eine Übersicht, ob diese Fortbildungsmaßnahmen effektiv sind oder nicht, denn die direkte Förderung ist z.B. im Trentino bei Weitem niedriger als diese Fortbildungsmaßnahmen. Es liegt schon der Verdacht nahe, dass hier irgendwo auch ein Geschäft auf Kosten der Schwächsten und der Ärmsten betrieben wird und das müsste man

meiner Ansicht nach unterbinden, wenn diese Maßnahmen nicht unbedingt greifen.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Dominici, Sie haben das Wort.

DOMINICI: Si tratta, secondo me, di un disegno di legge importante, anche se alquanto riduttivo, dal momento che prevede alcune misure, senza però dettagliare in termini precisi e selezionati l'obiettivo. Direi che in buona parte, anche se non sempre concordo sulla filosofia che ispira gli interventi del collega Dorigatti, sostanzialmente però mi vede d'accordo su alcuni passi del suo intervento.

Sentivo dagli interventi dei colleghi che alcune problematiche sono analoghe sia per la Provincia di Bolzano che per la Provincia di Trento, perché un conto è fare una sommatoria generale ed un altro conto è riscontrare dati precisi, analizzare da un punto di vista sociologico reale, ma più di tutto dal punto di vista della reale attualità, invece che di una interpretazione generica.

Le interpretazioni generiche inducono a forme di ideologizzazione e quindi di intervento indiscriminato nei confronti del settore che si vuole andare a legiferare o nei confronti delle molte persone che teoricamente sono nella condizione di dover essere aiutate ed un altro conto è fare verifiche documentate sul campo.

Dato che voglio fare riferimento ai passaggi normativi, non ripeto le motivazioni che mi inducono a fare queste considerazioni e cioè la conflittualità che esiste, la discrepanza tra le considerazioni sociologiche generali, tra le affermazioni generiche di aiuto a buoni settori della popolazione, che sono disoccupati, che sono in cerca di lavoro, che sono in mobilità, che non riescono a rientrare negli ambiti legislativi per poter beneficiare delle misure che permetterebbero loro di accedere al momento pensionistico, perché si trovano in difficoltà per la mancanza di conciliazione tra le prospettive che prevede la legge generale dello Stato e la loro situazione reale e documentata in cui si trovano.

Visto che non mi manca il tempo oggi, mi pare che ci sia mezz'ora per l'intervento sulla relazione e quindi mi preme, dopo questa premessa, fare un'analisi dettagliata della normativa generale, già che la legge, per quanto stringata, è non del tutto esplicita e comprensibile, se non per gli addetti ai lavori, ma analizzandola dettagliatamente è comunque positiva nel suo intento di corrispondere ad esigenze reali.

Dal momento che l'articolo 1 fa riferimento alla legge del 23 luglio 1991, n. 223 e sulla base di accordi stipulati prima del 30 aprile 2010 per quanto riguarda gli iscritti in lista di mobilità e beneficiari dell'indennità di cui ad una legge regionale della quale farà riferimento dopo, ritengo che sia utile fare un riferimento alla legge generale, visto che mi sono procurata il testo, perché è bene informarsi dettagliatamente.

Ebbene, la legge dello Stato, la quale rinvia questo disegno di legge che stiamo analizzando, è molto copiosa, molto dettagliata e prevede alcuni passaggi importanti ai fini del contenuto di questo disegno di legge e ne voglio ricordare qualcuno, quelli che ritengo essenziali e che costituiscono la base di questo disegno di legge, secondo quanto recita l'articolo 1.

Dice la legge all'articolo 1: *Norme in materia di intervento straordinario di integrazione salariale.*

1. La disciplina in materia di intervento straordinario di integrazione salariale trova applicazione limitatamente alle imprese che abbiano occupato mediamente più di quindici lavoratori nel semestre precedente la data di presentazione della richiesta di cui al comma 2. Nel caso di richieste presentate prima che siano trascorsi sei mesi dal trasferimento di azienda, tale requisito deve sussistere, per il datore di lavoro subentrante, nel periodo decorrente dalla data del predetto trasferimento.

E questo non sempre si è verificato quando il datore di lavoro subentrante ha preso tante volte posizione nei confronti di lavoratori che erano disoccupati o in mobilità, provvedendo, con motivazioni varie, al licenziamento o comunque a non corrispondere alla necessità di dichiarazioni successive della prosecuzione dello status di mobilità.

L'articolo 1 del disegno di legge di cui stiamo parlando rinvia ad un altro passaggio sempre della legge n. 223 del 23 luglio 1991. Faccio menzione ai commi 9 e 10 della legge n. 223:

9. Per ciascuna unità produttiva i trattamenti straordinari di integrazione salariale non possono avere una durata complessiva superiore a trentasei mesi nell'arco di un quinquennio, indipendentemente dalle cause per le quali sono stati concessi.

10. Per le imprese che presentino un programma di ristrutturazione, riorganizzazione o conversione aziendale a seguito di una avvenuta significativa trasformazione del loro assetto proprietario, che abbia determinato rilevanti apporti di capitali ed investimenti produttivi, non sono considerati, ai fini dell'applicazione del comma 9, i periodi antecedenti la data della trasformazione medesima.

In quest'ultima precisazione ritengo un piccolo tranello per i poveri disgraziati che magari si ritrovano con la famiglia a carico, magari con più di un figlio, perché in quest'epoca non è facile provvedere al mantenimento di due o tre figli, anche se, come diceva il consigliere Firmani in quest'aula, non è detto che l'aumento demografico sia in sé una positività. Concordo pienamente in questo, al di là delle mie convinzioni cristiane, e siccome ritengo che il consigliere ha fatto altre affermazioni molto sensate e documentate le rievocherò nel pomeriggio, quando il contesto della discussione me lo permetterà.

Se qualcuno ha il coraggio di fare figli in quest'epoca, perché la razza trentina non vada troppo ridimensionandosi, va bene che la cosa mi deve interessare relativamente, dato che me ne sono ben guardata dal provvedere all'aumento della razza umana, però in una dimensione di considerazione antropologica molto generica concordo nel dire che di per sé non è per niente una positività corrispondere a quella che alcuni definiscono necessità di aumento demografico. Parlo di trentini, voi siete tirolesi, forse ha ragione il collega Borga che qualcuno chiama impropriamente tirolesi i trentini, infatti ho visto che uno dei pochi colleghi che è molto informato in storia, non pretendo di esserlo io, ma da quando ho fondato l'Associazione culturale nonesa-ladina REZIA, quindici anni fa, ho approfondito anch'io, ma forse il collega Borga ha un po' di ragione nel dire che, non proprio dal 1600, cento eravamo west Tirol, sempre considerati stranieri comunque, come dire 'terroni' – chiedo scusa ai colleghi che hanno origini meridionali – ma allora in un'accezione negativa di stranieri e non avevano tutti i torti, dato che parliamo dialetti trentini o lingue

ladine; dal 1600 l'impero asburgico aveva considerato le due valli ladine esattamente come le valli dolomitiche.

Allora tutta questa disquisizione è avvenuta sulla base del testo della legge n. 223 del 23 luglio 1991...

...vi ringrazio, colleghi, per me è un grande onore, ma come sapete a me non importa proprio niente, perché quello che conta qui è lanciare messaggi e quello che conta è che siano verbalizzati, posso sempre distribuirli a tutto il Trentino e tutto l'Alto Adige – rettifico – Sudtirolo.

Quindi gli esseri umani hanno una loro identità, riconosciuta per la prima volta da Gesù Cristo, oddio è ben vero che il prof. Veronesi ed anche la grande astronoma Hack, per la quale ho un'ammirazione assoluta, hanno detto che preferiscono chiamarlo solo Gesù, perché Cristo sarebbe Salvatore e secondo loro dobbiamo salvarci per conto nostro tutti quanti, ma questo non lo distoglie dal provvedere al salvataggio di quelli che morirebbero di fame se non intervenissimo.

A questo proposito ritengo di dover menzionare in particolare l'articolo 5 della legge n 223, alla quale questo disegno di legge fa riferimento, che individua: *Criteri di scelta dei lavoratori ed oneri a carico delle imprese.*

1. *L'individuazione dei lavoratori da collocare in mobilità deve avvenire, in relazione alle esigenze tecnico-produttive ed organizzative del complesso aziendale, nel rispetto dei criteri previsti da contratti collettivi stipulati con i sindacati...*

Si tratta di quei contratti che in parte il consigliere Dorigatti sottolineava, forse qualcuno lo ascoltava, tra questi anche la sottoscritta, visto che veniamo da un passato in comune, anche se su sponde diverse, io datrice di lavoro e lui sindacalista, anche se in subordine rispetto all'ispettorato all'istruzione, comunque sempre in un percorso comune e sempre a difendere i più deboli.

C'è un altro rimando alla legge n. 223 e riguarda l'articolo 6: *Lista di mobilità e compiti della Commissione regionale per l'impiego.*

1. *L'Ufficio regionale del lavoro e della massima occupazione, sulla base delle direttive impartite dal Ministero del lavoro e della previdenza sociale, sentita la Commissione centrale per l'impiego, dopo un'analisi tecnica da parte dell'Agenzia per l'impiego compila una lista dei lavoratori in mobilità, sulla base di schede che contengano tutte le informazioni utili per individuare la professionalità, la preferenza per una mansione diversa da quella originaria, la disponibilità al trasferimento sul territorio; in questa lista vengono iscritti anche i lavoratori di cui agli articoli 11, comma 2, e 16, e vengono esclusi quelli che abbiano fatto richiesta dell'anticipazione di cui all'articolo 7, comma 5.*

2. *La Commissione regionale per l'impiego approva le liste di cui al comma 1 ed inoltre:*

a) *assume ogni iniziativa utile a favorire il reimpiego dei lavoratori iscritti nella lista di mobilità, in collaborazione con l'Agenzia per l'impiego;*

b) *propone l'organizzazione, da parte delle Regioni, di corsi di qualificazione e di riqualificazione professionale – ben pochi almeno in Provincia di Trento – che, tenuto conto del livello di professionalità dei lavoratori in mobilità, siano finalizzati ad agevolare il reimpiego; i lavoratori interessati sono tenuti a parteciparvi quando le Commissioni regionali ne dispongano l'avviamento;*

c) *promuove le iniziative di cui al comma 4;*

d) determina gli ambiti circoscrizionali ai fini dell'avviamento dei lavoratori in mobilità;

d-bis) realizza, d'intesa con la regione, a favore delle lavoratrici iscritte nelle liste di mobilità, le azioni positive di cui alla legge 10 aprile 1991, n. 125 (11).

3. Le Regioni, nell'autorizzare i progetti per l'accesso al Fondo sociale europeo e al Fondo di rotazione, ai sensi del secondo comma dell'art. 24, L. 21 dicembre 1978, n. 845, devono dare priorità ai progetti formativi che prevedono l'assunzione di lavoratori iscritti nella lista di mobilità.

A dire il vero nella Provincia di Trento, non so quello che succede nella provincia del Sudtirolo... Alto Adige, grazie collega, quasi compaesano, Urzi, pensa quanta gente qui viene da Romallo: Urzi metà, Ottobre un terzo, la sottoscritta interamente, ma io vengo poi dall'epoca romana, perché un cognome più romano di questo! Grazie collega, ad ogni modo storicamente si chiama Sudtirolo ed usiamo tutti e due i termini.

Dicevo che in Provincia di Trento pochi di questi corsi sono stati realizzati, specie nel settore femminile, infatti ho presentato due, tre disegni di legge anche per attivarli questi corsi, perché quelli del Fondo sociale europeo sono limitati a poche persone, molto poco pubblicizzati e talvolta troppo determinati da situazioni contingenti, finalizzati a chiamate nominative, anche se non è riscontrabile perché non ci sono le prove, ma abbiamo comunque tutte le possibilità per dimostrarlo in termini giuridici e perciò molte donne giovani, lo dicevano anche i colleghi che sono intervenuti, o in mobilità o a part-time o totalmente disoccupate non riescono a reinserirsi nel mondo del lavoro, trovano grandi difficoltà, magari sono madri separate con due figli a carico ed hanno un sussidio di 200 euro, come potranno vivere? È vero che poi siamo intervenuti con le misure anticrisi e quindi con l'integrazione del reddito, resta il fatto però che ancora troppa gente è penalizzata.

L'articolo 1 del disegno di legge inoltre fa riferimento alla legge regionale del 27 novembre 1993, n. 19, già che si correla agli iscritti alle liste di mobilità e beneficiari dell'indennità di cui alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, quelli quindi che maturano i requisiti per l'accesso al pensionamento nel corso del 2011. Poi interpreterò l'articolo, perché questa è una visione generale.

Quindi concordo pienamente con quello che diceva il collega, anche se il tedesco è una lingua così difficile, è ben l'unica che ho studiato alle superiori e all'Università, ma non parlandola si è praticamente eclissata, anche perché ai miei tempi si studiava più la grammatica che la lingua. Quindi riesco a leggere e tradurre MÜSLI; ho scritto un libro sul filosofo più conosciuto del mondo cristiano cattolico Josef Pieper, docente all'Università di Munster, la Casa Editrice Pàtron ha tradotto i suoi libri ed un compendio del suo pensiero l'ho proprio tradotto io ed ho scritto un libro prima di venire in Consiglio provinciale. Quindi vuol dire che riesco a leggere e scrivere la lingua tedesca, ma non usandola cerco di interpretare e usare i congegni della traduzione. Le tre lingue che conosco sono l'italiano, il ladino noneso ed il latino che fa parte integrante di me come il noneso ladino e come l'italiano, conosco un po' di inglese, perché ho un marito inglese, ma poco anche quello.

Tutto questo per dire che ho capito una cosa importantissima di quello che dicevo e che metto in evidenza per il Trentino. Quando si presentano giovani o meno giovani senza lavoro, ma non in una situazione di mobilità o disoccupazione, hai voglia che vengano mantenuti e aiutati dalla comunità! Ma

se si presentano stranieri questi vengono mantenuti per qualche anno. Va bene le questioni umanitarie, cristianamente parlando, però se uno muore di fame lo aiuti per un mese, due mesi finché non trova lavoro, ma se viene garantita loro la sopravvivenza per uno, due, tre anni li vedi gironzolare e creano grande tensione sociale, perché è chiaro che i giovani in cerca di lavoro che non hanno avuto la possibilità di accedervi, non vengono certo mantenuti o supportati dalla comunità di valle o dalle leggi provinciali, il lavoro se lo devono cercare.

La legge fa riferimento ai lavoratori collocati in mobilità ed ai disoccupati, quindi rientriamo nell'alveo e questo disegno di legge fa riferimento alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19...

...ho sentito che qualcuno mi sta suonando, perciò vedo di procedere poi nella seconda o terza tornata.

PRÄSIDENT: Danke! Der Abg. Eccher hätte das Wort. Er ist nicht im Saal.
Dann gebe ich dem Ausschuss das Wort für die Replik.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ganz herzlich bei all jenen, die Stellung genommen haben, die sich zu diesem Gesetz geäußert haben, die sich damit auseinandergesetzt haben.

Ich möchte mit der Intervention des Abg. Dorigatti beginnen, der zu Recht darauf hingewiesen hat, was die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes sind und warum wir diese Maßnahmen ergriffen haben. Wir haben zum ersten die Antikrisenmaßnahmen der Jahre 2009-2010 verlängert und er hat sicher Recht, dass es hier natürlich noch einmal unterstrichen worden ist, dass wir es doch mit einer Krise etwas größeren Ausmaßes zu tun hatten und ich denke es war richtig, dass wir kontinuierlich die Maßnahmen verlängert haben.

Zum zweiten haben wir es in diesem Gesetz – und auch das hat der Kollege Dorigatti unterstrichen – mit einer Maßnahme zu tun, wo wir anstelle des Staates für Menschen Maßnahmen treffen müssen, die ganz einfach auf diese Situation vollkommen unvorbereitet sind und die – wenn wir diese Maßnahmen nicht vorsehen – ganz einfach ohne jedes Einkommen sind. Es sind Menschen, die die Voraussetzungen haben, um in Rente zu gehen und wo der Staat ganz einfach on passon eine Änderung gemacht hat, wo plötzlich die Rentenfenster auf 12 Monate und für Selbständigen sogar auf 16 Monate erhöht worden sind. Nun ist es eines für Menschen, die in Arbeit sind. Diese können dieses Jahr weiterarbeiten, haben somit ein Einkommen, aber was ist mit jenen, die in Mobilität sind und die kein Einkommen haben? Für diese Menschen haben wir jetzt eine Möglichkeit vorgesehen, dass sie die Zeit überbrücken können, indem wir die Mobilitätszulage im Ausmaß von etwa 900 Euro für weitere neun Monate verlängert haben, bis sie tatsächlich die Rente bekommen.

Etwas was auch ganz wichtig ist und hier auch unterstrichen worden ist - dafür bedanke ich mich auch recht herzlich beim Abg. Dorigatti, - ist darauf hinzuweisen, dass wir natürlich vollkommen unterschiedliche Situationen haben, was Schwerpunkte anbelangt, die wir z.B. auch in den Abmachungen mit den Gewerkschaften, mit den Sozialpartnern in den beiden Ländern haben. Natürlich hat unsere Arbeitspolitik, die wir in den beiden Ländern haben, auch unterschiedliche Auswirkungen und Ausrichtungen. Ich denke, dass es wichtig ist, dass wir als Region die Möglichkeit haben, auch dem Rechnung zu tragen.

Die Ausbildung, die von der Provinz Trient hier auch in Rechnung gestellt worden ist, die wir auch im Gesetz vorgesehen haben, dass sie abgerechnet werden kann, halte ich für eine der wichtigsten Maßnahmen, die man in einer Zeit von Krisen ergreifen kann, nämlich den Menschen in dieser Phase zu begleiten, ihnen die Möglichkeiten zu bieten, dass sie sich weiterbilden oder eventuell auch umschulen können. Hier vielleicht einfach der Unterschied zum Land Südtirol. Wir haben diese Kosten hier nicht in Rechnung gestellt, aber selbstverständlich hat auch die Provinz Bozen Weiterbildung vorgesehen. Aber es ist von Seiten des Gesetzes möglich gewesen, dass man natürlich auch diese Dinge mit in Rechnung stellt.

Zum Abg. Dorigatti darf ich noch Folgendes sagen, nachdem er ersucht hat, dass wir eine Verlängerung beim Art. 2 bis 2013 machen. Das werden wir jetzt mit diesem Gesetz nicht tun, weil wir einfach noch Berechnungen anstellen müssen. Aber wir verpflichten uns als Regionalregierung, dass wir diese Berechnungen machen und gegebenenfalls es dann mit dem Finanzgesetz vorsehen werden.

Zur Abg. Penasa ganz kurz Folgendes: Wir haben Unterschiede - jetzt auch abgesehen von der Weiterbildung - in den verschiedenen Abkommen, die wir mit den Sozialpartnern in den beiden Ländern haben und wir haben z.B. in der Provinz Bozen keine Unterstützung für Menschen vorgesehen, die in der zweiten Einkommensklasse sind, was die Lohnausgleichskasse angeht. Wir haben mehr Personen in der zweiten Kategorie als in der ersten und das würde vielleicht etwas dazu beitragen, die Unterschiede zu klären. Ich denke, es ist richtig, dass hier beide Provinzen unterschiedliche Richtlinien haben und unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Vielleicht noch etwas zur Präzisierung in Bezug auf die Mobilität. Sie haben davon gesprochen, dass die Provinz Trient 4.000 Menschen in Mobilität hat. Das sind jene, die in die Listen eingetragen sind. Es haben aber nur 2.064 diese Unterstützung bekommen und diese stehen dann in Relation zur Provinz Bozen und dann ist der Unterschied nicht mehr so groß, wie ursprünglich angenommen.

Insgesamt ist es wichtig, dass wir auch sehen, dass in der Provinz Trient die letzten Entwicklungen durchaus positiver waren, dass es eine Zunahme an Menschen gegeben hat, die jetzt eine Arbeit gefunden haben und dass vor allem die Stunden für die ordentliche wie die außerordentliche Lohnausgleichskasse zurückgegangen sind.

Zum Abg. Tinkhauser: Leider liegen mir keine Daten vor, was die Ausländer in der Provinz Bozen angeht, Ich denke, wir wissen, dass es eine Tatsache ist, dass wir diese Menschen für die Arbeit geholt haben und es sind leider auch diejenigen, die schneller in die Lohnausgleichskasse geschickt werden bzw. in die Mobilität, wobei laut den Daten, die ich jetzt von den Arbeitslosenstatistiken her habe, ich nicht davon ausgehe, dass der Prozentsatz jetzt ganz wesentlich höher ist, als er insgesamt bei den Menschen ausmacht, die hier in Arbeit sind.

Insgesamt glaube ich einfach noch einmal wiederholen zu dürfen, dass es wichtig war, dass wir dieses Gesetz auf 2011 verlängern, wenn es auch nicht mehr so viele Menschen sind. Das sagen uns insgesamt die Zahlen, weil es doch etwas zurückgeht, weil die Menschen, die es betrifft, für die sind diese Unterstützungen von essenzieller Bedeutung, weil es einen großen Unterschied macht, ob ich ein Geld bekomme, das mehr oder weniger auf Arbeit basiert

oder ob ich zur Grundfürsorge oder Sozialsprengeln gehen muss, um dort um Sozialunterstützung anzusuchen. In diesem Sinne ist es auch eine Frage von Würde, deshalb bin ich der Meinung, dass es wichtig ist, diese beiden Maßnahmen zu verlängern, nämlich die Antikrisenmaßnahme und eine Unterstützung für jene vorzusehen, die die Rentenvoraussetzungen haben, in Mobilität sind, nichts bekommen würden, wenn wir diese Maßnahme nicht vorsehen. Danke!

PRÄSIDENT: Danke! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Artikeldebatte. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 13 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist der Übergang zur Artikeldebatte genehmigt.

Art. 1

(Maßnahme zugunsten von Personen, die die Mobilitätszulage beziehen)

1. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Sinne des Gesetzes vom 23. Juli 1991, Nr. 223 aufgrund von vor dem 30. April 2010 abgeschlossenen Abkommen in die Mobilität versetzt wurden oder in Mobilitätslisten eingetragen sind und die Zulage laut Regionalgesetz vom 27. November 1993, Nr. 19 beziehen und die im Laufe des Jahres 2011 oder jedenfalls innerhalb des Zeitraums, in dem sie die Zulage beziehen, die Voraussetzungen für den Renteneintritt anreifen, wird die im genannten Regionalgesetz Nr. 19/1993 vorgesehene Mobilitätszulage gewährt oder – falls diese bereits bezogen wird – verlängert, und zwar für höchstens acht Monate bis zum Zeitpunkt, an dem sie aufgrund des im Artikel 12 des Gesetzesdekretes vom 31. Mai 2010, Nr. 78, mit Änderungen durch das Gesetz vom 30. Juli 2010, Nr. 122 in Gesetz umgewandelt, vorgesehenen Renteneintrittsfensters das Anrecht auf die gesetzliche Rente angereift haben.

2. Die Bestimmung laut Absatz 1 wird nicht auf die Personen angewandt, die von der im Artikel 12 des Gesetzesdekretes vom 31. Mai 2010, Nr. 78, mit Änderungen durch das Gesetz vom 30. Juli 2010 Nr. 122 in Gesetz umgewandelt, vorgesehenen Schutzklausel betroffen sind.

3. Unbeschadet des unter Absatz 4 vorgesehenen Falles, wird die im Sinne des Absatzes 1 zustehende Zulage von der gebietsmäßig zuständigen Provinz gemäß den im Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 3. Februar 1994, Nr. 2/L betreffend die „Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz vom 27. November 1993, Nr. 19“ vorgesehenen Kriterien und Modalitäten entrichtet.

4. Hat eine Provinz bereits aufgrund der mit dem Staat abgeschlossenen Abkommen zur Regelung der außerordentlichen Mobilität eine Maßnahme eingeführt, die dieselben wie die unter Absatz 1 genannten Zielsetzungen verfolgt, so ergänzt die Region den Anteil, der aufgrund der genannten Abkommen zu Lasten der Provinz geht.

SEPPi:

Art. 1

(Intervento a favore dei soggetti che beneficiano dell'indennità di mobilità)

1. Nei confronti dei/delle lavoratori/trici collocati/e in mobilità ai sensi della legge 23 luglio 1991, n. 223 sulla base di accordi stipulati prima del 30 aprile

2010 o iscritti in lista di mobilità e beneficiari dell'indennità di cui alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, che maturano i requisiti per l'accesso al pensionamento nel corso dell'anno 2011 e comunque entro il periodo di fruizione dell'indennità di mobilità, è concessa o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993, fino al momento del diritto alla decorrenza della pensione obbligatoria maturato sulla base delle finestre di accesso previste dall'articolo 12 del decreto legge 31 maggio 2010, n. 78, convertito in legge con modificazioni dalla legge 30 luglio 2010, n. 122, e comunque per un periodo non superiore a otto mesi.

2. La disposizione di cui al comma 1 non si applica a chi è beneficiario della clausola di salvaguardia prevista dall'articolo 12 del decreto legge 31 maggio 2010, n. 78, convertito in legge con modificazioni dalla legge 30 luglio 2010, n. 122.

3. Fatto salvo quanto previsto al comma 4 l'indennità erogata ai sensi del comma 1 è corrisposta da parte della Provincia autonoma territorialmente competente secondo termini e modalità dalla stessa definiti in conformità ai criteri e ai principi previsti dal decreto del Presidente della Giunta regionale 3 febbraio 1994, n. 2/L concernente "Regolamento di esecuzione della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19".

4. Qualora una Provincia abbia già attivato un intervento riconducibile alle medesime finalità di cui al comma 1, sulla base di accordi stipulati con lo Stato e disciplinanti la mobilità in deroga, la Regione provvede ad integrare la quota parte a carico della Provincia, sulla base dei suddetti accordi.

PRÄSIDENT: Dazu gibt es einen Abänderungsantrag, Prot. Nr. 1301, eingebracht von der Abg. Dominici:

Änderungsantrag zu Art. 1 Absatz 1

In Absatz 1 des Art. 1 werden die Worte „die im genannten Regionalgesetz Nr. 19/1993 vorgesehene Mobilitätszulage gewährt oder – falls dies bereits bezogen wird – verlängert“ durch folgende Worte ersetzt: „in Abweichung zu Art. 3 Absatz 2 des Regionalgesetzes Nr. 19/1993 die Mobilitätszulage laut vorgenanntem Gesetz gewährt.“

Emendamento prot. n. 1301, a firma della consigliera Dominici, recita: Al comma 1 dell'articolo 1 le parole "o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993", sono sostituite con le seguenti: "in deroga all'articolo 3, comma 2 della legge regionale n. 19/1993 l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993".

Bitte, Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente. Certo che lei è velocissima, ha chiuso con una velocità tremenda la discussione, senza chiedere se qualcuno voleva ancora intervenire, comunque abbiamo ancora tanto tempo ed interveniamo comunque, però vorremmo che i tempi fossero maggiormente rispettati, non siamo a fare una gara di atletica, siamo in Consiglio, quindi per cortesia chiedo

se i consiglieri vogliono intervenire e se comunque la discussione generale è da ritenersi finita.

Non è mica detto che con la replica è finita la discussione! Potevano intervenire i consiglieri, perché il regolamento dice: mezz'ora per ogni consigliere, diviso in due interventi. Come no? L'articolo 73 del Regolamento. Dove c'è scritto non dopo la replica? Comunque non voglio creare questioni sul Regolamento, in ogni caso faccio l'intervento.

Mi sarei aspettata che la collega Dominici andasse ad illustrare il suo emendamento all'articolo 1, visto che è abbastanza importante.

Ciò che noi andiamo ad emendare è l'articolo 3 della legge regionale n. 19 che prevedeva: *L'indennità regionale non è comunque corrisposta successivamente alla data di maturazione del diritto alla pensione di anzianità o successivamente alla data del compimento dell'età pensionabile ovvero, se a questa data non è ancora maturato il diritto alla pensione di vecchiaia, successivamente alla data in cui tale diritto viene a maturazione.*

Molto bene che noi siamo così bravi e possiamo disporre di maggiori risorse, per cui possiamo mettere pezze laddove il Governo non ne può più mettere, perché altrimenti i conti dello Stato non quadrano, perché la verità è che con questo emendamento possiamo e sono contenta che noi lo possiamo fare, però va evidenziato, perché credo che altrimenti qua non sappiamo cosa stiamo votando. Allora lo Stato, anche per effetto delle molte baby-pensioni che sono state accordate in passato da governi prima della Democrazia Cristiana e poi dal centrosinistra, ora si trova con un buco pensionistico immenso, perché se abbiamo pagato pensioni a coloro i quali non avevano neppure effettuato i versamenti sufficienti per poterle poi avere, è chiaro che oggi il buco c'è, ma non c'è di sicuro per coloro i quali hanno lavorato il tempo necessario per maturare davvero questo diritto. Quindi l'effetto è quello delle baby-pensioni che abbiamo pagato, purtroppo non accordate dai governi attuali, ma bensì dai governi che erano precedentemente di altro colore politico.

Allora se lo Stato non ce la fa più e quindi ha detto: bene, voi andate in pensione, però abbiamo un anno nel quale non c'è la possibilità di erogare la pensione, la Regione con le sue risorse può sopperire ad una norma che lo Stato invece non ha potuto finanziare, perché la situazione è quella che è.

Su questo non siamo assolutamente contrari, però prendiamo atto che le nostre risorse regionali e provinciali ci consentono di avere disponibilità finanziarie ben maggiori di quelle di cui dispone il Governo per queste situazioni, perché credo che non ci sia nessun amministratore pubblico, neppure quelli statali, che se avessero i soldi vorrebbero evitare quel tipo di misura, che sicuramente non porterà molto consenso, ma se è stata adottata vuol dire che è una misura necessaria per sopravvivere alla situazione finanziaria che abbiamo.

Detto questo e dichiarando il favore sull'emendamento, vorrei anche sottolineare come, collega Stocker, lei mi ha fornito un dato per quanto riguarda le iscrizioni sulla mobilità e dice che non sono i 4 mila e rotti che sono iscritti, ma chi ha ricevuto il sostegno sono 2.064. Allora la prego cortesemente, assessore, la prossima volta mi dia i dati meglio esplicitati, perché quelli che mi ha dato non lo evidenziano e siccome lei è responsabile, posso formare la mia conoscenza sull'argomento sulla base dei dati che mi vengono trasferiti dalla Giunta. Quindi chiedo cortesemente che questi dati siano forniti con maggiore

precisione, anche se rimane l'elenco ufficiale trasmesso dall'Agenzia per il lavoro che dà conto di questo tipo di iscrizione.

Siccome non ho modo di ritenere che coloro i quali si iscrivono ad una lista di mobilità lo facciano perché non ne hanno necessità, allora prendo atto che chi li ha ricevuti sono 2.064, ma registro comunque contro i 964 della provincia di Bolzano. Quindi Trento 2.064, la provincia di Bolzano 964.

Evidenzio nuovamente una questione. Siccome il collega Dorigatti mi sembra che non abbia compreso bene il fatto che non si stesse qui parlando della riforma pensionistica che non è competenza nostra, ma stiamo parlando di altro, voglio evidenziare... ho finito il tempo? Allora riprendo dopo.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Dominici, Sie haben das Wort zum Änderungsantrag.

DOMINICI: Si trattava, come ho detto nella mia introduzione, di apportare maggiori chiarificazioni a questo articolo con l'emendamento che ho predisposto. Infatti, l'articolo 1 dice: *Nei confronti dei/delle lavoratori/trici collocati/e in mobilità ai sensi della legge 23 luglio 1991, n. 223 sulla base di accordi stipulati prima del 30 aprile 2010 o iscritti in lista di mobilità e beneficiari dell'indennità di cui alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, che maturano i requisiti per l'accesso al pensionamento nel corso dell'anno 2011 e comunque entro il periodo di fruizione dell'indennità di mobilità, è concessa – e da qui in avanti è poco chiaro – o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993, fino al momento del diritto alla decorrenza della pensione obbligatoria maturato sulla base delle finestre di accesso previste dall'articolo 12 del decreto legge 31 maggio 2010, n. 78, convertito in legge con modificazioni dalla legge 30 luglio 2010, n. 122, e comunque per un periodo non superiore a otto mesi.*

Ritenevo che fosse più sicuro, per la traducibilità dell'articolo e della predisposizione della norma contenuta in questo articolo, sostituire le parole, leggo la frase perché altrimenti non si capisce l'estrapolazione di poche righe: *Nei confronti dei/delle lavoratori/trici collocati/e in mobilità ai sensi della legge 23 luglio 1991, n. 223 sulla base di accordi stipulati prima del 30 aprile 2010 o iscritti in lista di mobilità e beneficiari dell'indennità di cui alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, che maturano i requisiti per l'accesso al pensionamento nel corso dell'anno 2011 e comunque entro il periodo di fruizione dell'indennità di mobilità, è concessa o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993.*

Secondo me è più incisivo e molto più chiaro che invece venga sostituito da questa espressione: *“in deroga all'articolo 3, comma 2 della legge regionale n. 19/1993 l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993”.*

Se non si aggiunge “in deroga” potrebbe, come già successo il 1° giugno, restare in vigore l'articolo 3 della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19. In questo modo, prevedendo specificamente “in deroga”, si ha la certezza assoluta che la previsione e la struttura dell'articolo 3 non siano prioritari rispetto a quello che prevede l'articolo 1 di questo disegno di legge.

Ho elaborato l'emendamento per maggiore sicurezza, incisività e garanzia ed alla luce di quanto è successo, quando nell'ingegneria e nell'impalcatura legislativa di qualche mente perversa è stato elaborato un

passaggio del tutto innocuo, che in realtà cozzava, secondo qualche mente perversa e non secondo l'interpretazione della giurisprudenza reale, generale, fondata e documentata, però per evitare altri ingranaggi ed altri fraintendimenti ho preferito apportare un'espressione che sia più incisiva, documentata e che non faccia incorrere in qualche passaggio di interferenze con altre norme e quindi indebolisca lo stesso articolo che si andrà approvando.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Penasa, wollen Sie um Artikel reden? Il tempo di parlare sull'emendamento è già scaduto.

Bitte, Abg. Morandini, Sie haben das Wort.

MORANDINI: Grazie, Presidente. A me pare che l'emendamento, proposto dalla consigliera Dominici, sia degno di rispetto, signora Presidente, perché se si lascia l'espressione "*o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993*", si rischia di mantenere in vigore l'articolo della suddetta legge regionale. Quindi l'espressione "*in deroga*" inserita come propone l'emendamento, è qualcosa che evita eventuali interpretazioni quanto meno lacunose, per non dire ambigue.

Per cui, per quanto ci riguarda, siamo favorevoli a questo emendamento, proprio perché se non è prevista l'espressione "*in deroga all'articolo 3, comma 2 della legge regionale n. 19/1993*", si rischia davvero che la norma possa essere ambiguamente o scorrettamente interpretata.

Per cui, come proposto dall'emendamento, sostituire l'espressione "*o, se in godimento, prorogata l'indennità di mobilità di cui alla suddetta legge regionale n. 19/1993*", con l'espressione "*in deroga all'articolo 3, comma 2 della legge regionale n. 19/1993*", è un'espressione assolutamente più consona, più corretta e mi pare anche più logica nel contesto normativo che si va a discutere.

PRÄSIDENT: Danke! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Abänderung gibt, dann bitte ich die Regionalregierung dazu Stellung zu nehmen.

Bitte, Frau Assessor Stocker.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Ganz kurz zur Abg. Penasa. Wir haben die Unterlagen, so wie sie insgesamt zusammengefasst worden sind, Ihnen vorgelegt und hier ist auch die Zahl von den 2.064 drinnen. Es waren zugegebenermaßen etwas viele Zahlen, das möchte ich unterstreichen, aber die Zahl 2.064 war in dieser Zusammenfassung auch mit drinnen.

Was den Abänderungsantrag von der Kollegin Dominici anbelangt, können wir den annehmen. Er wäre zwar nicht notwendig, aber wir können auf jeden Fall das mitunterstreichen, dass es eine Präzisierung ist.

Das was wir allerdings machen müssten – und da bitte ich das Präsidium zu kontrollieren, ob es möglich ist, das einzufügen und zwar dass wir zum Schluss noch den Bezug auf das Gesetz Nr. 19/1993 dazugeben, weil im Artikel vorher zwei Gesetze zitiert sind und damit klarer ist. Wenn das möglich ist und man einverstanden ist, dass diese technische Veränderung noch gemacht wird, dann akzeptieren wir diese Abänderung.

PRÄSIDENT: Danke, dann fügen wir diese technische Abänderung ein. Wer ist mit dem Abänderungsantrag der Abg. Dominici einverstanden? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Es gibt keine Gegenstimme und keine Enthaltung, somit ist der Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Diskussion über den Artikel. Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie. Intanto chiedo un chiarimento, Presidente, altrimenti non ci capiamo. Dove c'è scritto sul Regolamento che con la replica della Giunta si chiude la discussione? All'articolo 73 c'è scritto: *chiusa la discussione generale...*, ma non si dice quando si chiude! Poi se le cose sono in una certa maniera, allora va bene, però le cose vanno chiarite.

Quindi se la prassi – per piacere ce lo comunicate – è di intendere che con la replica della Giunta si chiude la discussione generale dovete chiarirlo, perché aspettavo la replica della Giunta, perché avevo posto delle domande e mi riservavo di intervenire in discussione generale. Quindi, per cortesia, chiariamo questo Regolamento che viene sempre interpretato come uno si alza al mattino, abbiamo diritto di sapere com'è il Regolamento. Quindi, per cortesia, chiedo chiarimento scritto a questo punto, così poi non ne parliamo più.

PRÄSIDENTIN: Abg. Penasa, die Antwort kann Ihnen schnell geben. Der Art. 73 ist ganz klar, dass sich alle Abgeordneten mit höchstens zwei Wortmeldungen von 30 Minuten in der Generaldebatte melden können. Dafür gibt es eine Vormerktafel und auch bei uns scheint es auf. Wir gehen davon aus, wenn dort niemand mehr aufsteht, dass niemand mehr reden will. Der Absatz 6 sagt ganz klar: *„Al termine del dibattito generale spetta esclusivamente ad uno dei proponenti del disegno di legge l'eventuale replica per una durata non superiore a 10 minuti.”* In keiner Diskussion zu einem Gesetzentwurf wird nach der Replik der zuständigen Regierungsmitglieder noch weiter geredet.

PENASA: Allora lei dà la parola, la prossima volta, alla Giunta, non come Giunta che si esprime sul disegno di legge, ma la dà come proponente del disegno di legge, perché sono due situazioni diverse, perché se fosse qualcuno al di fuori della Giunta che propone il disegno di legge, la Giunta interverrebbe per dire se è favorevole o meno. Quindi lei deve dire in che termini dà la parola alla Giunta, se per esprimere il favore o meno sul disegno di legge o se la dà come proponente, perché questo non è stato chiarito.

PRÄSIDENTIN: Ich glaube nicht, dass ich mich jetzt belehren lassen muss, wie ich das Wort erteile. In diesem Fall ist die Einbringerin und die Regierung ein und dieselbe Person und dann muss man das nicht präzisieren. Ich glaube, dass das klar ist. Aber Sie haben jetzt das Wort zum Artikel.

PENASA: Va bene, prendo atto, Presidente.

La richiesta puntuale invece sull'articolo 1 è la seguente: voglio capire qual è la copertura finanziaria dell'emendamento che abbiamo appena approvato. Quindi chiedo all'assessore che mi dia conto della copertura finanziaria, perché l'emendamento che avete apportato questa mattina alla legge, a firma del Presidente Dellai, dà conto del fatto che per la Provincia autonoma di Trento la copertura di 1 milione e novecentomila euro, perché

sono i quattrocentomila più il milione e mezzo, avviene a spese del bilancio 2011 della Regione, quindi con addebito al capitolo 10.100; mentre invece per la Provincia di Bolzano non c'è spesa sul bilancio di quest'anno, perché sono fondi, novecentomila euro, che ancora sono disponibili da quelli stanziati, i cinque milioni e quattrocentomila euro dell'anno scorso.

Allora vi chiedo: qual è il costo finanziario dell'emendamento, visto e considerato che è stata fatta questa precisazione nell'ambito dell'articolo 4?

PRÄSIDENTIN: Danke! Der Abg. Minniti ist nicht hier. Es gibt keine weiteren Stellungnahmen. Möchte die Regierung Stellung nehmen? Nicht. Dann stimmen wir über den Art. 1 ab. Wer ist dafür?.....

...cons. Penasa, die Stimmabgabeerklärungen machen wir am Ende. Ich halte mich an die Geschäftsordnung. Sie haben zum Artikel geredet. Es kann jeder 10 Minuten zum Artikel reden. Der Art. 85 sagt: Die Stimmabgabeerklärung laut Art. 25 ist vor der Schlussabstimmung über einen Gesetzentwurf vorgesehen.

...bitte, Abg. Civettini, zum Fortgang der Arbeiten.

CIVETTINI: Presidente, intervengo sull'ordine dei lavori. Chiedo che il Presidente richiami il rappresentante delle minoranze, che fa parte dei Segretari questori, che pubblicamente ci ha mandato a mangiare l'orso. Noi andiamo a mangiare quel cavolo che vogliamo, senza avere poliziotti in aula e questo come forma e come metodo.

Dall'altra parte è chiaro che, a fronte di questo, interverremo su tutto. Allora ragioneremo in termini di ordine dei lavori, di dichiarazioni di voto e quant'altro.

Allora, Presidente, essendo coadiuvata da un poliziotto che richiama prima la collega Dominici, poi noi ci manda non le dico dove e noi il nostro poliziotto lo mandiamo da un'altra parte, c'è una questura magari da andare a fare qualche denuncia, non c'è alcun problema, allora, a fronte di questo, la richiamo al Regolamento e le dichiarazioni di voto sono un dovere che fa parte del Regolamento. Veda lei quello che vuole fare.

Diversamente chiediamo una sospensione, per quanto riguarda la minoranza, davanti all'atteggiamento di un Segretario questore che per la prima volta ci manda a mangiare qualcosa e comunque richiama la collega Dominici ed esprimo la mia totale solidarietà alla collega Dominici. Non è possibile che il Segretario questore, che dovrebbe rappresentare le minoranze, diventi il poliziotto del Presidente. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! ...in che cosa consiste il fatto personale?

DOMINICI: Perché sono stata nominata. Intanto grazie al collega Civettini, più personale di così, anzi mi sono dimenticata, presa dalla foga di questo articolo, i colleghi trentini li ho già ringraziati, di ringraziare i colleghi del Sudtirolo/Alto Adige che mi hanno dato il voto, grazie infinite.

Il fatto personale è questo: dato che ho fatto per un po' casualmente, per provvidenzialità del Padre Eterno, per dannazione degli esseri umani il Segretario questore, credo di non aver mai richiamato nessuno. Perciò chi sta di là conta, poi legge il verbale e non può stare qui né a redarguire, né a fare il

censore, perché allora comincio anch'io da questa parte a lanciare libri e registri.

Credete di avere acquisito un potere andando dall'altra parte? Io ci tenevo alla dignità, ma qualcuno diabolicamente ha provveduto e perciò siamo qua a fare i censori da questa parte, visto che la legge ce lo permette.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich ersuche alle Kollegen hier am Präsidiumstisch sich mit Kommentaren und Äußerungen zurückzuhalten. Genauso ersuche ich auch alle Kolleginnen und Kollegen in der Aula sich zu Wort zu melden und auch eine geordnete Diskussion abzuführen.

Es ist zu den Artikeln keine Stimmabgabeerklärung vorgesehen. Alle können 10 Minuten dazu reden. Wir stimmen jetzt über Art. 1 ab. Wer ist dafür, so wie technisch abgeändert? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 13 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist der Art. 1 genehmigt.

Bitte, Abg. Civettini, zum Fortgang der Arbeiten.

CIVETTINI: Apprezzo la sua puntualità, Presidente. Lei naturalmente dice: 17 astenuti e tutti gli altri contrari. Allora, per dare luce a chi è presente in aula, quale maggioranza è presente, credo sia corretto dire la maggioranza, gli astenuti ed i contrari, perché altrimenti sembra che settanta meno diciassette abbiano votato e così non è. Allora, siccome così non è, chiedo cortesemente vengano detti quanti a favore, quanti contrari e quanti astenuti. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir kommen zu Art. 2:

Art. 2

(Verlängerung der im Artikel 1 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen vorgesehenen Maßnahmen)

1. Die Maßnahmen gemäß Artikel 1 Absatz 1, 2 und 3 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen werden auch auf die Personen angewandt, die im Zeitraum 1. September 2008 - 31. Dezember 2011 ihre Arbeit verlieren oder von der Arbeit suspendiert werden.

2. Die Personen, die bereits die Maßnahmen laut Absatz 1 in Anspruch genommen haben, können - wenn sie die in der mit Dekret des Präsidenten der Region vom 28. Juli 2009, Nr. 5/L genehmigten Verordnung mit ihren späteren Änderungen vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen - diese auch im Jahr 2011 für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten im Kalenderjahr in Anspruch nehmen, oder für die von der jeweiligen Autonomen Provinz für das Jahr 2010 festgelegte Höchstdauer, wenn es sich um Personen handelt, die von der Arbeit suspendiert wurden.

SEPPi:

Art. 2

(Proroga degli interventi previsti dall'articolo 1 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5 e successive modifiche)

1. Gli interventi di cui all'articolo 1, commi 1, 2 e 3 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5 e successive modifiche sono estesi a coloro che perdono il

lavoro o sono sospesi dallo stesso tra il 1° settembre 2008 e il 31 dicembre 2011.

2. Coloro che hanno già beneficiato degli interventi di cui al comma 1 possono, in presenza dei requisiti previsti dal regolamento approvato con decreto del Presidente della Regione 28 luglio 2009, n. 5/L e successive modifiche, beneficiarne anche nel 2011 per un periodo massimo nell'arco dell'anno di sei mesi o, con riferimento a coloro che sono sospesi dal lavoro, per il periodo massimo stabilito per l'anno 2010 da ciascuna Provincia autonoma.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente. Ho dieci minuti a disposizione? Tanto per chiarire il Regolamento, ho dieci minuti? Lei mi risponda pure in tedesco che capisco. Grazie.

Ho fatto una domanda precisa sull'articolo 1 e richiamo i colleghi. Ho chiesto se l'emendamento della collega Dominici ci consente di pagare quello che a livello del Governo non si riesce più a pagare e cioè la finestra pensionistica di un anno. È stato fatto il cambiamento della legge sulle pensioni, sappiamo che adesso abbiamo uno scoperto di un anno, questo nostro bilancio regionale ci consente di intervenire e noi ne siamo contenti, sia chiaro che siamo favorevoli. Chiedo all'assessore competente quanto costa l'emendamento e l'assessore non mi risponde! È questo il modo di fare le leggi nell'aula del Consiglio regionale!

Signori, stiamo parlando di una situazione che il rendiconto 2010 dà conto di un impegno di spesa di 5 milioni e 400 mila euro, 11 miliardi delle vecchie lire, non stiamo parlando di qualche cosa che ci è rimasto uno spicciolo in tasca e quindi non sappiamo dove metterlo e lo mettiamo nella cassetta delle elemosine dei frati francescani, stiamo parlando di 11 miliardi delle vecchie lire!

Assessore mi scusi, premesso che abbiamo dato tutta la buona volontà di concorrere positivamente a questa legge, se le chiedo quanto costa l'emendamento Dominici e se la finalità di quell'emendamento è, contrariamente a ciò che succede a livello nazionale, di pagare quell'anno di scopertura pensionistica, esigo che lei mi risponda. Esigo che lei mi risponda, perché lei è un assessore, si chiama assessore competente ed immagino che l'assessore, nel momento in cui viene in aula e propone una legge di portata finanziaria come questa, approva un emendamento come quello di cui abbiamo parlato prima, sappia di che cosa stiamo parlando.

Allora vorrei sapere ed ho diritto di saperlo, giustamente il collega Dorigatti ha fortemente criticato il Governo per la riforma pensionistica, penso che se avessero potuto non farla non l'avrebbero fatta, perché non credo che quella riforma porti un voto di consenso, credo che sia stata fatta in una situazione di emergenza. Allora chiedo: quanto costa questa possibilità, offertaci dal nostro bilancio regionale, di cui siamo felici, in una Regione? Perché voglio confrontare questo costo a livello nazionale, per capire quale era il buco al quale non riuscivano a fare fronte.

Quindi chiedo di avere diritto come consigliere, ma credo che dovremmo pretenderlo tutti in quest'aula questo diritto! Colleghi, cosa facciamo qua? Votiamo al buio? Quindi, ho fatto una precisa richiesta e vorrei avere una risposta.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Abg. Civettini, Sie haben das Wort.

CIVETTINI: Grazie. Mi associo sicuramente a quanto ben illustrato e chiediamo all'unisono una risposta precisa su questo tema, perché è importantissimo,

Diversamente è una presa per i fondelli sul discorso sindacalistico fatto stamattina dal collega Dorigatti, che è stato tacitato con il fatto che comunque si metterà in finanziaria, su un aspetto legislativo che crea una disparità in essere.

Allora se ci raccontiamo la storiella delle tre carte e vi garantisco che meglio di voi lo sa fare qualche mago, però nella realtà stiamo facendo una legge, una legge che deve avere copertura, una legge che deve essere da tutti i punti di vista chiara e non deve fare disparità.

Stamattina il collega Dorigatti, lo condivido, ha illustrato dove si manifestano le disparità, visto che i contratti sono stati fatti nel 2008, 2009, 2010, contratti di solidarietà, eccetera. Allora a fronte di questo è giusto, è corretto che ci siano risposte, perché questo è il parlamento e non il direttorio di qualche governo di altri tempi, dove c'è chi fucila, chi mette in castigo, chi mette in prigione e chi reprime, ricordandoci sempre quella metafora che non c'è peggior tiranno di uno che prende la frusta in mano.

Detto questo e sottolineato il passaggio nell'articolo specifico, anche su questo vorremmo chiarimenti, perché se è vero, come è vero, che è stata data spiegazione ed è stato tacitato perché di maggioranza il collega Dorigatti e chiaramente di maggioranza deve fidarsi che verrà messo in finanziaria, sicuramente lo deve, però abdicando al suo ruolo specifico di persona che si interessa che le leggi siano comunque frutto di elaborati che siano corretti, giusti e specifici per tutti. Invece qui ci accorgiamo che viene articolata in un senso, si sottolinea e si chiede una cosa che è fondamentale per la tutela reale del sistema e dall'altra parte invece si abdica al proprio ruolo, ma dico anche al ruolo di consigliere provinciale, ma anche per quanto riguarda la parte politica.

Detto questo e cancellandola, perché ognuno è responsabile di quanto afferma e quanto poi nella realtà concretizza, detto questo, un passaggio anche sul tema delle pensioni. È chiaro che noi siamo, a livello nazionale, in una situazione drammatica, che deriva da decenni di ruberie di gente che ha governato e sicuramente non sono coloro che stanno governando attualmente.

Allora, detto che anche la Spagna di Zapatero ha fatto certe scelte, obbligate chiaramente da quell'Europa che ci ha inanellato una serie di danni incredibili, dal punto di vista territoriale, allora a fronte di questo probabilmente dovremmo fare dei ragionamenti più ampi, partendo dal senso del valore del denaro che noi oggi mercifichiamo e sul quale facciamo gli scambi e dall'altro punto di vista sui sistemi che hanno retto un'Italia instabile, frutto di regalie e di ruberie.

Abbiamo festeggiato l'Unità d'Italia e nessuno si è chiesto in quest'aula, non tutti, noi ce lo siamo chiesti, come mai abbiamo un debito pubblico così fuori da ogni controllo e fuori da ogni sistema. Questa è la realtà. Allora l'Unità d'Italia sarebbe da festeggiare e normalmente si festeggia quando le cose vanno bene, noi stiamo rischiando pesantemente da tutti i punti di vista e su tutti i fronti, però festeggiamo un debito pubblico fuori di testa, dovuto a decenni di ruberie e di regalie di politici che hanno gestito per 30 anni il potere in Italia.

Detto questo, è chiaro che su questo articolo, sull'articolo precedente e sull'emendamento della consigliera Dominici la chiarezza deve essere fatta all'aula, ma non tanto per noi rappresentanti eletti nei due Consigli provinciali, ma per chiarezza ai cittadini. Come fa un assessore a spiegare che è passato un emendamento dove non si sa quale sia la copertura finanziaria! Come fa una Giunta regionale a spiegare ai cittadini che nella realtà si fanno dei distinguo tra coloro che hanno fatto i contratti che scadono al 31 dicembre 2011 e quelli che scadono il 1° gennaio 2012 invece devono essere a casa, perché nella finanziaria le situazioni che scadono all'inizio del 2012 non rientrano!

Allora questa è una disparità evidente, sulla quale noi ci opporremo in modo deciso, ma oltre a questo faremo tutti i ricorsi ed i riferimenti possibili ed immaginabili, per un motivo molto semplice, perché le leggi devono essere chiare, trasparenti, accessibili e comunque in un progress di normalità e correttezza che deve essere trasparente. Non possono essere piaceri le cose che si stanno facendo, se questa è una legge – lo risottolineo per la terza volta, come ha illustrato benissimo il collega Dorigatti – questa deve essere corretta nel giusto modo.

Comunque, a fronte di questa ostinazione, a fronte di una situazione che possiamo condividere dal punto di vista degli obiettivi, vediamo che invece nella realtà questo passaggio non è assolutamente e per niente chiaro. Dall'altra parte quello che ci rammarica è vedere un comportamento di una Presidenza che decide di articolarsi come meglio crede nell'interpretazione del regolamento. Ci permettiamo di rimpiangere il collega Dorigatti, lo metteremo d'ora in poi sempre nelle Presidenze dell'aula, per la sua capacità di essere correttamente elastico nel capire quali sono le problematiche, non certo gli obiettivi di altro genere sicuramente.

Visto questo atteggiamento, visto un Ufficio di Presidenza che ci bastona in termini generali, perché fa parte del sistema, allora a fronte di questo è chiaro che noi siamo allarmati per un semplice motivo: vorremmo che questi passaggi dell'emendamento della collega Dominici e anche la correzione dell'articolo 2 fossero argomentati. Non è vero, collega Dorigatti, che si possono sanare nella finanziaria le cose che una legge può solo gestire, perché la finanziaria è una gestione, una legge è altra cosa. Allora se noi vogliamo mettere in legge quanto lei ha proposto, perciò anche il 2012 e il 2013 ad esempio, poi nella finanziaria hai tutto il tempo per correggerlo, non è vero. Non è vero che si può stare zitti, a meno che lei non si accontenta di stare zitto, perché dopo aver fatto la sua presentazione chiaramente le hanno detto: stia tranquillo che la saneremo in finanziaria.

Credo che una legge sia una legge, a meno che non si faccia come quella legge regionale che riguarda i malati di SLA, dove in Provincia di Bolzano è stata recepita ed in Provincia di Trento assolutamente no. Questo per quanto riguarda la contribuzione sui contributi di quei familiari che dovessero decidere di assistere un familiare affetto da SLA. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Kollege Civettini, wir können Sie beruhigen. Wir halten die Geschäftsordnung genau ein.

Der Abg. Paternoster hat das Wort.

PATERNOSTER: Grazie, Presidente. L'intenzione era di discutere questa legge che abbiamo condiviso e vogliamo tutti portare a termine nel più breve

tempo possibile, perché si parla di sostegno durante il periodo della finestra di accesso alla pensione, a favore di coloro che beneficiano della mobilità e proroga delle misure anticrisi. Tutti noi ci vede d'accordo e tutti siamo disposti a fare dei ragionamenti e confrontarci in modo sereno e serio e mi auguro che l'aula ritorni ancora a questo confronto di ragionamento serio, pacato e sereno, perché altrimenti se si scaldano gli animi non porta beneficio a nessuno.

Ogni volta che non si sa dove sbattere la testa si dà sempre la colpa a Roma, quando le cose vanno bene Roma ci vuole mettere il palo fra le ruote, quando Roma non centra diamo la colpa a loro e magari i primi attori dobbiamo essere noi.

L'emendamento proposto dalla collega Dominici ci vede a favore, come giustamente ha detto la collega Penasa, che è molto attenta ad ogni discussione di legge e dobbiamo dare atto anche di questo, ogni volta che parlo con lei le dico sempre brava, perché si impegna per ogni discussione e dedica dei giorni, precedentemente alla discussione, per informarsi e noi del gruppo della Lega Nord siamo favoriti, perché poi ci informa in modo snello.

In merito a questo disegno di legge la collega Penasa chiedeva solamente il costo che va ad incidere, penso sia normale, siamo degli amministratori. Non le è stata data risposta e penso che l'assessore competente deve conoscere l'entità, visto che parliamo di risorse regionali e più volte abbiamo detto che questa Regione non deve essere vista come un bancomat ed abbiamo dimostrato la nostra convinzione di mantenere questa Regione viva. Qui si parla di forti entità economiche che vanno poi a rifocillare questo emendamento, sul quale concordiamo pienamente, perché andiamo a sostenere queste persone che, avendo raggiunto un'età che non permette loro di trovare nuove opportunità di lavoro, devono terminare il loro percorso lavorativo per arrivare all'età pensionistica e quindi è giusto che queste persone vengano sostenute.

Per quanto riguarda l'articolo 2, per coloro che perdono il lavoro o sono sospesi dallo stesso tra il 1° settembre 2008 e il 31 dicembre 2011, sembra una vera sanatoria, perché andiamo molto indietro, chiediamo il motivo di avere scelto una data così lontana. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Firmani, Sie haben das Wort.

FIRMANI: Grazie, signora Presidente. Certe cose mi hanno un pochino turbato ed allora si impongono delle precisazioni. È verissimo che il debito pubblico italiano è immenso ed è una classica pietra al collo che trascinerà l'Italia in fondo, però bisogna stare attenti a chi lo ha creato questo deficit. È vero che in gran parte proviene dalla prima Repubblica, nella quale c'erano quelli che erano chiamati allora democristiani e socialisti, ma una buona fetta di quei politici ora è andata a destra. Infatti con il Governo Prodi il deficit stava diminuendo, con questo Governo ha ripreso a crescere abbondantemente e questo è significativo di come sta andando, purtroppo per tutti gli italiani, il debito pubblico. Quindi dare la colpa ad un centrosinistra generico della prima Repubblica è sbagliato. Il mio partito è nato proprio per abbattere la prima Repubblica, purtroppo non è riuscito a costruire la seconda.

Tornando ai problemi nostri, direi che l'Italia è messa molto, molto male. Qui siamo vicini all'Austria, alla Germania e si può sperare un po' di attutire i colpi, bisogna impegnarsi al massimo nelle tutele sociali, su tutti i fronti.

Sono molto pessimista per il futuro, per l'occupazione e tutta l'Europa nel lungo periodo soffrirà grandemente, perché ci sono grandi potenze economiche emergenti che creeranno un terremoto internazionale.

Dobbiamo resistere al massimo e quindi ogni provvedimento che consente alla gente di vivere un po' meglio è benvenuto. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Frau Abg. Dominici, Sie haben das Wort.

DOMINICI: Buono questo articolo, lo reclamavamo da tempo a dire la verità, perché, come dicevo stamattina, troppe persone sono disoccupate, altre non trovano lavoro, una disperazione. Ogni giorno ne vengono due o tre a chiedere lavoro e dove li mandiamo? Nei settori del parapubblico, almeno in Trentino, non so in Sudtirolo, già che siete una Repubblica a parte e non mi permetto di giudicare, ma da noi vengono orientati al SAIT, dal momento che c'è un turnover rapidissimo e alla stessa Melinda. Peccato che, contrariamente alla cooperazione internazionale, per volontà dei sindacati, si fa riferimento alla serie storica, così magari la moglie o la figlia dei soci è a casa ed alla lavorazione delle mele, all'impacchettamento che va in tutto il modo ci sono persone provenienti dai vari Paesi del pianeta.

Quando abbiamo avuto incontri con i rappresentanti dei vari settori dei Paesi Baschi e della Spagna non c'è alcun dubbio che i primi ad avere la garanzia del lavoro sono i soci, le loro famiglie, le loro madri, le loro figlie e non so quanto ancora dovrò combattere per ottenere questo. Altre persone che hanno magari dei diplomi o delle lauree, in alcuni settori non trovano lavoro a morire, per esempio beni culturali, giurisprudenza, a meno che non riescano a superare la prova dell'esame di Stato e per fare quella occorre studiare, studiare, studiare ed è difficile lo stesso. Però la disabitudine allo studio in grandi schiere di studenti e studentesse è una costante.

Purtroppo ci mettiamo in contatto con aziende, con associazioni di aziende, con gruppi di imprese, ma nell'epoca di scarsità di lavoro, a fronte di poche offerte e tantissime domande, gli imprenditori fanno assolutamente quello che vogliono. È vero che ci sono le agenzie predisposte, ma è anche vero che le agenzie raccolgono per un giorno, due, tre, una settimana.

Perciò un aiuto in questo senso, va bene che è pilotato ad un certo obiettivo, ma l'articolo 2 in particolare prevede di prolungare gli aiuti e le misure anticrisi per il 2011. D'altro canto, venendo io dal mondo della scuola, quasi 30 anni di Presidenza di licei, credo di aver potuto constatare con mano direttamente le problematiche delle famiglie, dei figli e mi sono sempre data da fare per quelli con problemi familiari e personali, in collaborazione con equipe di persone. Perciò il polso della situazione lo possiamo avere vivendo nel sociale.

Stamattina c'era fuori un gruppo di persone che presentava le loro esigenze di democrazia e di destabilizzazione dei potenti ed in particolare degli accentratori di potere e mi sono fermata un po' a sentirli e propongo di approfondire le loro proposte, già che molti di noi vivono proprio tra la gente.

Questo articolo rinvia alla legge regionale 15 luglio 2009, n. 5, mettendo in evidenza che beneficeranno degli interventi straordinari per la integrazione del reddito, per coloro che sono in mobilità o per poter avere la prosecuzione di questa se la legge dello Stato non li mette in condizioni tali da poter beneficiare, per un periodo massimo di sei mesi e quindi questa normativa prevede la prosecuzione di qualche altro mese. Infatti il decreto del

Presidente della Regione 28 luglio 2009, n. 5/L prevede che possano beneficiare di questi interventi, che sono determinanti per la sopravvivenza delle famiglie, dei minori e quindi per la serenità familiare, è uno dei motivi per cui molte famiglie vanno in dissesto.

Ho seguito ultimamente due situazioni di dipendenti di piccole imprese alimentari del roveretano e mi imploravano di aiutarli, poi con tutta una serie di interventi siamo riusciti, ma vi assicuro che la tensione in casa era tale per cui talvolta le mogli, quando hanno in casa il marito disoccupato, pensano alla separazione, al dissesto familiare, a fare la vita per conto loro, per dire, ma faccio riferimento a questa causa, è una delle tante, purtroppo la più drammatica degli ultimi tempi.

Il decreto del 28 luglio 2009 elenca coloro che sono destinatari dei benefici: coloro che hanno subito licenziamento per giustificato o ingiustificato motivo; coloro che sono vittime del mancato rinnovo del contratto di lavoro; coloro che hanno avuto la sospensione dal lavoro con ricorso all'indennità di disoccupazione; coloro che sono stati licenziati per inidoneità per cause di salute; coloro che hanno dovuto subire la mancata conferma del rapporto di lavoro al termine del periodo di apprendistato; coloro che non hanno avuto il rinnovo del contratto di lavoro perché è venuto meno il progetto per il quale erano assunti; per dimissioni per giusta causa per mancata o ritardata corresponsione della retribuzione dovuta.

Purtroppo anche molti altri si trovano in queste situazioni. Quindi intervenire con una norma precisa che permette loro di attingere ad un sostegno regionale, pur distribuito in termini di equiparazione tra le due Province, dato che ogni Provincia poi provvede separatamente, credo che sia un passaggio importante.

È vero che da qualche dato risulterebbe che c'è una lieve ripresa a livello italiano, a livello trentino in qualche settore sì, ma per alcune forze lavoro, quelle senza alcun titolo di studio; per quelle che hanno conseguito titoli di studio e lauree di carattere umanistico o nell'ambito della giurisprudenza i lavori sono sempre meno e la disoccupazione diventa quasi cronica. Almeno si dia loro un qualche respiro, in attesa che convinciamo le aziende, in collaborazione con il sindacato e con l'ente pubblico, ad indire un numero più consistente, più massiccio, più esteso di corsi di riqualificazione e di professionalizzazione.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Frau Assessorin Stocker, Sie haben das Wort.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Ganz kurz einige Bemerkungen ganz allgemeiner Natur. Ich habe bei meinen Stellungnahmen niemanden die Schuld für irgendetwas gegeben, sondern ich habe ganz einfach festgestellt, welche Situation wir vorfinden und wie wir schauen müssen, diesen Menschen, die besonders getroffen sind, zu helfen. Das war eine Feststellung, die ich gemacht habe und vielleicht einfach noch die zusätzliche Feststellung: wir waren es sicherlich nicht, die dazu beigetragen haben, dass der Staat jetzt so verschuldet ist.

Zu den einzelnen Stellungnahmen bzw. Fragestellungen: Ich war davon ausgegangen, dass die Fragestellungen in Bezug auf die Kosten des Abänderungsantrages der Kollegin Dominici bereits beantwortet war, wie ich zum Abänderungsantrag Stellung genommen habe. Ich habe ganz klar gesagt, wir können den Abänderungsantrag annehmen, weil er nichts anderes als eine

Präzisierung ist. Insofern sind somit keinen weiteren Kosten verbunden, d.h. die vorgesehenen Kosten im Art. 4 sind diejenigen, die auch mit dieser Abänderung genügen, d.h. sie sind gleich geblieben.

Zum zweiten: es ist zu Recht auch gesagt worden, dass das eine Art „sanatoria“ ist. Das ist sicher richtig, weil das Gesetz im laufenden Jahr gemacht wird, wo es Maßnahmen für 2011 betrifft. Wir haben aber, sobald uns die Gewerkschaften noch einmal ersucht haben, diese Maßnahmen zu verlängern, weil sie einfach im Laufe des Jahres gesehen haben, dass es notwendig ist, haben wir sofort das Gesetz vorbereitet und es ist relativ schnell über die Bühne gegangen. Aber es war natürlich auch von vielen erwartet, dass es doch etwas schneller und besser geht. Das war dann doch nicht der Fall und dann haben wir so schnell wie wir konnten reagiert und so schnell es der demokratische Iter zulässt.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir stimmen jetzt über Art. 2 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 15 Enthaltungen und 31 Ja-Stimmen ist der Art. 2 genehmigt.

Art. 3
(*Übergangs- und Schlussbestimmungen*)

1. Die Verwaltungsbefugnisse betreffend die Anwendung der Artikel 1 und 2 werden auf die Autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragen.

2. Zwecks Bewertung der Auswirkungen der durchgeführten Politik übermitteln die Autonomen Provinzen innerhalb April die Daten zu den Maßnahmen laut Artikel 1 und 2, die sich auf das vorangehende Kalenderjahr beziehen, an die Region.

VICE PRESIDENTE:

Art. 3
(*Disposizioni transitorie e finali*)

1. Le funzioni amministrative concernenti l'applicazione degli articoli 1 e 2 sono delegate alle Province autonome di Trento e di Bolzano.

2. Ai fini della valutazione dell'impatto delle politiche attuate le Province autonome trasmettono alla Regione, entro il mese di aprile, i dati relativi agli interventi di cui agli articoli 1 e 2 realizzati nell'anno solare immediatamente precedente.

PRÄSIDENTIN: Um allen zu ermöglichen, ihre Zeit, die sie zur Verfügung haben, zu nutzen, unterbrechen wir jetzt hier die Sitzung.

Ich wünsche allen eine gute Mittagspause.

(ore 12.57)

(ore 15.03)

PRESIDENZA DEL VICE PRESIDENTE DEPAOLI
VORSITZ: VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

SEPPi: *(segretario:(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: Signori consiglieri, la seduta è aperta. Riprendiamo i lavori.
Siamo in discussione dell'articolo 3 del disegno di legge n. 35
Ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Grazie. Considerato che i tempi sulla discussione generale sono stati ristretti, mio malgrado dovrò intervenire in maniera più ampia sull'articolo 3, perché non c'è stato il tempo per evidenziare alcuni aspetti neppure sui precedenti.

Torno all'articolo 1, perché nella pausa pranzo, visto che non disponiamo del supporto legislativo che può utilizzare la Giunta, dobbiamo poi fare sempre un ricorso successivo alle verifiche. L'articolo 1, voglio evidenziare come si riteneva di poter proporre l'articolo 1 come disegno di legge, fra il resto proposto dalla Giunta, senza prevedere l'emendamento che stamattina è stato approvato in aula, quando abbiamo una legge che esplicitamente nega ciò che questo articolo va a prevedere, perché la legge n. 19, di fatto, all'articolo 3 nega esattamente la previsione che invece è poi all'articolo 1, che è quella della copertura della finestra pensionistica. Quindi anche dal punto di vista di come vengono proposte queste leggi, qualche osservazione, anche dal punto di vista tecnico, credo vada evidenziata.

All'articolo 2 il collega Paternoster ha giustamente evidenziato come vi sia una provvidenza per i lavoratori che sono sospesi tra il 1° settembre 2008 e il 31 dicembre 2011. Chiedo, se poi l'assessore vorrà essere così gentile da rispondermi, quali sono le previdenze che sono inserite e previste da questo primo comma dell'articolo 2 e se queste sono state formalizzate con qualche impegno, perché a quel punto saremo anche in presenza di una situazione di debito fuori bilancio. Quindi vorrei capire di che impegno di spesa si può trattare.

La cosa più interessante è l'articolo 4, che prevede una spesa totale di 2 milioni e 800 mila euro, di cui 1 milione e 900 mila sono impegnati sul bilancio regionale, perché la Provincia di Trento ha già utilizzato tutti gli stanziamenti anche l'anno scorso, mentre invece i 900 mila della Provincia di Bolzano non sono spesi sul bilancio 2011, perché vanno a gravare sull'avanzo dello scorso anno, ma l'emendamento che viene proposto questa mattina e che nella relazione l'assessore Stocker non ha dato alcuna giustificazione, parlo dell'emendamento proposto dal Presidente Dellai, il totale che va ad individuare e che sostituisce l'articolo 4 è di 3 milioni e 800 mila euro.

Allora, dalla proposta uscita dalla Giunta, valutata in Commissione, che vedeva una spesa sull'articolo 4 di 2 milioni e 800 mila euro, adesso abbiamo una proposta di 3 milioni e 800 mila euro. Credo che sarebbe stato interessante ed utile avere un'informazione relativamente a questo, anche perché si tratta di una notevole differenza, ancorché non sia tutta spesa su questo bilancio, perché per quanto riguarda i fondi della Provincia di Bolzano, di fatto, trovano copertura nell'ambito delle assegnazioni precedenti.

Quindi, visto che c'è anche una differenza così notevole sul piano finanziario, chiedo se è possibile avere qualche ulteriore informazione in merito.

PRESIDENTE: Ci sono altri interventi? Prego, assessore Stocker.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Wir haben eine Abänderung zum Gesetz Nr. 19 vorgesehen, d.h. wir haben mit der Abänderung, die von der Abg. Dominici eingebracht worden ist, noch einmal unterstrichen, dass es eine Ausnahmebestimmung für das Jahr 2011 ist und insofern denke ich, dass es in Übereinstimmung mit dem ist, was wir jetzt vorhaben, was wir dieses Jahr an Maßnahmen vorsehen möchten, um diese Sondersituation, die die Regierung geschaffen hat, zu schließen und damit den Menschen, die am meisten Notwendigkeit haben, eine Unterstützung zu bekommen, das auch zu ermöglichen.

Was den Art. 4 anbelangt, werde ich nachher noch einmal darauf hinweisen. Hier nur vorweggenommen: wir haben ursprünglich die 2,8 vorgesehen. Das ist richtig. Wir haben jetzt etwas mehr für beide Länder vorgesehen, aber selbstverständlich wird es nur ausgegeben, wenn es auch verwendet und notwendig ist.

PRESIDENTE: Se non ci sono altri interventi, pongo in votazione l'art. 3.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 24 voti favorevoli e 16 astensioni, l'art. 3 è approvato.

Art. 4
(Norma finanziaria)

1. Per quanto riguarda la Provincia di Trento, alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 1, quantificabili in euro 400 mila, e dell'articolo 2, quantificabili in euro 1 milione 500 mila si fa fronte con i fondi già stanziati sul capitolo 10100.000 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario in corso.

2. Per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 1, quantificabili in euro 400 mila e dell'articolo 2, quantificabili in euro 500 mila, si fa fronte con i fondi già assegnati alla Provincia stessa ai sensi dell'articolo 4, comma 1 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5.

MUNTER:

Art. 4
(Finanzbestimmung)

1. Was die Provinz Trient anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 1 ergeben, sowie der Ausgaben in Höhe von 1.500.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Art. 2 ergeben, die im Kapitel 10100.000 des Haushaltsvoranschlages für das laufende Haushaltsjahr bereits vorgesehenen Mittel verwendet.

2. Was die Provinz Bozen anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels

1 ergeben, sowie der Ausgaben in Höhe von 500.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 2 ergeben, die der Provinz im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 5 bereits zugewiesenen Mittel verwendet.

PRESIDENTE: All'articolo 4 c'è un emendamento, prot. n. 1324, presentato dal Presidente della Regione Dellai, sostitutivo dell'articolo, che recita: L'articolo 4 è sostituito dal seguente:

“1. Per quanto riguarda la Provincia di Trento, alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 1, quantificabili in euro 400 mila si fa fronte con i fondi già stanziati sul capitolo 10100.000 “Assegnazioni di parte corrente per il finanziamento delle funzioni delegate alle Province autonome” dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario in corso.

2. Per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 1, quantificabili in euro 400 mila, si fa fronte con i fondi già assegnati alla Provincia stessa ai sensi dell'articolo 4, comma 1 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5.

3. Alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 2 per le Province di Trento e di Bolzano, quantificabili in euro 3 milioni si fa fronte mediante prelievo di analogo importo dal capitolo 11110.000 “Fondo speciale per provvedimenti legislativi” a favore del capitolo 10100.000 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario in corso.

MUNTER: Änderungsantrag, Prot. Nr. 1324:

Art. 4 wird durch den nachstehenden ersetzt:

„1. Was die Provinz Trient anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 1 ergeben, die im Kapitel 10100.000 „Zuweisung von Mitteln für laufende Ausgaben für die Finanzierung der den Autonomen Provinzen übertragenen Befugnisse“ des Haushaltsvoranschlags für das laufende Haushaltsjahr bereits vorgesehenen Mittel verwendet.

2. Was die Provinz Bozen anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 1 ergeben, die der Provinz im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes Nr. 5/2009 bereits zugewiesenen Mittel verwendet.

3. Die Ausgaben in Höhe von 3 Millionen Euro, die sich für die Provinzen von Trient und Bozen aus der Anwendung von Artikel 2 ergeben, werden durch Entnahme eines gleich hohen Betrages aus dem Kapitel 11110 „Sonderfonds für gesetzliche Maßnahmen“ zugunsten des Kapitels 10100.000 des Haushaltsvoranschlags für das laufende Haushaltsjahr gedeckt.“

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Dominici. Ne ha facoltà.

DOMINICI: Grazie. Prendo atto che l'articolo, sia nella formulazione iniziale, sia in questa sostitutiva, sostanzialmente applica i dispositivi di due leggi che mi preme richiamare e cioè la legge regionale del 27 novembre 1993, n. 19, laddove fa riferimento alle inevitabili prese di posizione delle due Province con delega successiva, che è prevista nell'articolo 6 e nell'articolo 8. Infatti nell'articolo 6 si parla di delega di funzioni in questo settore: *“Con decorrenza dalla data di entrata in vigore della presente legge, le funzioni amministrative*

concernenti la realizzazione dell' intervento previdenziale previsto nella stessa sono delegate alle Province autonome di Trento e di Bolzano che le esercitano o direttamente tramite proprie strutture provinciali, o mediante convenzione con enti previdenziali nazionali o con istituti assicurativi..."

Per dimostrare che non è una grande trovata questo articolo 4, comunque è sempre meglio ribadire, esisteva già la legge che rendeva obbligatorio l'intervento delle due Province. Infatti, proseguendo, l'articolo 6 prevede: *"Le Province autonome di Trento e di Bolzano provvedono a disciplinare tutto quanto attiene all' esercizio delle funzioni delegate, nonché le modalità di erogazione delle prestazioni previdenziali. La Regione si sostituisce alle Province autonome nell' esercizio delle funzioni delegate in casi di persistente inattività..."*.

Come è successo qualche volta, quando in questa materia la Provincia di Trento era stata un po' troppo lenta nel legiferare in questo settore ed anche nel predisporre l'entità finanziaria adeguata.

Poi c'è l'articolo 8, come dicevo stamattina è sempre meglio richiamare, ribadire, perché non succeda quello che è successo il 1° giugno, quando qualche mente perversa elabora articoli a tranello, che solo giuristi diabolici o dotati di capacità mostruose possono interpretare e mettere in atto, quindi è sempre meglio essere molto precisi e richiamare le leggi precedenti.

Infatti, l'articolo 8 prevede il regolamento di esecuzione: *"Ciascuna Provincia autonoma disciplina con proprio regolamento le modalità di presentazione delle domande e di erogazione dell'indennità regionale. Con apposito regolamento regionale è stabilito quanto altro è necessario..."*.

Già che è una delle poche competenze rimaste alla Regione, ormai ridotta a lumicino, infatti abbiamo iniziato in quest'aula esattamente dieci anni fa a smantellarla e ridurla a lumicino, magari per voi tirolesi va anche bene, ma per noi trentini sarebbe una grande gabbata.

C'è anche il regolamento applicativo della legge regionale alla quale ho fatto riferimento, che parla della indispensabilità per le due Province dell'ammontare dell'indennità rispettiva per intervenire nell'assegnazione dei benefici per le persone che si trovano in condizioni di rischio e quasi sotto la soglia della sopravvivenza.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Grazie. Mi aspettavo che vi fosse questa presentazione dell'emendamento, perché sono stupita di come devono essere fatte queste leggi, perché pensare di proporre in aula un emendamento di questo tipo, dove vengono cambiate le coperture finanziarie e gli importi, senza che nessuno si degni di dire qualche cosa, a me piacerebbe vedere quest'aula in una situazione diversa, dove il centrosinistra fosse all'opposizione e ci fosse una proposta di emendamento di questo tipo. Due miliardi in più di aumento che non si capisce come! Abbiamo chiesto come era la copertura dell'emendamento precedente, che era la chiusura della finestra, praticamente non lo sapete, perché non avete risposto! Penso che se lo sapete rispondereste.

Quindi voi non sapete che cosa vi costa quest'anno mettere una pezza su una situazione che, a livello nazionale, non è gestibile sul bilancio dello Stato e cioè quella finestra pensionistica di un anno, sapere quanto costa a livello provinciale sarebbe stato interessante. Magari sarebbe stato anche una

di quelle situazioni utili per giustificare un buon impiego di quelle che sono le nostre risorse, perché sicuramente è un buon impiego nel momento in cui riusciamo a garantire qualche cosa che lo Stato non riesce a fare.

Vi chiediamo perché vi siete sbagliati a fare i conti, siccome siete voi la Giunta, vi siete sbagliati a fare i conti di 1 milione di euro, 2 miliardi delle vecchie lire e nessuno della Giunta sa rispondere come mai vi siete sbagliati a fare questo conteggio! Mi chiedo: sapete qualche cosa di quello che ci venite a proporre nell'aula del Consiglio? Perché non stiamo a parlare di soldi agli altri, stiamo a parlare di soldi delle tasse dei cittadini che qui vengono applicati su misure anche giuste!

Credo che se uno ha la responsabilità di governo, prende l'indennità di assessore, oltre alla macchina blu dovrebbe anche avere la competenza di saper giustificare al Consiglio, nell'unico passaggio che compete a questo Consiglio che è lo stanziamento dei soldi, perché poi le cose si dividono sulle Province, sapere come mai! Ma vi chiediamo troppo?

È evidente, lo abbiamo capito tutti che il centrosinistra ha ritenuto di svilire in questa maniera il Consiglio regionale, al di là delle grandi dichiarazioni di intenti che facciamo, ma svilirlo in una maniera tale, che nell'unico passaggio – ripeto l'unico – andiamo a trattare questo argomento, la Giunta non sa rispondere come mai si è sbagliata a fare i conti, vergognatevi! Vi dico vergognatevi, perché non meritate neanche una lira in più di quello che prendete come assessori di questa Giunta regionale! Stiamo a scherzare! Non vi stiamo dicendo che facciamo ostruzionismo, vi diciamo che vogliamo sapere... Presidente, per cortesia, lei risponda sull'emendamento all'articolo 4, se vuole, sul resto non facciamo discussioni.

Mi chiedo, avete proposto sulla prima legge che i soldi di finanziamento di questi interventi, per quanto riguarda la Provincia di Trento erano di 1 milione e 500 mila euro, che andavano scontati sul bilancio a spesa, spesi – non so se qualcuno comprende ciò che vuol dire spesi, i colleghi che hanno fatto i sindaci sicuro – sul bilancio 2011. Il comma 2 diceva: i 900 mila euro della Provincia di Bolzano non vengono spesi da nessuna parte, perché rientrano sul budget precedente. Questa era la spesa, 2 milioni e 800 mila euro. Presentate un emendamento – voi non gli altri, voi – dove scrivete che i 400 mila euro della Provincia di Trento li spendete sul bilancio 2011, i 400 mila euro della Provincia di Bolzano sono sul credito dell'assegnazione dell'anno scorso e 3 milioni di euro vengono spesi sul bilancio 2011.

Scusate, a parte che questa è una variazione di bilancio di fatto, che merita una giustificazione sul piano politico amministrativo, mi chiedo cosa veniamo a fare in queste sedute di Consiglio regionale? Chiudetela se la gestite così la Regione! Perché se vi serve solo per darvi l'indennità di assessori è scandaloso, è veramente scandaloso! Non avere il minimo di rispetto per un'Assemblea nella quale voi dovete andare a dire come li spendete questi soldi e vi siete sbagliati di 1 milione di euro, oltre all'imputazione di capitolo, anche a fare i conti!

Quindi veramente vi chiedo: per cortesia, spiegateci questa cosa!

Per fortuna non c'è la diretta, adesso capisco perché c'è un'opposizione così profonda alla diretta di questo Consiglio, perché credo che anche per l'ultimo dei consiglieri comunali, dei comuni sui quali la Regione ha una competenza sul piano della legislazione competente, comportamenti di questo tipo sono veramente inqualificabili.

Quindi, Presidente, invece di rispondermi sui soliti argomenti, le chiedo, visto che l'ha firmato lei questo emendamento, di rispondermi sull'emendamento all'articolo 4.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Stocker. Prego.

STOCKER: ...Gesetz gemacht haben, eine richtige Berechnung gemacht. Wir haben im Laufe der Zeit natürlich noch neue Daten und Fakten dazu bekommen und deshalb haben wir uns jetzt dafür entschieden, eine etwas vorsichtigere Schätzung zu machen und deshalb hat es hier eine Erhöhung gegeben. Aber es ist ganz verständlich, dass das jetzt vorgesehen ist, aber ausgegeben wird das, was notwendig ist und was wir für die Umsetzung dieses Gesetzes brauchen, d.h. bitte hier nicht zu verwechseln, was wir an Geldmitteln vorsehen und das, was danach notwendig ist und das dann tatsächlich dann überwiesen und auch ausgegeben wird. Dies zum ersten.

Zum zweiten: Bei der Unterscheidung, die wir zwischen Art. 1 und Art. 2 gemacht haben, habe ich gemeint, dass hier auch die Antwort gegeben wäre, was Art. 1 kostet, d.h. was es möglicherweise kosten kann, die Integration, die wir vorgesehen haben, für diejenigen die die Pensionsvoraussetzungen erreicht haben, aber nicht in Pension gehen können. Hier haben wir jeweils für die beiden Provinzen 400.000 vorgesehen und die 3 Millionen sind für den Art. 2 vorgesehen. Wie gesagt, sie sind vorgesehen, d.h. noch nicht, dass wir diese Gelder dann tatsächlich auch brauchen.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Savoi, ne ha facoltà.

SAVOI: Grazie, Presidente. Questa legge parla di un tempo temporale di tre anni e quattro mesi, 1° settembre 2008 - 31 dicembre 2011. Tre anni sono già decorsi e mancano cinque, sei mesi e chiaramente i conti si fanno presto a fare in base alle effettive richieste pervenute in tre anni e quelle che arriveranno da qui a fine dicembre 2011. Quindi i conti non penso che vengano fatti a casaccio, se avete aggiunto questo milione sapete già che con ogni probabilità li spenderete questi soldi, non è che mettete lì i milioni così, tanto avanzano sul bilancio e li mettiamo lì.

È una sciocchezza dire che cercheremo di spendere meno, sulla base di quanto già in tre anni dovrete erogare e sei mesi che ci mancano si suppone un sesto di quanto sarà erogato in questi tre anni, si potrebbe fare anche un conto quasi, quasi al centesimo, all'euro, sulla base delle esperienze, delle statistiche, delle conoscenze che credo la Regione abbia.

Quindi, secondo me, correttamente andava messo un importo che corrisponde alla effettiva erogazione che si andrà a fare a livello di Provincia di Trento, a livello di Provincia di Bolzano, dal 1° settembre 2008 ad oggi già il tempo è decorso e sei mesi che rimangono da qui a dicembre 2011 che è il termine finale massimo che prevede questa legge.

Quindi i conti non si fanno a casaccio, se serve un milione si stanziava un milione e si giustificava, se serviva un milione e mezzo si stanziava un milione e mezzo e si giustificava, ripeto, essendo una legge pressoché attuativa, essendo già tre anni decorsi, su tre anni e mezzo, mi sembrava corretto che la Giunta potesse avere dei conti ben precisi e concreti. Grazie.

PRESIDENTE: Non vedo altri interventi. Pongo in votazione l'emendamento sostitutivo.....

....prego assessore Stocker.

STOCKER: Wir müssen beim Abänderungsantrag, der vorgelegt worden ist, einige technische Änderungen von Seiten des Präsidiums vornehmen.

Anstelle des Wortes „assegnazione“ d.h. „Bezeichnung des Kapitels“ 10100.000 wäre hier die richtige Bezeichnung des Artikels: „Fondo unico per il finanziamento delle funzioni delegate alle Province Autonome di Trento e di Bolzano“. Im deutschen Text: „Einheitsfonds für die Finanzierung der den autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragenen Befugnisse.“.

Dann wäre bitte noch im dritten Absatz zu korrigieren, das im Grunde auch technisch möglich ist: Das Kapitel müsste richtigerweise heißen: „11110.000“ und anstatt „fondo speciale“ müsste es im italienischen Text heißen „Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi“ und im deutschen Text: „Fonds, der zur Verfügung ist, um für die gesetzlichen Maßnahmen Vorsorge zu treffen“.

Darf ich bitte um fünf Minuten Unterbrechung bitten?

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori, ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Prego.

PENASA: Siccome il Regolamento regionale non lo conosco bene, perché è un po' difficile, voglio capire dove è scritto che si fanno in aula gli emendamenti verbali di correzione e non si fa l'emendamento dell'emendamento? Per sapere, perché siccome questo Regolamento non lo capiamo, ma se c'è un errore, perché è un errore, allora si fa l'emendamento dell'emendamento. Così prendiamo atto che dal 15 giugno ad oggi praticamente l'articolo 4 – c'era tanta urgenza ed eravate tanto impegnati su questa cosa – è stato completamente cambiato, perché era tutto sbagliato.

Quindi fate l'emendamento dell'emendamento, perché altrimenti c'è anche una questione di oggettività di questa votazione che non so fino a che punto sia legittima.

PRESIDENTE: Sospendo la seduta per 5 minuti, per formalizzare questa variazione.

(ore 15.34)

(ore 15.49)

PRESIDENTE: I lavori riprendono.

Do lettura dell'emendamento prot. n. 1351, a firma del Presidente Dellai e di altri consiglieri, sostitutivo dell'emendamento prot. n. 1324.

L'articolo 4 è sostituito dal seguente:

1. Per quanto riguarda la Provincia di Trento, alla copertura degli oneri derivanti dall'applicazione dell'articolo 1, quantificabili in euro 400 mila, si fa fronte con i fondi già stanziati sul capitolo 10100.000 "Fondo unico per il

finanziamento delle funzioni delegate alle Province autonome di Trento e di Bolzano” dello stato di previsione della spesa per l’esercizio finanziario in corso.

2. Per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, alla copertura degli oneri derivanti dall’applicazione dell’articolo 1, quantificabili in euro 400 mila, si fa fronte con i fondi già assegnati alla Provincia stessa ai sensi dell’articolo 4, comma 1 della legge regionale 15 luglio 2009, n. 5.

3. Alla copertura degli oneri derivanti dall’applicazione dell’articolo 2 per le Province di Trento e di Bolzano, quantificabili in euro 3 milioni si fa fronte mediante prelievo di analogo importo dal capitolo 11110.000 “Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi” a favore del capitolo 10100.000 dello stato di previsione della spesa per l’esercizio finanziario in corso.

MUNTER: Änderungsantrag zum Änderungsantrag, Prot. Nr. 1351

Artikel 4 wird durch den nachstehenden ersetzt:

„1. Was die Provinz Trient anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 1 ergeben, die im Kapitel 10100.000 „Einheitsfonds für die Finanzierung der den Autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragenen Befugnisse“ des Haushaltsvoranschlags für das laufende Haushaltsjahr bereits vorgesehenen Mittel verwendet.

2. Was die Provinz Bozen anbelangt, werden zur Deckung der Ausgaben in Höhe von 400.000 Euro, die sich aus der Anwendung des Artikels 1 ergeben, die der Provinz im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 5 bereits zugewiesenen Mittel verwendet.

3. Die Ausgaben in Höhe von 3 Millionen Euro, die sich für die Provinzen von Trient und Bozen aus der Anwendung von Artikel 2 ergeben, werden durch Entnahme eines gleich hohen Betrages aus dem Kapitel 11110.000 „Fonds zur Deckung der sich aus den Gesetzesmaßnahmen ergebenden Ausgaben“ zugunsten des Kapitels 10100.000 des Haushaltsvoranschlags für das laufende Haushaltsjahr gedeckt.“.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Grazie. A me pare che non si trattava solo del cambiamento del numero e della descrizione del capitolo, siccome sostanzialmente prima si faceva una divisione fra i 3 milioni necessari per far fronte al prelievo di analogo importo dal capitolo 11110.000 “Fondo speciale per provvedimenti legislativi” a favore del capitolo 10100.000 dello stato di previsione della spesa per l’esercizio finanziario in corso. Mi pare che questa proposta faccia sostanzialmente una divisione anche per quanto riguarda – chiedo un chiarimento su questo – l’imputazione delle spese attinenti a questo esercizio finanziario e delle spese attinenti agli esercizi finanziari precedenti, penso in riferimento all’articolo 2. Chiedo se è così.

PRESIDENTE: La Giunta intende rispondere? Prego, assessore Stocker.

STOCKER: Danke! Wir haben hier in beiden Fällen Spesen und Ausgaben nur für das Jahr 2011 vorgesehen. Wir haben nichts Weiteres geändert, als hier

diese technische Änderung gemacht, indem das Kapitel jetzt genau bekannt ist und gleichzeitig auch die Bezeichnung des Kapitels richtig ist.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Civettini. Prego.

CIVETTINI: Grazie, Presidente. Con un po' di imbarazzo, perché se è vero, come è vero, che le correzioni sono tecniche ne prendiamo atto, poi sappiamo leggere anche noi e sappiamo anche capire qual è il tecnicismo che è stato applicato, ma detto questo, se pensiamo che al 15 giugno c'è stata la Commissione, poi ci siamo ritrovati in Consiglio regionale, c'è stato tutto il tempo per elaborare. Credo che nel momento in cui si approda all'aula, le correzioni dovrebbero emergere da un ragionamento, da un confronto, non tanto da correzioni tecniche, perché se l'iter legislativo deve arrivare in aula ed avere, all'interno dell'aula, correzioni tecniche, mi chiedo come lo si è affrontato nel suo percorso. Come dire che una squadra di calcio, che dovesse fare la partita di campionato, dorme fino all'ottantanovesimo minuto e al novantesimo dice: bene, facciamo la partita.

Proprio sul *modus operandi*, sul come si elaborano, si concentrano, si determinano i testi, è chiaro che qualche perplessità viene, perché da questa maggioranza o associazione di silenzio che c'è stata in quest'aula, tant'è che in quest'aula oggi hanno parlato i colleghi Dominici, Penasa, Civettini, Paternoster ed Eccher, a parte gli assessori, noi rimaniamo allibiti, perché se non avessimo fatto questi interventi saremmo andati ad approvare in silenzio una legge che comunque andava corretta.

Allora capisco che il parlamento è una inutile noia per chi fa maggioranza, ma quando ho visto che c'è la moda di trovarsi nei conventi per fare i ritiri politici, magari, noi lo facciamo regolarmente, fate una composizione di luogo e fate finta di essere minoranza quando gestite affari che riguardano i cittadini.

A fronte di questo probabilmente ci sarebbe più umiltà e più capacità di recepire e di capire effettivamente che cosa si deve fare in aula, ma non solo, mi permetto anche di sottolineare che ci vuole anche una riforma dei lavori di Commissione, parlo per la Provincia di Trento e per le Commissioni legislative regionali, sono riunioni inutili, dove non si elabora nulla, tanto finiscono sempre quattro a tre, cinque a quattro, a prescindere. Poi ci troviamo in aula con le correzioni, che siano tecniche, che siano di virgole, però qui deve arrivare non il prototipo, deve arrivare la formula, la quale può essere corretta eventualmente da contributi che può dare l'aula.

Questa è la sottolineatura, pacatissima peraltro, che vogliamo fare a questo modo di procedere, perché se il silenzio di quest'aula è l'emblema o la rappresentazione di un parlamento, questo è un silenziamento, non è per niente un parlamento. Nel parlamento sarebbe bello sentire il dibattere, l'elaborazione di quello che stiamo facendo, perché se tutto è deciso perché maggioranza e se tutto è deciso perché ci sono quelli che rompono le scatole, ebbene noi siamo onorati di interpretare questo secondo ruolo, però la maggioranza non si fa onore. Attraverso il lavoro di questa minoranza e solo di alcuni di questa minoranza è emersa la necessità di correggere un testo legislativo, che se noi fossimo stati in silenzio, obbedienti al comando di qualcuno probabilmente avremmo votato, sapendo che era sbagliato.

PRESIDENTE: Prego, assessora Stocker.

STOCKER: Nur einen Satz, Herr Präsident! Ich darf den Abg. Civettini drauf aufmerksam machen, dass ich es war, die darauf hingewiesen hat, dass wir das abändern müssen.

PRESIDENTE: Prego, consigliere Civettini.

CIVETTINI: Ringrazio l'assessore per aversi assunto delle responsabilità che ritengo corrette, perciò, correttezza per correttezza, voglio solo ringraziare, sempre che comunque sottolineiamo le nostre diversità. Grazie.

PRESIDENTE: Metto in votazione il subemendamento prot. n. 1351, sostitutivo dell'articolo 4.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 31 voti favorevoli e 13 astensioni, l'art. 4 è approvato.

Art. 5
(*Entrata in vigore*)

1. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

MUNTER:

Art. 5
(*Inkrafttreten*)

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

PRESIDENTE: Ci sono interventi? Se non ci sono interventi, pongo in votazione l'art. 5.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 31 voti favorevoli e 14 astensioni, l'art. 5 è approvato.

Passiamo alle dichiarazioni di voto. Ha chiesto di intervenire la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Grazie. Naturalmente avevamo già anticipato la nostra condivisione sui contenuti della legge, per quanto riguarda la necessità di portare soluzioni positive in una situazione di profonda crisi. Al di là di questo non possiamo certo esprimere un voto favorevole, ma anche per come è stata condotta la gestione di questa proposta di legge, perché credo che se fossi assessore o ricoprissi un ruolo di Giunta in una situazione di questo tipo, dove chi ha le responsabilità non sa dare risposte puntuali su previsioni di spesa pubblica, finanziate con soldi dei cittadini, in un momento nel quale le famiglie, se si vedono aumentare di 50 euro mensili una qualsiasi spesa, si trovano in difficoltà e qui non abbiamo saputo dare risposta per variazioni intervenute dal 15 giugno al 5 luglio, sull'articolo 4, di 1 milione di euro, credo che qualche perplessità deve pure essere espressa.

In ogni caso, se è stato necessario effettuare questo aumento di 1 milione di euro una risposta è sicura, vuol dire che i dati che noi abbiamo sono

dati profondamente negativi, per quanto riguarderà l'impatto della situazione della perdita di posti di lavoro, perché se non ci fossero questi dati non saremmo andati ad aumentare la previsione di spesa che deve andare a supportare quel tipo di provvedimenti.

Quindi, se la motivazione è questa, credo che con senso di responsabilità andava assolutamente chiarita, motivata e per una questione di trasparenza illustrata a questo Consiglio.

Ripeto, sarebbe stato corretto davvero, assessore e Presidente, proprio nel momento in cui c'è stato un consigliere di quest'aula che ha tenuto una lunga filippica per quanto riguarda le cattive azioni di questo Governo, che noi non vogliamo andare a giustificare, perché il Governo non ha bisogno di nessuno che lo giustifichi, ma sicuramente un senso di responsabilità per come stanno andando i conti pubblici dobbiamo averlo tutti. Abbiamo assistito ad una lunga filippica, nella quale il Governo ha fatto una serie di cose fatte male, noi per fortuna abbiamo la possibilità finanziaria, assicurata da questo bilancio, di far patire meno i cittadini di questa Regione e delle nostre due Province per quanto riguarda le situazioni pensionistiche e non ci siamo presi neppure la responsabilità di fare due conti per dire: bene il provvedimento di questo tipo che va ad attenuare questa situazione costa X.

Sarebbe stato interessante, perché poteva essere una situazione che, ampliata a livello nazionale, poteva dare la misura di quella che era la situazione, ma evidentemente questo era chiedere troppo, perché noi poi diciamo che siamo molto bravi...

...come non è vero, Presidente? Presidente, è tutto il giorno che aspetto che lei replichi, possibilmente sui dati tecnici, però sui dati tecnici non replica, sono molto dispiaciuta, perché sicuramente lei i conti li sa, si vede che i conti sono tali per cui lei non ce li può dire!

In ogni caso prendo atto che la spesa è molto allegra, assessore Stocker, perché quando uno non fa neppure i conti vuol dire che ha una spesa allegra, ciò vuol dire che questa Regione, in un momento di crisi, ha un assessore che si permette di spendere allegramente i soldi senza fare i conti. Questo è molto grave, molto grave.

Presidente, lei mi risponda e mi dia questi dati del costo ed io li ascolto, mi dica quanto costa l'emendamento all'articolo 1?

(interruzione)

PRESIDENTE: ...stiamo facendo le dichiarazioni di voto!

PENASA: Va bene, ha ragione. Ma siccome il Presidente si permette di replicare in questo modo, replico anch'io. O il Presidente mi dice quanto costa l'emendamento all'articolo 1, comunque il provvedimento insito nell'articolo 1 ed allora non replico in questa maniera, altrimenti mi prendo la responsabilità delle affermazioni che sto facendo.

Sulla sanatoria non mi esprimo, perché sostanzialmente l'assessore, quando abbiamo evidenziato che l'articolo 2 si fa sanatoria, la risposta è stata: siccome i sindacati sono d'accordo, facciamo la sanatoria. Bene, abbiamo compreso che c'è una nuova modalità, se i sindacati sono d'accordo possiamo fare tutto quello che vogliamo! Quindi credo che potremo anche sciogliere il

Consiglio regionale, perché tanto il confronto è al di fuori di quest'aula e non certo in questo'aula.

A noi sicuramente questo modo di procedere non va bene, perché sicuramente non responsabilizza il ruolo del Consiglio regionale e pertanto quando l'assessore ha aggiunto che ha fatto la correzione all'emendamento all'articolo 4, io dico: chi doveva fare la correzione, se non chi ha la responsabilità della materia? Non potevano certo farla i consiglieri di opposizione la correzione su una proposta errata che è pervenuta dalla Giunta!

Quindi per tutti questi motivi che evidenziano, a mio avviso, una straordinaria incompetenza sulla gestione, da parte di questa Giunta, per quanto riguarda la spesa, credo che l'astensione sia solo un atto dovuto per rispetto dei lavoratori. Perché non può esserci una situazione di condivisione per le modalità con le quali queste proposte vengono elaborate e soprattutto con il fatto che a situazioni così importanti, nelle quali abbiamo visto l'anno scorso, rispetto a cinque miliardi e 400 milioni di euro di spesa, 2 milioni e 600 mila euro sono andati in corsi di formazione, quindi non direttamente all'utente che aveva bisogno di essere sostenuto, ebbene se queste sono le valutazioni, evidentemente la nostra posizione non può essere che quella di astensione.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Seppi. Ne ha facoltà.

SEPPI: Gli intendimenti di questa legge sono talmente sociali, obiettivamente, che avremmo potuto farli dai banchi della destra, come da quelli della sinistra, come da quelli del centro. Andare a cercare di dare una mano ed un sostegno a coloro che si trovano in mobilità durante il periodo in cui maturano i requisiti per la pensione, prorogare queste misure fino alla fine di quest'anno, mi sembrava un atto più che dovuto.

Allora ritengo che in questa legge ci siano solamente da sottolineare alcuni passaggi in cui la Giunta, come ha detto la collega che mi ha preceduto, ha dimostrato un attimo di disattenzione? Un attimo di poca cura nei riguardi dei capitoli di spesa e nel centrare l'obiettivo immediatamente? Sicuramente sì. Certo è che la Regione è considerata ovviamente, anche da parte di chi la gestisce come Giunta, un ripiego, un surrogato di quello che avrebbe dovuto essere se le battaglie che ci sono state, di cui il consigliere Morandini e qualcuno in quest'aula ci è testimone, avesse portato alla legge delle non deleghe e quindi avessimo ancora il potere che avevamo quando esisteva la Regione.

Oggi la Regione non esiste più, esiste l'assessore Stocker che fa una legge che va incontro a questi lavoratori che hanno questo tipo di necessità. Possiamo essere contrari, possiamo solamente stigmatizzare il fatto, senza stare a raccontarci le storie dell'orso che non servono, che obiettivamente poteva esserci un'attenzione maggiore, da parte della Giunta, nel leggere meglio determinati emendamenti che magari, ritengo, non sia nemmeno colpa dell'assessore, perché se io scrivessi una legge lascerei al mio funzionario la necessità di verificare su quali capitoli di spesa togliere, con tre legislature questo penso di averlo interpretato, dopo di che se il funzionario sbaglia, la signorilità di chiunque, collega Stocker per prima, non è sicuramente quella di dare la colpa ai funzionari, ma di prendere atto di questa responsabilità direttamente. Tutto lì il discorso.

Forse all'assessora Stocker, in questo caso, va anche addebitata un'altra segnalazione, andare a vendere la pelle dell'orso prima ancora di avere sparato, come ha fatto lei, che ha già venduto questo tipo di passaggio in diverse conferenze, in incontri con i sindacati, con gli operai, lei l'ha già fatto dandolo per scontato. Ebbene, qua c'è un'Assemblea e sono convinto che lei avendo la maggioranza era certa che passasse, però penso che anche dare a questa Assemblea la credibilità che fino a quando non passa una legge non esiste, sarebbe un attimino più consono a quelli che sono i compiti istituzionali, ma a quello che è il rispetto che questa istituzione merita.

Ciò detto, era ovvio che passasse, perché non si può obiettivamente votare contro, neanche volendo, neanche arrampicandosi sugli specchi come sa fare la collega Klotz, se vuole arrampicarsi sugli specchi la collega Klotz ci riesce, ma qui come si fa a votare contro? Siamo in dichiarazione di voto e mi astengo proprio per stigmatizzare questo tipo di passaggio suo, che non è colpa sua, è colpa dei funzionari, insomma qualcuno la colpa se la deve prendere, sarebbe stato bello se questo disguido non fosse accaduto.

Voglio rivolgere l'attenzione ai colleghi che hanno detto che in quest'aula non si è mosso niente se non si muovevano loro, questo è vero, però bisogna anche muoversi quando serve. Io mi muovo quando c'è la necessità di muovermi, non mi muovo quando obiettivamente ritengo che non serve farlo, dopo di che ognuno interpreta a modo suo il suo compito ed interpreta a modo suo le cose, magari quando io intendo che non ci si debba muovere, qualcun altro intende di doverlo fare, per carità di Dio. Però come qualcuno è libero di fare determinate azioni dai banchi dell'opposizione, qualcuno è anche libero di non farle. Questo non significa assolutamente che non sia più dell'opposizione e sia passato alla maggioranza, significa solamente che in un passaggio di questo tipo non ha ritenuto doveroso prendere delle posizioni contrarie, perché trovare contrarietà ad un documento di questo tipo risulterebbe difficile anche al più grande dialettico dell'antica Grecia o al più grande demagogo dell'antica Roma. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Civettini. Ne ha facoltà.

CIVETTINI: Grazie, Presidente. Ringrazio anche il collega che mi ha preceduto, perché ci dà l'opportunità di chiarire alcuni passaggi. In nessuno c'era contrarietà in quest'aula, allora se una Giunta regionale, che comunque ha la sua indennità per essere tale, visto che è stata rifiutata la disponibilità gratuita del consigliere Casna di essere assessore, allora non vado a dare la colpa ai funzionari, perché i funzionari fanno quello che dicono gli assessori, cari colleghi!

In nessuno c'è la contrarietà a misure di provvidenza di questo genere, anzi auspichiamo che questo diventi laboratorio da esportare e perciò siamo fieri di far parte di questa Assemblea e va sottolineato in modo chiaro e senza che rimangano ombre di nessun tipo e di nessun genere.

Il momento in cui si arriva in quest'aula e si discute, in un silenzio assordante, a parte la nostra parte politica e qualcun altro, compreso anche il collega Firmani che ha fatto la sua precisazione, naturalmente facendo demagogicamente riferimento a governi romani, invece di parlare dei casini che abbiamo noi, casini in termini politici, allora a fronte di questa situazione per

fortuna ci siamo posti gli interrogativi, senza mai, sfido chiunque a dimostrare o a sottolineare, una enunciazione di ordine negativo nei confronti dell'obiettivo.

Il chiedere, cari colleghi, dove c'è la copertura e senza raccontarci – collega Dorigatti lo sa che ho una simpatia particolare nei suoi confronti – che saneremo poi la finanziaria, perché questo non è un modo di lavorare, perché le leggi si fanno in modo concreto, serio e con una copertura che sia poi credibile. Perché si può vendere tutto, si può vendere anche il giochino delle tre carte e la moltiplicazione dei pani e dei pesci, c'era Gesù che l'ha fatto e noi lo abbiamo qua, ci avete messo nel posto giusto, siamo protetti e lo ringrazio ogni momento e chiedo scusa per ogni mio errore, però la moltiplicazione dei pani e dei pesci ancora non vi è stata delegata.

Allora, parlando di lavoratori, parlando di disagi, fino a quando non abbiamo la certezza che si parla effettivamente di lavoratori e di disagi, non si parla di grande industria, di sovvenzionamenti, come finora in provincia di Trento sono stati fatti, allora siamo sicuramente nella condivisione degli obiettivi. Allora da parte nostra nessuna ripresa contro l'obiettivo, sicuramente la metodologia va corretta.

Invece se il metodo per lavorare è quello del tacito consenso e assenso che tutta questa maggioranza e gran parte anche di altri colleghi ha scelto di interpretare in quest'aula, ne prendiamo atto e prendiamo atto di come è importante il lavoro della Lega Nord/Südtirol all'interno di quest'aula, perché se non ci fossimo qualcuno ci dovrebbe inventare. Di questo ne siamo fieri, perché nella capacità di enucleare le problematiche riusciamo anche a far correggere situazioni che la maggioranza né in Commissione, né all'interno di quest'aula ha saputo correggere.

Allora se è vero, come è vero, che le correzioni sono di ordine tecnico, è altrettanto vero che sono correzioni che vanno fatte. Mi permetto di dire di non accusare sempre i dipendenti, i funzionari, mi permetto di ringraziarli per la disponibilità che mettono in campo tranquillamente. Poi è chiaro che chi ha l'onere della politica deve prendersi oneri e onori e prendersi carico di eventuali errori, peraltro mi sono anche permesso di ringraziare l'assessora, perché nell'errore tecnico, come l'ha definito, si è assunta subito la responsabilità senza accusare nessuno. Ripeto, ringrazio tutti i funzionari che collaborano nella elaborazione e composizione delle leggi. Grazie.

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il consigliere Seppi. Prego.

SEPPI: Volevo solamente dire che quando prima ho fatto riferimento a funzionari che avrebbero sbagliato, queste osservazioni non sono riferibili ai funzionari della Regione, perché non centrano nulla, ma eventualmente a quelli della Provincia di Trento. Questo andava specificato, ad onor del vero.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Pichler-Rolle. Ne ha facoltà.

PICHLER-ROLLE: Sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben in dieser Debatte nicht aktiv eingegriffen und zwar nicht deshalb, weil wir nichts zu sagen hätten, sondern weil es schwer fällt – angesichts einer Maßnahme, die sich als erfolgreich erwiesen hat und die nun aufgrund der Rahmenbedingungen verlängert hat – hier noch einmal viele Worte zu verwenden. Es ist so, dass wir

im Trentino und in Südtirol Menschen helfen, die sich in der Lohnausgleichskasse befinden oder die auf die Auszahlung der Rente warten und die keine Unterstützungsmaßnahmen haben und deshalb eine Zeit zu überbrücken haben, die ungemein schwierig ist. Ich denke hier gebührt diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die von solchen Schicksalen betroffen sind, sicherlich die Unterstützung. Wir sind eine Region, wir sind Länder, die dies machen können und deshalb ist es auch richtig, dass diese Maßnahme getroffen wird und dass sie dementsprechend auch verlängert wird. Im Übrigen ist auch von der Vorgangsweise – und ich habe die ganze Debatte sehr aufmerksam mitverfolgt -, mir nichts unkorrekt vorgekommen, weder die Art und Weise wie sich hier die Generaldebatte und die Artikeldebatte abgespielt haben, aber auch was den Haushalt insgesamt und die Gesetzgebung anbelangt kann ich nicht erkennen, dass irgendwo irgendetwas gemacht worden wäre, was nicht klar ist. Wenn hier die Behauptung aufgestellt wird, man geht leichtfertig mit den öffentlichen Geldmitteln um oder man betreibt sozusagen eine fröhliche Gebarung, dann sollte man entweder Ross und Reiter nennen und soll die Einzelfälle eventuell ansprechen. Anderenfalls ist es wiederum jenen gegenüber ungerecht, für die dieses Gesetz gemacht und nun verlängert wird. Wir sind besser als andere durch die Krise gekommen, aber wir spüren diese Krise auch und deshalb ist es richtig, dass die Regierung – und dafür sind wir der Assessorin Stocker dankbar – hier diese Maßnahme gesetzt hat und damit aktuell auch auf geänderte Rahmenbedingungen des Staates reagiert hat.

Es ist richtig und korrekt und deshalb stimmen wir mit Überzeugung für dieses Gesetz.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Dominici. Ne ha facoltà.

DOMINICI: Sto toc de leze la podernes ancia nar ben parché la podernes aidar en puec de zent che la sarnes bona de vadagnarse en toc de pension se fudesen pu drit.

Ma la leze la giarnes da eser metuda a dun en puec miei. Spezialment gi vuel che i gi digia ala zent cilci i già drito e endoche i puel nar parché i fagia le ciarte, che no i sebia tueti enziro e no i giabia semper da zontargi o da no zapar engot...

(Questo disegno di legge potrebbe anche andare bene, perché potrebbe aiutare un po' di gente che sarebbe in grado di guadagnarsi un pezzo di pensione se fossimo più dritti.

Ma la legge dovrebbe essere elaborata un po' meglio. Specialmente si vuole che si dica alla gente che cosa ha diritto e dove può andare per sbrigare le pratiche, per evitare che siano tutti in giro e non abbiano sempre da rimetterci o da non ricevere niente...)

(interruzione)

PRESIDENTE: ...invito la consigliera Dominici a parlare in italiano o in tedesco, altrimenti sono costretto a far spegnere il microfono!

DOMINICI: ...Ancia mi velernes che gi digia a arcanti chelche gi da emplenir enveze che star io semper a rantagnarla.

E pue di propri predicar enziro endoche se puel, senza par chesto che i crezia che el sebia pitociar la ciarità...

(...Anch'io vorrei che si dicesse ad alcuni quello che devono fare, piuttosto che star lì sempre a raccontarla.

E posso proprio predicare in giro dove si può, senza per questo che si creda che sia chiedere la carità...)

(interruzione)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Filippin. Ne ha facoltà.

FILIPPIN: Sì, un breve intervento, anche per giustificare ulteriormente il nostro voto di astensione. Questa è una legge sicuramente dovuta e quindi la Giunta non ha fatto altro che il proprio dovere, viste le nostre disponibilità finanziarie, è chiaro che andare in aiuto a quanti oggi, attraverso la cosiddetta finestra mobile, non riescono a percepire un reddito mensile per ben otto mesi, sembra il minimo di quello che si possa fare. Tutto questo però crea una sorta di discriminazione, rispetto ad altre realtà italiane, dove disponibilità finanziarie per far fronte a queste emergenze non ce ne sono.

Quindi tutto questo deriva da una storia antica, deriva anche da accordi che, via, via nel tempo si sono comunque consolidati, non ultimo l'Accordo di Milano. Qui vorrei ricordare che, ancora di più, se noi riusciamo in questa terra, più felice di altre terre, ad attivare leggi che aiutano le famiglie in difficoltà, coloro che sono stati messi in cassa integrazione o coloro che comunque, avendo raggiunto l'età pensionabile, non riescono ad avere la pensione per un periodo limitato sì, ma importante e necessario per sopravvivere, questo deriva da quel famoso Accordo di Milano che recentemente mi sembra sia contestato.

Ribadisco e voglio fare questa brevissima affermazione che spesso faccio, anche in relazione alle recenti polemiche su ulteriori tagli che il Governo chiede a questa terra, che non potrà mai esistere una regione ricca in una Italia povera, non ci sono fortini, questo è un po' quello che spesso tratteggio come aspetto importante.

Quindi se è necessario difendere le nostre prerogative autonomistiche e le nostre competenze finanziarie, fin dove è possibile, dall'altro lato è necessario comprendere che la partecipazione al risanamento del Paese è un fatto dovuto e quindi porre una barriera improvvisa dicendo: "abbiamo già dato", non sembra un aspetto degno di chi fa politica in itinere.

Ricordo alcune affermazioni di un grande politico italiano, che si chiamava Spadolini, che diceva che la politica è l'arte del possibile. Se la politica è l'arte del possibile, la mediazione è naturalmente l'arte ottimale della politica. Allora invece di intervenire sulla stampa dicendo: "noi non vi diamo 300 milioni di euro, perché abbiamo già dato", è necessario sedersi al tavolo del confronto e ragionare su un aspetto molto importante che noi, nonostante i nostri patti storici, non ultimo quello di Degasperi-Gruber, la nostra autonomia speciale, facciamo sempre parte di uno Stato nazionale che si chiama Italia.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliere Dominici. Ne ha facoltà.

DOMINICI: Per fatto personale, perché il mio intervento l'ho già fatto. Mi dicono i colleghi che lei Presidente mi esortava a parlare in italiano o in tedesco. Com'è che ci sono due ladini lì? La terza lingua della Regione è il ladino, perciò la prossima volta dovete provvedere alla traduzione e non vedo perché debba essere stigmatizzata, perché parlo il ladino, già che le lingue ladine sono alcune: il badioto, il gardenese, il Fassano, il noneso, il solandro, come tutte le carte etnografiche dell'Impero asburgico dal 1600 dimostrano.

Quindi lei Presidente non mi può richiamare, né esortare se decido di parlare in ladino! Provvedete alla traduzione come per il tedesco e per l'italiano!

Dove sono i due ladini allora? Perché li avete lì se non si può parlare il ladino in aula?

PRESIDENTE: Daremo una risposta più ufficiale, comunque non è prevista in aula la lingua ladina, è prevista la lingua italiana e la lingua tedesca.

Non ci sono altri interventi, pertanto pongo in votazione finale il disegno di legge n. 35.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	59
Jastimmen:	37
Neinstimmen:	19
Ungültige Stimmzettel:	3

Das Gesetz ist damit genehmigt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 2.
...bitte, Abg. Leitner.

LEITNER: Angesichts der Tatsache, dass eine Wahl geheim ist, kann ich natürlich nicht wissen, wie die einzelnen abgestimmt haben, aber dass keine einzige weiße Stimme dabei ist, kann nicht sein.

PRÄSIDENTIN: Es haben 3 Präsidialsekretäre gezählt. Es hat 37 Jastimmen gegeben, 19 Neinstimmen... Entschuldigung: Es waren 37 Jastimmen, 19 weiße Stimmzettel und 3 ungültige Stimmzettel.

Damit ist der Gesetzentwurf genehmigt. Im Eifer des Gefechtes kann das beim Aufschreiben einmal passieren. Danke dem Abg. Leitner, dass er sehr aufmerksam war und so haben wir es gleich korrigiert.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 2...
...bitte Abg. Penasa.

PENASA: Sull'ordine dei lavori, Presidente. Come avevo anticipato stamattina nella riunione dei Capigruppo, chiedo dieci minuti di sospensione per una

riunione con i colleghi consiglieri di opposizione. Poi le chiedo di anticiparmi a che articolo del Regolamento faremo riferimento per la trattazione del punto n. 2 dell'ordine del giorno, tanto per non sbagliarci.

PRÄSIDENTIN: Articolo 94 fino a 96.

PENASA: Va bene, grazie. È accordata la sospensione?

PRÄSIDENTIN: ...10 Minuten. Die Abg. Penasa hatte bereits in der Fraktionssprechersitzung das beantragt.

Wir nehmen die Sitzung um 16.50 Uhr wieder auf.

(ore 16.40)

(ore 16.54)

PRÄSIDENTIN: Ich eröffne wieder die Sitzung. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Nr. 2. Es handelt sich um die **Anfrage Nr. 85 mit der Bitte um mündlicher Beantwortung, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Savoï, Seppi, Klotz, Tinkhauser, Sembenotti, Borga, Civettini, Artioli, Egger, Stocker Sigmar, Filippin, Paternoster, Knoll, Urzì, Mair, Viola, Delladio, Casna, Pöder, Morandini, Giovanazzi, Leonardi, Eccher und Vezzali, um zu erfahren, welche Kriterien der Regionalausschuss den verschiedenen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu erteilen gedenkt, auf dass der im Art. 11 quater des Gesetzes Nr. 28 vom 22. Februar 2000 festgeschriebene Pluralismus gewahrt und umgesetzt werde.**

Abg. Penasa, ich gebe Ihnen das Wort für die Verlesung.

PENASA: Grazie, Presidente. In premessa voglio ringraziare tutti i colleghi di opposizione che hanno sottoscritto all'unanimità questa interrogazione a risposta orale. Quindi vi ringrazio e questo dà conto dell'importanza dell'interrogazione che andiamo a sottoporre al Consiglio.

INTERROGAZIONE A RISPOSTA ORALE N. 85/XIV

(ai sensi dell'art. 96 del Regolamento interno)

**Garanzia di pluralismo e imparzialità
nell'informazione pagata dalla Regione.**

L'art 11 quater della legge n. 28/2000, a garanzia del pluralismo e dell'imparzialità dell'informazione, quali fattori indispensabili di bilanciamento dei diritti della maggioranza e dell'opposizione, prevede che le emittenti radiofoniche e televisive locali rispettino i principi di parità di trattamento, obiettività, imparzialità e equità nella trasmissione sia di programmi di informazione che di quelli di comunicazione politica. Anche la giurisprudenza costituzionale ha più volte richiamato il vincolo, imposto dalla Costituzione al legislatore, di assicurare il pluralismo delle voci, espressione della libera manifestazione del pensiero e di garantire, in tal modo, il fondamentale diritto del cittadino all'informazione oggettiva ed equilibrata garantito dall'art. 21 della

Costituzione. In tale ottica, il pluralismo equivale all'attribuzione ai partiti politici rappresentati nelle assemblee di un diritto di accesso all'informazione radiofonica e televisiva, dovendo i giornalisti e gli editori dare notizia sulle attività di ciascun partito politico a prescindere sia dall'identità politica o culturale di ciascuna redazione e di ogni giornalista, sia dall'interesse pubblico di ogni notizia. L'ordinamento garantisce dunque la parità di accesso al mezzo radiofonico e televisivo, oltre che negli spazi di accesso riservati ai partiti nell'ambito della comunicazione politica, anche nell'ambito dell'informazione politica, come ritenuto costantemente dall'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni. Viste le delibera della Giunta regionale n. 48 del 15 marzo 2011 e n.49 del 15 marzo 2011

si interroga
il Presidente della Regione
per conoscere:

1) quali siano i criteri che la Giunta regionale intende impartire alle diverse emittenti radiofoniche e televisive per garantire il rispetto e la tutela del pluralismo così come previsto dal rispetto dell'art. 11 quater della legge 22 febbraio 2000, n. 28.

PRÄSIDENTIN: Danke, Abg. Penasa. Möchten Sie die Anfrage erläutern?
Bitte, Sie haben das Wort.

PENASA: Credo che l'interrogazione sia abbastanza semplice da comprendere. Si ispira alla legge 22 febbraio 2000, n. 28, che dispone per la parità di accesso ai mezzi di informazione durante le campagne elettorali e referendarie e per la comunicazione politica, quindi sia in un momento elettorale, ma nella comunicazione politica in generale.

Ebbene, noi abbiamo dei dati, che magari in sede di replica mi riserverò di illustrare, dai quali si evidenzia assolutamente il fatto che a livello regionale non vi è alcuna equità in quella che è la disponibilità di comunicazione politica, per quanto riguarda le diverse forze politiche rappresentate all'interno di questo Consiglio, ma di fatto si possa registrare una sostanziale presenza, sia sugli organi televisivi che sugli organi radiofonici di pochissimi partiti, alcuni dei quali neppure presenti per quanto riguarda la composizione politica di questo Consiglio regionale.

Allora ci siamo interrogati, perché se è vero, come è vero, che il cittadino debba e possa disporre di una comunicazione oggettiva, cioè di una comunicazione che non è filtrata dai mezzi di informazione che hanno un consiglio di amministrazione, hanno un bilancio, hanno una proprietà e quindi è logico che possano essere influenzati da situazioni che sono al di fuori del solo ambito politico. Ma noi sappiamo che c'è anche un servizio pubblico che entra in gioco sulla comunicazione, un ruolo estremamente importante quindi sicuramente questo aspetto non può essere sottovalutato.

Evidenzio il fatto che la Provincia di Trento dispone di almeno due elementi molto importanti di garanzia di pluralismo nella comunicazione, il primo è quello della diretta televisiva delle sedute di Consiglio ed è una situazione assolutamente importante che dà conto di una trasparenza effettiva ed oggettiva in quella che è la discussione politica; il secondo è il giornale del Consiglio provinciale, un giornale che riporta atti politici, interrogazioni, mozioni

discussioni, interventi in maniera assolutamente neutrale ed oggettiva, riportando effettivamente.

Pertanto questi sono due aspetti sostanziali di democrazia e questi due aspetti sostanziali in Consiglio regionale non ci sono, ad esempio, e quindi è chiaro che la discussione di oggi, molto importante, sul disegno di legge n. 35 sarà poi veicolata tramite la comunicazione con un filtro, al quale parteciperà solamente quella parte che ha funzione di governo e quindi non ci sarà sull'esterno alcuna visibilità di quelle che sono le prese di posizione, le diverse connotazioni, i rilievi o le sottolineature che ogni gruppo politico intende fare, per quanto riguarda provvedimenti di legge o anche altri atti politici.

Ringrazio tutti i colleghi che, al di là delle diverse appartenenze politiche come identificazione di partito politico, ma anche per i diversi ambiti linguistici, hanno condiviso questa preoccupazione, evidentemente hanno anche condiviso la necessità di trovare una soluzione, perché questo è un Consiglio regionale che noi riteniamo sia importante finché c'è, si occupa di materie come quella che siamo andati ad esaminare con la legge precedente, assolutamente di rilievo, dispone l'utilizzo di una spesa pubblica sicuramente non di entità tale come quella che viene amministrata dalle due Province, ma sicuramente rilevante, in ogni caso che ha un impatto pubblico che necessita della trasparenza e dell'attenzione che l'amministrazione di queste risorse impone. Quindi riteniamo che dobbiamo davvero cominciare ad esaminare questo aspetto anche in questo Consiglio regionale e fare quanto nelle nostre disponibilità, affinché vengano riposte quelle condizioni di equità di accesso e di trasparenza in quelle che sono le attività anche di questo Consiglio.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich gebe nun das Wort an den Präsidenten Dellai.

DELLAI: Grazie. Signor Presidente, colleghe e colleghi, la legge n. 28 del 22 febbraio 2000, citata nell'interrogazione, riguarda le disposizioni per la parità di accesso ai mezzi di informazione durante le campagne elettorali e per la comunicazione politica.

Nel citato articolo 11 quater si introducono una serie di disposizioni, alle quali le emittenti radiofoniche televisive e locali devono attenersi, per garantire il pluralismo attraverso la parità di trattamento, l'obiettività, l'imparzialità e l'equità nelle trasmissioni di informazione e nei programmi di comunicazione politica.

Esistono a livello provinciale, come noto, i comitati per le comunicazioni previsti dall'autorità per le garanzie nelle comunicazioni, che assolvono a questa funzione di garanzia nel sistema comunicativo locale, con l'obiettivo di assicurare il massimo di pluralismo e di favorire la crescita produttiva, imprenditoriale e culturale delle emittenti dislocate sui rispettivi territori.

La Giunta regionale, con tutta evidenza, non ha quindi nessuna competenza per impartire criteri di sorta alle diverse emittenti a tutela del pluralismo.

Per quanto riguarda le delibere n. 48, n. 49 del 15 marzo scorso, citate nella interrogazione, approvate dalla Giunta regionale, desidero ricordare che si tratta della produzione e della messa in onda di trasmissioni radiotelevisive bilingui "Regione oggi", trasmissioni che vengono curate dall'ufficio stampa della Regione, si tratta di trasmissioni di comunicazione

istituzionale, normalmente della durata di cinque minuti, per il 2011 ne sono state previste 10, con le quali trasmissioni si intende informare la popolazione sull'attività della Regione o su temi di particolare interesse regionale.

Per lo più l'esperienza dice che – basta consultare il sito internet della Regione per poter prendere visione di tutte le trasmissioni – queste trasmissioni si occupano delle competenze regionali nei vari settori della previdenza complementare, delle assicurazioni sociali, dei giudici di pace, della giustizia, delle minoranze linguistiche.

Si tratta dunque di un'iniziativa che rientra nella normale comunicazione istituzionale che tutte le regioni e le Province autonome mettono in essere per informare i cittadini sulle attività dell'ente che i rispettivi governi hanno il compito di amministrare. Ovviamente queste attività vengono sospese, come previsto dalla normativa sopracitata, nei periodi di campagna elettorale.

Detto questo, se il problema posto dai consiglieri interroganti è invece diverso da quello della comunicazione istituzionale dunque, se il problema fosse quello di garantire spazi di informazione sulle emittenti locali ai partiti politici, rappresentati nelle assemblee elettive, noi riteniamo che in questo caso la questione va eventualmente posta a giudizio della Giunta regionale, agli Uffici di Presidenza del Consiglio regionale o dei Consigli provinciali, sedi ove, se ritenuto opportuno, si potranno individuare risorse e strumenti finalizzati ad attivare ulteriori canali di informazione politica, diversi naturalmente da quelli istituzionali della comunicazione dell'ente.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Penasa, Sie haben das Wort für die Replik.

PENASA: Grazie, Presidente. Vorrei richiamare appunto le delibere che sono state impegnate dalla Giunta regionale, una per 68.652,00 euro e l'altra per 17.880,00 euro. Lei Presidente, devo dire per alcuni aspetti correttamente, parla di una comunicazione di tipo istituzionale, ma è chiaro che anche la comunicazione di tipo istituzionale è effettuata da soggetti politici, con diversa appartenenza politica.

Per quanto ci riguarda, dalla ricerca che abbiamo potuto condurre fin qui, non risulta che questa legge distingua in comunicazione di tipo istituzionale ed in comunicazione di tipo politico, ma di comunicazione di tipo politico esclusivamente. Tant'è che i rilievi che sono stati fatti, in uno dei mesi scorsi, danno conto della divisione dei vari tempi, ad esempio il tempo di antenna, il tempo di parola, il tempo di notizia, che sono questi i tempi che per legge devono essere rilevati, danno conto che noi abbiamo un'esposizione molto importante, la prima per quanto riguarda il Partito Democratico, abbiamo una rilevante esposizione del partito della SVP, seguono a distanza notevole il Popolo della Libertà, Alleanza per l'Italia, Lega Nord, PATT, Unione per il Trentino, Futuro e Libertà, Federazione dei Verdi, Movimento Cinque Stelle, Unione di Centro, Partito Socialista, Italia dei Valori, Rifondazione Comunista, Federazione della Sinistra, Freiheitlichen che sono un fanalino di coda, nonostante qui siano rappresentati da un numero notevole di cinque consiglieri e poi Partiti dei Comunisti italiani ed a seguire gli altri. Ad esempio non trovo il partito il cui capogruppo è la consigliera Klotz, non trovo comunque altri partiti che sono qui rappresentati, ad esempio il collega Pöder.

Questo non è ammissibile, qualche cosa che non va c'è in questa situazione di comunicazione, perché a livello nazionale una situazione come questa ha portato a delle situazioni di denuncia piuttosto rilevanti.

Quindi prendo parzialmente in maniera positiva la sua risposta, quando lei dice: dovete rivolgere la vostra attenzione non tanto alla Giunta regionale che in una fase attuativa impegna dei fondi puntuali su tutta una serie di radio, televisioni e quant'altro, ma dovete rivolgervi all'Ufficio di Presidenza.

Allora credo che noi adesso attiveremo il Co.Re.Com (Comitato Regionale per le Comunicazioni), che da quest'anno è investito di quelle competenze che prima erano sul livello nazionale, sono state spostate sui livelli regionali, per chiedere un monitoraggio attento della situazione e nel frattempo interesseremo l'Ufficio di Presidenza per effettuare queste puntuali richieste, perché noi riteniamo che la situazione sia fortemente squilibrata, assolutamente non coerente con quelle che sono le forze politiche e le attività delle forze politiche che qui dentro sono rappresentate e quindi per tutto il 2011, fino a quando non risolveremo questa situazione, noi porteremo ancora all'attenzione di quest'aula questi argomenti, perché riteniamo siano assolutamente vitali per garantire informazione corretta ai nostri cittadini, affinché la democrazia si sviluppi con condizioni di trasparenza, perché sono estremamente importanti.

Mi ritengo, signor Presidente, parzialmente soddisfatta della sua risposta, in quanto lei comunque ha ammesso il fatto della competenza e del giusto rilievo che noi abbiamo attivato sulla legge che ho citato, ritiene che la Giunta non sia effettivamente l'organo più competente per quanto riguarda l'istanza, perché questa essendo una fase attuativa noi dovremo andare ad incidere molto facilmente sulla fascia precedente che è la programmazione di bilancio e così chiaramente faremo.

Quindi dichiarando una parziale soddisfazione per quanto riguarda l'interrogazione, annuncio che ci saranno degli ulteriori sviluppi su questo argomento.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt. Als Tagesordnungspunkt Nr. 3 behandeln wir den vorgezogenen Punkt Nr. 18: **Gesetzentwurf Nr. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani).**

Ich gebe dem Abg. Magnani das Wort für die Verlesung des Berichtes.

MAGNANI: Grazie, Presidente.

RELAZIONE

Premesso che:

- In data successiva all'adozione della L.R. 1 del 2000, la normativa sulle procedure concorsuali ha subito una profonda revisione con l'obiettivo primario di favorire il recupero delle aziende in difficoltà e, specificamente, la procedura di concordato preventivo è radicalmente

mutata, tanto che non esiste più il precedente concordato e le nuove forme di procedura ammettono anche il concordato in “continuità aziendale”;

- Si constata il perdurare della grave crisi economica che produce ancora profondi effetti sul contesto aziendale e costringe sempre più spesso le Società a ricorrere al concordato preventivo nel tentativo di assicurare la conservazione dei complessi produttivi e di tutelare per quanto possibile l'interesse dei dipendenti e dei creditori;
- In questo contesto gli organi di controllo delle Società di Capitali (Collegio Sindacale), composti da professionisti qualificati, sono sempre più spesso chiamati, nell'ambito dei propri doveri professionali, a sollecitare l'imprenditore a chiedere le procedure suddette, ed in particolare, ove possibile, il concordato preventivo ex art. 160 L.F., oppure il fallimento o la liquidazione coatta amministrativa negli altri casi, nella tutela del pubblico interesse;
- Con riferimento alla normativa nazionale, peraltro analoga alla Legge Regionale, il TAR del Lazio si è pronunciato circa i requisiti di onorabilità degli esponenti bancari, con sentenza del 28 agosto 2001, ed ha ritenuto fondate *le censure di violazione di legge e di eccesso di potere per illogicità ed ingiustizia manifeste rivolte contro la citata disposizione in quanto assume quali “situazioni impeditive” per l'assunzione delle predette cariche il coinvolgimento degli interessati in crisi aziendali senza verifica in concreto dell'attribuibilità dei fatti che le hanno determinate a comportamenti censurabili degli interessati. Ad avviso del Collegio, infatti, “le previste incisioni, ancorché temporanee, sull'esercizio dell'attività professionale dei soggetti interessati nonché sull'autonomia dell'impresa bancaria in ordine alla scelta dei propri amministratori, sindaci, ecc.” non possono “prescindere dall'accertamento dell'esistenza di effettive carenze degli operatori”.*

Tale situazione suggerisce di rivedere la Normativa Regionale in materia di requisiti per ricoprire le cariche di amministratore, direttore generale e sindaco in banche di Credito Cooperativo, previsti dall'art. 7, comma 1, lett. a) della L.R. 1/2000, nel modo di seguito proposto.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich gebe jetzt das Wort dem Präsidenten der 2. Gesetzgebungskommission, Abg. Firmani, für die Verlesung des Kommissionsberichtes.

FIRMANI:

R e l a z i o n e

La II Commissione legislativa ha esaminato nelle sedute del 15 marzo, 13 aprile e 10 maggio 2011 il disegno di legge n. 31 dal titolo: ‘Modifica della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 “Attuazione della direttiva 89/646 di data 15 dicembre 1989 del Consiglio delle Comunità Europee relativa al coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative riguardanti l'accesso all'attività degli enti creditizi e il suo esercizio e recante modifica della direttiva 77/780/CEE del 12 dicembre 1977” (presentato dal Consigliere regionale Magnani).

Letta la relazione accompagnatoria, il proponente consigliere Magnani illustra il provvedimento e spiega che esso è volto a favorire il recepimento della direttiva comunitaria n. 89/646 del 15 dicembre 1989 riguardante l'accesso all'attività degli enti creditizi e il suo esercizio, che in chiave locale riguarda soprattutto le Casse rurali.

Il consigliere spiega che il provvedimento vuole adeguare la norma in seguito agli importanti cambiamenti della normativa concorsuale, per favorire il recupero delle aziende in difficoltà, sempre più numerose a causa della crisi economica.

Il consigliere Magnani aggiunge di ritenere importante che siano i C.d.A. delle casse rurali o delle cooperative a decidere se i professionisti che hanno preso parte ad una procedura di concordato preventivo possano fare parte di un loro collegio.

L'assessora regionale Cogo, in sostituzione del Presidente della Regione Durnwalder, ricorda che lo Stato non ha recepito la direttiva citata e riferisce che, data la complessità del tema, è necessario chiarire gli aspetti legali attraverso anche un'audizione con degli esperti.

Secondo il consigliere Egger prima di convocare un'audizione è necessario verificare la reale competenza della Regione in materia.

Il consigliere Pichler-Rolle prende atto che lo Stato non ha recepito la direttiva richiamata e ricorda che la Regione, essendo autonoma, ha un ampio spazio di movimento.

Il consigliere Pichler-Rolle conclude affermando di appoggiare la proposta di un'audizione, poiché essa può aiutare i commissari nella comprensione della materia.

Rivolgendosi al consigliere Egger, l'assessora Cogo assicura sulla competenza della Regione, ed aggiunge che è necessario attenersi ai principi generali della legislazione dello Stato, fra i quali quello delicato dell'onorabilità.

Sull'opportunità di procedere nella direzione prevista dal disegno di legge, l'assessora Cogo invita a riflettere sulla stagione delicata della cooperazione trentina, per la quale abbassando i livelli di guardia, cioè rendendo più semplici alcune norme, "forse non è stato fatto un buon servizio".

Il Presidente Firmani afferma di essere a conoscenza che nel mondo della cooperazione trentina i sistemi di controllo interno sono superiori e più approfonditi di quelli esterni, solo che poi gli organi di controllo non hanno potere effettivo.

Il consigliere Magnani concorda sull'opportunità di organizzare un'audizione per approfondire il tema ascoltando le parti e ricorda che la norma vigente a suo avviso è contraddittoria, poiché per la fattispecie prevede un allontanamento di due anni dei professionisti coinvolti.

Il consigliere Borga fa notare che, al di là degli aspetti legislativi, il problema della cooperazione trentina è rappresentato dall'intreccio fra politica e mondo della cooperazione, a causa del quale non viene esercitato il controllo dovuto e il prezzo di questo viene fatto pagare ai cittadini.

Sull'argomento si è svolta un'audizione in data 13 aprile 2011.

La Commissione nel corso della discussione approva 2 emendamenti, a firma del consigliere Magnani, che intendono risolvere le questioni emerse nell'audizione e fare giustizia rispetto alla sentenza del TAR citata nella relazione accompagnatoria del disegno di legge.

L'assessora Cogo annuncia il suo parere favorevole al disegno di legge.

Posto in votazione in base all'articolo 74 del Regolamento interno, il disegno di legge n. 31 è approvato con 4 voti favorevoli (consiglieri Firmani, Pichler-Rolle, Rudari e Zanon) e 4 astensioni (consiglieri Civettini, Eccher, Leonardi e Stocker).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENTIN: Danke! Im Sinne von Art. 74 der Geschäftsordnung mache ich aufmerksam, dass es sich hier um einen Gesetzentwurf mit einem einzigen Artikel handelt und deshalb die Generaldebatte und die Artikeldebatte zusammengefasst werden und eine einzige Schlussabstimmung stattfindet.

Ich verlese deshalb vor der Eröffnung der Generaldebatte den Art. 1:

Art. 1

(Änderung des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 14. Jänner 2000)

01. Im Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a) des Regionalgesetzes vom 14. Jänner 2000, Nr. 1 werden im Absatz 1 die Worte „bzw. einem Vergleichsverfahren“ gestrichen.

1. In Artikel 7 des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 14. Jänner 2000 werden nach dem 2. Absatz die nachstehenden Absätze eingefügt:

„2-bis. Der Verhinderungsgrund gemäß Absatz 1 Buchstabe a) liegt nicht vor, wenn der Verwaltungsrat auf der Grundlage von angemessenen Unterlagen und nach den Kriterien der Vernunft und Verhältnismäßigkeit feststellt, dass der Betroffene an den Handlungen, die zur Unternehmenskrise geführt haben, nicht beteiligt war. Im Rahmen dieser Überprüfung wird unter anderem auch berücksichtigt, ob in Bezug auf die Unternehmenskrise gegenüber dem Betroffenen keine Strafmaßnahmen im Sinne der Bestimmungen auf dem Bank- oder Finanzsektor, Verurteilungen mit auch vorläufig vollstreckbaren Urteilen zum Schadensersatz infolge einer Haftungsklage gemäß dem Zivilgesetzbuch oder Maßnahmen im Sinne des Artikels 2409 des Zivilgesetzbuches verhängt wurden.

2-ter. Sollten Situationen gemäß Absatz 1 eintreten, müssen die Betroffenen dies der Kreditanstalt, bei welcher sie Verwaltungs-, Leitungs- oder Kontrollfunktionen ausüben, unverzüglich mitteilen und zum Zwecke der Überprüfung gemäß Absatz 2-bis allenfalls mit entsprechenden Unterlagen die Nicht-Beteiligung an den Handlungen, die zur Unternehmenskrise geführt haben, beweisen. Der Verwaltungsrat trifft die entsprechende Entscheidung hinsichtlich des Vorhandenseins von Verhinderungsgründen innerhalb von 30 Tagen nach Vorlegung der Unterlagen vonseiten des Betroffenen.“

SEPPI:

Art. 1

(Modifica della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1)

01. Nel comma 1 lettera a) dell'articolo 7 della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 le parole “, a liquidazione coatta amministrativa o a concordato preventivo” sono sostituite dalle parole: “o a liquidazione coatta amministrativa”.

1. Dopo il comma 2 dell'articolo 7 della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 sono aggiunti i seguenti:

“2-bis. L'impedimento di cui al comma 1 lettera a) non opera nel caso in cui il consiglio di amministrazione valuti sulla base di adeguati elementi e secondo criteri di ragionevolezza e proporzionalità l'estraneità dell'interessato ai fatti che hanno determinato la crisi dell'impresa. Ai fini della valutazione si tiene conto, fra gli altri elementi, del fatto che, in relazione alla crisi dell'impresa, non sono stati adottati nei confronti dell'interessato provvedimenti sanzionatori ai sensi della normativa del settore bancario o finanziario, condanne con sentenze anche provvisoriamente esecutive al risarcimento dei danni in esito all'esercizio dell'azione di responsabilità ai sensi del codice civile, provvedimenti ai sensi dell'articolo 2409 del Codice Civile.

2-ter. Ricorrendo le situazioni di cui al comma 1, i soggetti interessati sono tenuti a darne comunicazione tempestivamente all'azienda di credito presso la quale svolgono funzioni di amministrazione, direzione o controllo, eventualmente evidenziando con idonei elementi, ai fini della valutazione di cui al comma 2-bis, la propria estraneità ai fatti che hanno determinato la crisi dell'impresa. Il consiglio d'amministrazione assume le relative determinazioni in ordine alla sussistenza delle situazioni impeditive entro trenta giorni dalla presentazione degli elementi da parte dell'interessato.”.

PRÄSIDENTIN: Ich eröffne die General- und Artikeldebatte. Abg. Borga, Sie haben das Wort.

BORGA: Grazie, Presidente. Chiedevo un chiarimento, perché in linea di principio, ne ho parlato anche con il primo firmatario ora, non siamo contrari al fatto che ci sia la possibilità di provare la propria estraneità di coloro che rivestono cariche di sindaci ad eventuali situazioni di dissesto delle imprese di cui erano sindaci. A me pare che la norma, così com'è formulata, abbia un'ampiezza maggiore di quelle che sono le volontà dello stesso proponente, abbia una portata più ampia sulla quale noi abbiamo qualche perplessità.

Infatti, vediamo che si vuole consentire in determinate situazioni – come dice la relazione – *gli organi di controllo delle Società di Capitali (Collegio Sindacale), composti da professionisti qualificati, sono sempre più spesso chiamati, nell'ambito dei propri doveri professionali, a sollecitare l'imprenditore a chiedere le procedure suddette, ed in particolare, ove possibile, il concordato preventivo ex art. 160 L.F., oppure il fallimento o la liquidazione coatta amministrativa negli altri casi, nella tutela del pubblico interesse.* Qua si vuole dare la possibilità di dimostrare che in realtà non vi è alcuna responsabilità nel compito professionale che hanno svolto precedentemente e questo va bene.

Ma una responsabilità può non sussistere quando loro hanno operato nel collegio sindacale, laddove è sempre un dovere sollecitare le procedure concorsuali fino al fallimento, nel momento in cui la situazione è di dissesto, anzi più aspetta il collegio sindacale a sollecitare l'imprenditore a fare questo, peggio è ed incorre anche in responsabilità di carattere civile e credo anche eventualmente penale.

Qua però con questa norma noi diamo la possibilità di giustificare il proprio operato non soltanto a coloro che hanno svolto funzioni di controllo in imprese sottoposte a fallimento o liquidazione coatta amministrativa, eccetera, ma anche a coloro che hanno svolto funzioni di amministrazione e direzione e cioè coloro i quali, in teoria, del dissesto finanziario dovrebbero essere responsabili.

È per questo che chiedo un chiarimento, siccome risulta dalla relazione che questo è limitato ai sindaci, nel senso di appartenenti al collegio sindacale, anche dal lato passivo credo che questa precisazione vada fatta. Per come leggo la norma, c'è scritto che chi ha svolto funzioni di amministrazione, direzione o controllo, in imprese che poi sono state sottoposte a fallimento, eccetera, è comunque ammesso ad offrire la dimostrazione che, pur avendo svolto funzioni di amministrazione e di direzione, non è responsabile della situazione di dissesto.

Se così è, e per quanto ci concerne riteniamo che la norma vada letta letteralmente, qualche perplessità l'abbiamo, perché le posizioni sono assolutamente diverse. Il sindaco ha il dovere di intervenire il più presto possibile per evitare situazioni di dissesto ed eventualmente di sollecitazione anche l'avvio di procedure concorsuali, chi svolge funzioni di amministrazione o di direzione in teoria dovrebbe essere responsabile del dissesto medesimo.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente. Brevemente, concordo pienamente sull'intervento del collega Borga, perché effettivamente se c'è un problema legato al collegio sindacale è un aspetto, gli amministratori che facevano parte del consiglio di amministrazione siamo in un altro grado di responsabilità e anche di possibilità, perché il collegio sindacale ha funzioni di controllo, evidentemente di ciò che è nella sua disponibilità di controllare, mentre invece l'amministratore amministra e quindi ha un raggio estremamente più ampio, pertanto anche una responsabilità sempre diretta estremamente più ampia.

Quindi credo che il chiarimento che ha chiesto il collega Borga sia un chiarimento importante, il disegno di legge è sicuramente condivisibile, ma nel momento in cui la sua azione è circoscritta alla funzione del collegio sindacale, perché altrimenti se lo estendiamo all'amministratore, la portata è tale per cui qualche precauzione maggiore va sicuramente adottata.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Pichler-Rolle, Sie haben das Wort.

PICHLER-ROLLE: Nur ganz kurz, um aus den Arbeiten des zuständigen Ausschusses zu berichten. Es hat ja eine Anhörung mit den Vertretern der Banca d'Italia und anderer Genossenschaftsbünde stattgefunden. Für mich waren aber vor allem die Stellungnahmen der beiden Direktoren der italienischen Staatsbank ausschlaggebend und beide haben – was den Text anbelangt – eigentlich eindeutig Position bezogen. Es sind Texte und Gesetzeslagen, die äußerst komplex und kompliziert sind. Es sind die entsprechenden Urteile betrachtet worden, die der TAR des Latium damals gefällt und getroffen hat. Es ist der Text diskutiert worden und aufgrund dieser Stellungnahmen hat der Ausschuss dann den Text eigentlich gutgeheißen.

Ich kann natürlich verstehen, wenn Kollege Borga nun diese Zweifel anmeldet. Ich kann nur sagen, dass wir uns bemüht haben, im Zuge der Arbeiten im zuständigen Ausschuss diesen Text so zu abstimmen, wie er an und für sich laut allen Aufsichtsbehörden – und die Banca d'Italia war für mich persönlich ausschlaggebend – eigentlich gemacht hätte werden sollen und daran haben wir uns gehalten. Ich kann nur sagen, dass beide Direktoren - sowohl der Direktor der Banca d'Italia von Bozen als auch der Direktor der Banca d'Italia von Trient - dieser Formulierung so zugestimmt haben. Dies vielleicht als kleine Hilfestellung.

PRÄSIDENTIN: Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen?

Abg. Dominici, Sie haben das Wort.

DOMINICI: Ritengo molto importante questo disegno di legge e ringrazio il collega Magnani di averlo predisposto, giacché sulla base della fattualità e della constatabilità, negli ultimi mesi, abbiamo visto purtroppo cadere in fallimento parecchie aziende anche di nostra conoscenza, anche piuttosto piccole e contenute.

Nell'ambito delle nostre valli del Trentino, ma credo anche dell'Alto Adige, abbiamo visto fallire aziende che sembravano avere una tenuta di una certa consistenza e sembravano essere in buona salute, in particolare purtroppo sono fallite piccole e medie aziende nel settore dell'edilizia. Questo è toccato anche ad amici, conoscenti, con dei tracolli paurosi per loro stessi, ma in particolare per i dipendenti. Alcune situazioni hanno determinato il licenziamento di padri di famiglia, di persone con una professionalità consistente e con anni di lavoro molto produttivi.

Alla luce di questa constatazione, vengo a dire che ho visto tanta preoccupazione di amministratori e di sindaci del collegio sindacale, ho visto anche in alcuni contesti delle radicali trasformazioni e vere metamorfosi di aziende che erano in bilico, sull'orlo del fallimento e che sono riuscite, alienando tutti i beni in tempo dovuto ad amici, a mogli, a mariti, a generi, a figli, attraverso, come dice la relazione, una serie di concordati sostanzialmente trasformando la società e la consistenza e la nominatività della società a salvarsi in corner. Comunque non hanno salvato i dipendenti ed hanno lasciato attorno a sé una situazione debitoria consistente e molto elevata. I creditori hai voglia che in futuro avranno la possibilità di essere rimborsati, con azioni quindi non del tutto legittime, non del tutto oneste.

Questo ha determinato non certo una situazione di difficoltà per i sindaci delle società, anche se nel modificare la titolarità giuridica delle aziende gli amministratori sono stati cambiati, ma comunque di alcune aziende fallimentari dove c'erano anche delle responsabilità avevano direttamente o indirettamente responsabilità anche gli stessi amministratori.

Mentre parlo passo in rassegna alcune piccole imprese oltre i 15, 20 dipendenti che conosco e della cui sorte ho saputo. Non ritengo per niente che sia giusto che vengano salvaguardati e salvati anche amministratori che comunque erano a conoscenza delle situazioni fallimentari, hanno continuato ad operare acquisendo materiale, beni ed immobili, pur sapendo che non avrebbero mai potuto corrispondere a queste situazioni debitorie, mutando poi la titolarità giuridica dell'azienda in altre società si sono esentati

dall'obbligatorietà, non solo morale, ma anche giuridica, di corrispondere agli obblighi della situazione debitoria.

Non ritengo comunque che debbano essere in questo caso salvaguardati dalla legge, visto che ci sono reali responsabilità dirette.

Per quanto riguarda invece i componenti del collegio sindacale, una volta dimostrato inconfutabilmente che non c'è una loro responsabilità diretta, in quanto estranei alle azioni ed al percorso che, volutamente o non volutamente, ha portato al fallimento, credo che possano essere salvaguardati da questa norma e quindi ringrazio il collega.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Borga. Ne ha facoltà.

BORGA: Grazie, Presidente. Volevo dire innanzitutto che mi aspetterei un chiarimento di carattere tecnico e giuridico sul quesito che ho posto, perché in caso contrario questo disegno di legge non lo votiamo, cioè votiamo contro.

In relazione alle osservazioni del collega Pichler-Rolle, vuol dire che le osservazioni potremo definirle inconferenti giuridicamente, visto che si parla di leggi, perché il fatto che la Banca d'Italia, in audizione, abbia dato parere favorevole, nulla toglie alle osservazioni che abbiamo fatto noi, la banca ha detto che una normativa di questo genere è legittima e si può fare, a prescindere dal fatto che lo Stato abbia recepito o meno la direttiva.

Dalla lettera della legge non si sfugge, oltre ad avere eliminato l'ipotesi di concordato preventivo, sia dal lato passivo che dal lato attivo ci si occupa non soltanto di componenti di Collegi Sindacali, che questa – mi è stato detto – è la ratio della norma, perché nel momento in cui dico che non possono ricoprire le cariche di amministratore, direttore generale e sindaco in banche, eccetera, mi riferisco non soltanto al collegio sindacale, ma agli amministratori, al direttore generale.

La norma doveva essere fatta diversamente se questa era la finalità e nel momento in cui voglio consentire a queste persone che, allo stato attuale sulla base del primo comma dell'articolo 7 non potrebbero ricoprire, per un periodo di tempo limitato, queste cariche, se voglio consentire a queste persone, non a tutte però, soltanto a coloro che hanno svolto le funzioni di sindaci, di esporre le ragioni per cui loro non hanno alcuna responsabilità nel dissesto finanziario che si è verificato, devo dire chiaramente nell'emendamento che non mi riferisco in generale a tutte queste "situazioni impeditive", ma che mi riferisco soltanto a coloro i quali in quelle situazioni hanno svolto le funzioni di sindaco.

Non è che io sia un grande legislatore, ma così come è fatta la legge noi consentiamo a coloro i quali hanno ricoperto le cariche di amministrazione, direzione e controllo in imprese che poi sono fallite o comunque sono state sottoposte a procedure concorsuali, di giustificarsi di fronte al consiglio di amministrazione dell'altra azienda, nella quale possono assumere, ancora una volta, incarichi di direttore generale, di amministratore, di sindaco di discolarsi. E come si possono discolorare? Il disegno di legge lo dice: *Ai fini della valutazione si tiene conto, fra gli altri elementi, del fatto che, in relazione alla crisi dell'impresa, non sono stati adottati nei confronti dell'interessato*

provvedimenti sanzionatori ai sensi della normativa del settore bancario o finanziario, condanne con sentenze anche provvisoriamente esecutive al risarcimento dei danni in esito all'esercizio dell'azione di responsabilità ai sensi del codice civile, provvedimenti ai sensi dell'articolo 2409 del Codice Civile.

È chiarissimo che questa è una norma che, al di là probabilmente della volontà dei proponenti, consente di utilizzare questa procedura giustificativa non soltanto ai membri del collegio sindacale, ma anche a chi ha svolto funzioni di amministrazione e direzione. Su questo noi non siamo d'accordo e se le cose non vengono modificate noi voteremo contro.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Intanto evidenzio come nella cartella di lavoro, che ci è stata aggiornata sul tavolo, ci sia il disegno di legge con la sola previsione della modifica per quanto riguarda l'inserimento del comma 2-bis, ma non sia inserito – nella mia non c'è, non so in quella dei colleghi – l'emendamento con il quale nel comma 1, lettera a) dell'articolo 7 è stata tolta la previsione del concordato preventivo. Chiedo al proponente: l'articolo 7, comma 1, lettera a) è stato emendato nelle parole “concordato preventivo”, quindi di fatto le uniche fattispecie che rimangono in piedi sono “fallimento e liquidazione coatta amministrativa”, giusto?

Allora a maggior ragione, come diceva giustamente il collega Borga, se sul discorso fallimento e liquidazione coatta amministrativa siamo in una fattispecie che evidenzia diversi aspetti di problematicità per un'azienda, nella quale potrebbe esserci anche un'azione non sempre coerente con quella che può essere considerata una buona amministrazione, il fatto di aver tolto il concordato preventivo sono d'accordo, toglie quella parte per cui è più facile dover andare in concordato preventivo con un'azienda che effettivamente ha un problema economico finanziario di attività, quindi l'azienda praticamente si trova in un momento di difficoltà, l'amministratore intelligente porta il concordato preventivo, prima che succedano situazioni di fallimento, a tutela dei dipendenti, dei terzi e dell'azienda stessa.

Quindi bene che sia stato tolto il concordato preventivo, perché quella la reputo un'azione di cura preventiva.

Siamo d'accordo sul fatto che il sindaco possa essere messo in questa condizione di una ulteriore valutazione e quindi che, a priori, non debba essere considerato idoneo per ricoprire le cariche di amministratore, direttore e sindaco di banche, perché stiamo in quella fattispecie, insomma sull'amministratore ha ragione il collega Borga, ha espresso, anche dal punto di vista tecnico e giuridico, delle giustissime osservazioni, alle quali voglio affiancare osservazioni di carattere morale. Non mi si dirà mica che l'amministratore sia nella condizione nella quale non ha una coscienza che l'impresa, in una situazione tale da avere omesso una procedura di concordato preventivo, possa essere arrivata ad una situazione fallimentare. Non dico che sempre ci possa essere la malafede, ma comunque una situazione di non completa responsabilità sicuramente si evidenzia.

Allora chiedo al proponente se è possibile andare nella direzione di emendare questa proposta, circoscrivendo effettivamente a quella che è la carica di sindaco la deroga per quanto riguarda le situazioni impeditive, perché

così sono d'accordo. La lettura di questa proposta si presta per tutte e tre le fattispecie, amministratore, direttore generale e sindaco.

Allora credo che se noi andiamo a legiferare su una materia così importante e sappiamo benissimo che in fondo questa crisi economica che abbiamo è stata fortemente determinata anche da una crisi finanziaria, nella quale le banche non hanno avuto un ruolo secondario, credo che andare a legiferare in questa materia la responsabilità diventi ancora più forte e quindi dobbiamo pur porci nella condizione di dire: se uno ha gestito le cose o non ha una responsabilità diretta è giusto che noi togliamo queste situazioni impeditive, altrimenti credo che sia una giusta e corretta medicina di un sistema.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Morandini, Sie haben das Wort.

MORANDINI: La ringrazio, Presidente. Debbo dire che questo disegno di legge, sul cui profilo tecnico sono già – e bene – intervenuti i colleghi Borga e Penasa, mi sospinge alcuni punti profondamente seri ed interrogativi e sostanzialmente questo, cioè vorrei sapere dal primo proponente quale è realmente la ratio di questo disegno di legge? Perché leggendo e rileggendo proposte al disegno di legge, quindi contenuto della normativa al disegno di legge e le norme su cui va ad incidere, personalmente mi scuso, non è assolutamente una presunzione di malafede che ho nei confronti del proponente, anzi ci mancherebbe, tutta la stima possibile, mi pare sempre più – più lo leggo, più lo approfondisco – un articolo cosiddetto fotografia.

Allora da questo punto di vista, se così è, evidentemente siamo non contrari, contrarissimi, però attendo spiegazioni da parte del proponente, diversamente se queste spiegazioni richiedono anche un profilo tecnico propongo, signor Presidente dell'aula, che sia sospesa su questo punto la seduta e si riprenda la prossima volta, perché a questo momento la ratio di questo disegno di legge non è per nulla chiara, se non qualche passaggio che ci induce, per le ragioni che ha già detto il collega Borga, a profonde perplessità. L'estensione di certe guarentigie che sono oggi dei sindaci delle società, anche a membri di consigli di amministrazione, su queste fattispecie suona come qualcosa di assolutamente *contra legem*.

Per cui attendiamo risposte e chiarificazioni. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr.
Abg. Magnani, Sie haben das Wort zur Replik.

MAGNANI: Grazie, Presidente. Non so se riesco a spiegare bene, perché sono dettagli tecnici molto complessi, comunque questo riguarda solo il concordato preventivo, non riguarda gli altri aspetti, fallimenti, eccetera, previsti dalla legge.

Questo intervento vuole mettere il Trentino-Alto Adige alla stessa stregua di tutte le altre regioni d'Italia nelle quali questo non si applica per una sentenza del TAR del Lazio. Al di là di questo, noi ci siamo anche confrontati con gli esperti, parlo della Federazione della cooperazione trentina e dell'Alto

Adige, con l'ordine dei commercialisti del Trentino e dell'Alto Adige e la Banca d'Italia.

La relazione della Banca d'Italia, che è abbastanza lunga e corposa, se volete ne fornisco anche copia, in conclusione cosa dice? In conclusione: *Considerato che a livello nazionale, a seguito delle citate sentenze del giudice amministrativo, non vige più alcuna disciplina in materia di situazioni impeditive degli amministratori, sindaci e direttori degli intermediari, il disegno di legge regionale rappresenta una rivisitazione della materia che ci si attende debba intervenire anche a livello nazionale.*

La proposta in particolare non prevede, sic et simpliciter, l'abrogazione dell'articolo 7 della legge del 2000, ma ne circoscrive il portato, integrandolo con due nuovi commi, il 2-bis e il 2-ter, con i quali richiede che vi sia una verifica in concreto sull'eventuale responsabilità del soggetto – quindi c'è la verifica, perché c'è il consiglio di amministrazione e di nuovo il controllo della Banca d'Italia in questo caso – nella produzione dello stato di crisi dell'impresa cui precedentemente era esponente.

In questo modo, allineandosi all'orientamento giurisprudenziale formatosi relativamente all'articolo 4 del Decreto Ministeriale del 1998, ciò posto, la vigilanza può esprimere una valutazione di compatibilità del disegno di legge regionale con il principio di sana e prudente gestione dell'ex articolo 5 del Testo Unico delle leggi bancarie.

Questo dice la Banca d'Italia.

Quindi il consiglio di amministrazione fa questa verifica se il concordato è stato fatto senza responsabilità, eccetera; non solo, c'è un controllo di nuovo della Banca d'Italia, si è tutelati su questo aspetto che non si vanno ad integrare sicuramente amministratori e revisori dei conti che hanno delle responsabilità, ma unicamente c'è questo triplo controllo rispetto a chi ha fatto un'azione che è sempre il concordato preventivo. Quindi si riferisce unicamente a questo aspetto e con una normativa che oggi è diversa rispetto a tutto il resto d'Italia.

Quindi stiamo facendo unicamente un atto di giustizia, perché da Verona in giù queste cose sono già come previste in questo disegno di legge. Ecco la motivazione per la quale ho presentato il provvedimento, facendomi carico delle istanze presentatemi dagli ordini dei commercialisti.

PRÄSIDENTIN: Danke! Cons. Borga, per una dichiarazione di voto, perché Lei ha già parlato due volte?

BORGA: Ribadisco l'esigenza di fare chiarezza, perché qua non è in discussione il fatto che ci sia un giudizio negativo sulla possibilità dei professionisti di discolparsi, di dimostrare che con la situazione di dissesto non hanno nulla a che vedere. Tra il resto, se uno è membro di un collegio sindacale è suo dovere segnalare le situazioni, al limite anche trasmettere gli atti alla Procura della Repubblica, qualora vi siano situazioni di dissesto. Quindi può darsi che lui abbia fatto solo ed esclusivamente il suo dovere.

Però mi si deve chiarire a chiare lettere chi si vuole tutelare, perché a noi è stato detto, è stato ripetuto anche prima, sia pure informalmente, lo vorrei sentir dire formalmente, in modo tale che resti agli atti, chi si vuole tutelare. Soltanto coloro che hanno svolto queste funzioni nella qualità di membri di un collegio sindacale, ovvero anche coloro che hanno svolto funzioni di

amministrazione e direzione? Tanto per essere chiari. Siamo in un consiglio di amministrazione di una cassa rurale, c'è un commercialista che ha svolto anche le funzioni di membro del collegio sindacale di una S.p.a., la quale è fallita, allora se voi volete...

(interruzione)

BORGA: ...concordato preventivo, il quale dice: guardate che non ho alcuna responsabilità in quello, a parte il fatto che ho dei dubbi, non mi sembra formulato bene neanche su questo comunque. Voi volete tutelare, come avete detto, soltanto il membro del consiglio di amministrazione della cassa rurale che ha svolto le funzioni di sindaco o anche colui il quale ha svolto le funzioni di presidente del consiglio di amministrazione o di amministratore delegato? È quello che noi vorremmo sapere, perché secondo noi la lettera della legge è questa, mentre voi continuate a dire che la ratio della legge è diversa, voi volete tutelare soltanto il professionista che ha svolto le funzioni di membro del collegio sindacale.

Vorrei sapere che cosa volete fare, perché la lettera della legge, secondo me, dice che questa nuova norma tutela anche chi ha svolto le funzioni di amministrazione e direzione. C'è scritto. Se non viene fatta chiarezza su questo noi la legge non la possiamo votare. Se la volontà del proponente del disegno di legge è quella di tutelare il membro del consiglio sindacale, che in effetti non può avere alcuna responsabilità, anzi ha fatto magari proprio il suo dovere nel sollecitare la procedura concorsuale, quindi è giusto che possa dimostrare che non ha alcuna responsabilità.

Forse è meglio che ci ragionate un attimo, sospendiamo la discussione e verificate se le cose stanno così come voi volete che stiano. In caso contrario noi non votiamo il disegno di legge.

PRÄSIDENTIN: Abg. Penasa, Sie haben das Wort zur Stimmabgabeerklärung.

PENASA: In dichiarazione di voto. Il collega Magnani ha affermato che questa modifica ha luogo solo in caso di concordato preventivo. Non è così, perché l'articolo 7 dice: *“Non possono ricoprire le cariche di amministratore, direttore generale e sindaco in banche coloro che:*

a) *hanno svolto funzioni di amministrazione, direzione e controllo in imprese sottoposte a fallimento, a liquidazione coatta amministrativa...”* prima diceva la legge diceva *“o a concordato preventivo”*, adesso è emendato, quindi rimane la fattispecie *“direzione e controllo in imprese sottoposte a fallimento, a liquidazione coatta amministrativa”*.

Poi il comma 2-bis dice: *“L'impedimento di cui al comma 1 lettera a) – che ho appena letto – non opera nel caso in cui il consiglio di amministrazione valuti sulla base di...”*, ma non opera per quanto riguarda le cariche di amministratore, direttore generale e sindaco, ma esattamente anche ricomprendendo le funzioni di amministratore e sindaco.

Per come è scritto non è come viene poi illustrato.

Quindi come gruppo della Lega Nord abbiamo la stessa, identica perplessità, perché se la situazione è circoscritta alla funzione del consiglio di amministrazione è del tutto legittima la cosa, perché, come ricordava prima il consigliere Borga, può essere proprio il sindaco del collegio sindacale che porta

ad una determinata procedura, perché ritenuta necessaria per tutela dell'azienda, ma per l'amministratore non possiamo equiparare un sindaco all'amministratore, perché sono funzioni e responsabilità sostanzialmente diverse.

Siccome è assolutamente condivisibile, collega Magnani, la proposta se circoscritta alla funzione di sindaco, chiederei veramente, con il massimo impegno di non metterci neanche dieci minuti la prossima volta, di rivedere questa modifica, perché vada nella direzione illustrata.

PRÄSIDENTIN:zum Fortgang der Arbeiten.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Riformulo la richiesta che ho fatto prima. Mi pare che qui ci siano valutazioni profondamente differenti, in quanto il proponente, collega Magnani, ha dato una motivazione del disegno di legge che, da come l'abbiamo letto, non corrisponde al reale contenuto del disegno di legge stesso.

Per cui, Presidente, riformulo la proposta di sospendere su questo punto la seduta e di consentirci un approfondimento, un chiarimento anche con il proponente, perché davvero la proposta che viene fatta, eliminando l'espressione "*o a concordato preventivo*", va nella direzione opposta a quella che illustrava prima il collega Magnani, se non ho inteso male e mi pare che non sono stato il solo ad interpretarla in questo modo.

Quindi riformulo questa proposta, Presidente. Non mi pare ci sia assolutamente fuoco e quindi l'urgenza non c'è. Sarebbe una cosa quanto mai opportuna quella di sospendere per un approfondimento su una questione delicatissima, che non involge solamente profili tecnici, ma, come lei ha inteso benissimo Presidente, valutazioni e profili di forte spessore politico. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir hören jetzt, was der Einbringer sagt. Es steht in seiner Entscheidung. Bitte, Abg. Magnani.

MAGNANI: Siccome qui si vuole fare un atto di giustizia e non si vogliono fare forzature, sono d'accordo con i colleghi che hanno sollevato obiezioni di fare un approfondimento tecnico. Siccome sono aspetti molto tecnici, non voglio andare oltre quella che è la mia intenzione di fare un atto di giustizia rispetto ad altre zone. Facciamo questo approfondimento, così la prossima volta possiamo votare l'articolo, essendo convinti che votiamo una cosa per il bene della nostra comunità. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Abg. Pichler-Rolle, bitte.

PICHLER-ROLLE: Wenn der Einbringer des Gesetzentwurfes einverstanden ist, dass diese Überprüfung erfolgen soll, dann kann man auch einverstanden sein. Aber etwas Grundsätzliches möchte ich schon dazu sagen: Es steht natürlich jedem Abgeordneten frei, berechtigte Zweifel an einem Gesetzestext anzumelden. Ich kann nur sagen, dass ich die Arbeiten im Gesetzgebungsausschuss einigermaßen gewissenhaft mitverfolgt habe und auch deshalb, weil ich zu Beginn der Initiative des Kollegen Magnani sehr skeptisch gegenüber gestanden bin. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass dieser Text so wie er vorgelegt worden ist, den beiden Direktoren der

Aufsichtsbehörde, also der Banca d'Italia vorgelegt worden ist, die den Gesetzestext gelesen und kommentiert haben – ich kann mich noch erinnern, dass einer der beiden Direktoren noch Anmerkungen zum Text selbst gemacht hat. Ich bin damit einverstanden, dass dies getan wird, aber von der Arbeitsweise her ist es so, man muss sich ab und zu dem Sachverstand der Kollegen der Mehrheit und der Minderheit anvertrauen, die in den Ausschüssen arbeiten, das Problem behandeln und dann hier in die Aula bringen. Denn wenn es jedes Mal so ist, dass irgendjemand sagt, ich habe Zweifel am Text, den ich so lese und wir dann sagen, wenn Zweifel sind, dann noch einmal zurück und von vorne, dann finde ich das einfach nicht ganz unbedingt kohärent. Aber der Einbringer ist einverstanden und mir soll es recht sein.

PRÄSIDENTIN: Bevor wir jetzt die Sitzung schließen – wir haben heute Morgen die Abstimmung über die Vorziehung des Gesetzentwurfes Nr. 28 ausgesetzt, weil nicht klar war, was die Regierung damit machen wollte - werden wir jetzt noch über diesen Antrag zur Vorziehung abstimmen, so dass er dann für die nächsten Sitzung auf Punkt 2) kommt, weil auf Punkt Nr. 1 wird die Fortsetzung des jetzt in Behandlung stehenden Tagesordnungspunktes stehen.

Wer ist mit dieser Vorziehung einverstanden? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 12 Enthaltungen und 28 Stimmen dafür ist dieser Tagesordnungspunkt auf Punkt 2) dann vorgezogen.

Wir schließen jetzt die Sitzung. Es ist die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Ich wünsche allen eine gute Zeit, in der wir alle noch etwas arbeiten werden, aber ich wünsche auch allen Zeit für Erholung, so dass wir uns am 20. September in entspannter Atmosphäre wieder hier versammeln werden.

(ore 18.02)

INDICE	INHALTSANGABE
<p>DISEGNO DI LEGGE N. 35: Sostegno durante il periodo della finestra di accesso alla pensione a favore di coloro che beneficiano della mobilità e proroga delle misure anticrisi (presentato dalla Giunta regionale)</p> <p style="text-align: right;">pag. 4</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 35: Unterstützung zur Überbrückung des Renteneintrittsfensters für Personen, die die Mobilitätszulage beziehen, und Verlängerung der Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise (eingebracht vom Regionalausschuss)</p> <p style="text-align: right;">Seite 4</p>
<p>INTERROGAZIONE N. 85 A RISPOSTA ORALE, presentata dai Consiglieri regionali Penasa, Savoio, Seppi, Klotz, Tinkhauser, Sembenotti, Borga, Civettini, Artioli, Egger, Stocker Sigmar, Filippin, Paternoster, Knoll, Urzi, Mair, Viola, Delladio, Casna, Pöder, Morandini, Giovanazzi, Leonardi, Eccher e Vezzali, per sapere quali siano i criteri che la Giunta regionale intende impartire alle diverse emittenti radiofoniche e televisive per garantire il rispetto e la tutela del pluralismo così come previsto dall'articolo 11-quater della legge 22 febbraio 2000, n. 28</p> <p style="text-align: right;">pag. 57</p>	<p>ANFRAGE NR. 85 MIT DER BITTE UM MÜNDLICHER BEANTWORTUNG, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Savoio, Seppi, Klotz, Tinkhauser, Sembenotti, Borga, Civettini, Artioli, Egger, Stocker Sigmar, Filippin, Paternoster, Knoll, Urzi, Mair, Viola, Delladio, Casna, Pöder, Morandini, Giovanazzi, Leonardi, Eccher und Vezzali, um zu erfahren, welche Kriterien der Regionalausschuss den verschiedenen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu erteilen gedenkt, auf dass der im Art. 11 quater des Gesetzes Nr. 28 vom 22. Februar 2000 festgeschriebene Pluralismus gewahrt und umgesetzt werde</p> <p style="text-align: right;">Seite 57</p>
<p>DISEGNO DI LEGGE N. 31: Modifica della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 "Attuazione della direttiva 89/646 di data 15 dicembre 1989 del Consiglio delle Comunità Europee relativa al coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative riguardanti l'accesso all'attività degli enti creditizi e il suo esercizio e recante modifica della direttiva 77/780/CEE del 12 dicembre 1977" (presentato dal Consigliere regionale Magnani)</p> <p style="text-align: right;">pag. 61</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani)</p> <p style="text-align: right;">Seite 61</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 75</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 75</p>

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER
--

PARDELLER Georg (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	7
PENASA Franca (LEGA NORD)	"	9-26-30-33-40-43-46- 47-49-50-56-57-58-60- 66-69-72
DORIGATTI Bruno Gino (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENTINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	13
TINKHAUSER Roland (DIE FREIHEITLICHEN)	"	18
DOMINICI Caterina (P.A.T.T. PARTITO AUTONOMISTA TRENTINO TIROLESE)	"	19-28-31-37-42-54- 56-67
STOCKER Martha (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	23-29-38-41-45-46- 47-49
MORANDINI Pino (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	29-70-73
CIVETTINI Claudio (LEGA NORD)	"	31-32-34-48-49-52
PATERNOSTER Luca (LEGA NORD)	"	35
FIRMANI Bruno (MISTO)	"	36-62
SAVOI Alessandro (LEGA NORD)	"	45
SEPPI Donato (MISTO)	"	51-53
PICHLER-ROLLE Elmar (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	53-66-73
FILIPPIN Giuseppe (LEGA NORD)	"	55

LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	56
DELLAI Lorenzo (UNIONE PER IL TRENTINO)	"	59
MAGNANI Mario (UNION AUTONOMISTA LADINA)	"	61-70-73
BORGA Rodolfo (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	65-68-71

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**